

# STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1976

MONTAG, 19. APRIL 1976

Nr. 16

Seite

Seite

Seite

## Der Hessische Minister des Innern

- Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz) i.d.F. vom 21. 5. 1968 (BGBl. I S. 551), zuletzt geändert durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes (BGBl. I S. 1046); hier: Laufbahnrechtliche Auswirkungen ..... 714
- Wahl zum achten Deutschen Bundestag; hier Beschaffung von Vordrucken ..... 714
- Wartungs- und Instandsetzungsdienst der Vollzugspolizei ..... 715
- Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Hofbieber, Landkreis Fulda ..... 717
- Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Stadt Arolsen, Landkreis Waldeck-Frankenberg ..... 718
13. Bundeswettbewerb „Der Garten in den deutschen Städten und Gemeinden“ 1976 ..... 718
- Ungültigkeitserklärung einer Kriminaldienstmarke ..... 719

## Der Hessische Minister der Finanzen

- Gemeinsamer Erlaß betrifft Änderung der Ausführungsbestimmungen für das Ausgleichsjahr 1976 zum Finanzausgleichsgesetz — FAG — i.d.F. vom 2. 1. 1976 ..... 719
- Bauvorhaben mit staatlichen Zuwendungen; hier: Bewilligungsverfahren und Prüfung der Verwendungsnachweise für Sportstätten ..... 719
- Automatisierung der Lohnberechnung; hier: Löhne der Arbeiter aus dem Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt ..... 719

## Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

- Genehmigung der Prüfungskostenordnung der Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung der elektrischen Anlagen auf dem Lande in Hessen — AR-BEG HESSEN — ..... 720
- Widmung von Neubaustrecken sowie Abstufung von Teilstrecken im Zuge der Bundesstraße 455 und der Landesstraße 3139 in den Gemarkungen Harb und Unter-Schmitten der Stadt Nidda, Wetteraukreis ..... 720

- Abstufung einer Teilstrecke der Landesstraße 3136 in den Gemarkungen Borsdorf, Geiß-Nidda, Bad Salzhausen und Nidda/Ortsteile der Stadt Nidda, Wetteraukreis ..... 721

- Neubau der Umgehungsstraße Eltville—Walluf im Zuge der Bundesstraße 42 von Bau-km 2,025 bis Bau-km 8,427; hier: Planfeststellungsbeschuß vom 26. 9. 1974 ..... 721

- Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (ZVB-StB 75, Ausgabe 1975) ..... 721

- Vorläufige Richtlinien für das Aufstellen von Besonderen Vertragsbedingungen im Straßen- und Brückenbau, Ausgabe 1975 ..... 722

- Bekanntmachung über die fünfte atomrechtliche Teilgenehmigung des Kernkraftwerkes Biblis, Block B .... 722

## Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

### Gemeinsamer Erlaß betr. Immissionsschutz

1. Anwendung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Feuerungsanlagen — 1. BImSchV) vom 28. 8. 1974 ..... 722
2. Anwendung des Schornsteinfegergesetzes vom 15. 9. 1969, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. 3. 1975; hier: Kostentragungspflicht ..... 722

- Organisation der Hess. Staatsforstverwaltung; hier: Neueinrichtung des Maschinenbetriebes Reinhardswald ..... 722

- Durchführung von Waldwertschätzungen ..... 722

- Durchführung von Waldwertschätzungen; hier: Tabellenwerte für Hiebsunreifeverluste ..... 722

- Zuständigkeitsvereinbarung mit dem Lande Rheinland-Pfalz für die Regulierung der Aar im Bereich der Tierkörperbeseitigungsanstalt Sandersmühle in der Gemeinde Reckenroth im Rhein-Lahn-Kreis (Rheinland-Pfalz) ..... 724

- Verwaltungsabkommen über die Verpachtung der Fischerei im Rhein von Strom-km 437,0 rechts bzw. 438,4 links bis Strom-km 544,2 rechts bzw. 545,0 links ..... 724

## Personalnachrichten

- Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen ..... 724
- Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz ..... 726
- Im Bereich des Hessischen Kultusministers ..... 726
- Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt .... 727
- Beim Direktor des Landespersonalamtes Hessen ..... 727

## Regierungspräsidenten

### DARMSTADT

- Vorhaben der Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Griesheim ..... 728
- Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gem. § 14 Ladenschlußgesetz ..... 728

### KASSEL

- Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Neukirchen, Schwalm-Eder-Kreis .... 728
- Befreiung der Gemeinde Philippsthal, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. 3. 1957 ..... 731
- Zusammensetzung des Jagdbeirats für den Regierungsbezirk Kassel .... 731

- Buchbesprechungen ..... 731

## Öffentlicher Anzeiger

- Haushaltssatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordhessen für das Haushaltsjahr 1976 ..... 738
- Hessische Landesbahn GmbH; hier: Konzernabschlüsse über die Geschäftsjahre 1971, 1972, 1973 und 1974 ..... 739
- Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1976 des Umlandverbandes Frankfurt ..... 743

533

## Der Hessische Minister des Innern

**Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz) i. d. F. vom 21. Mai 1968 (BGBl. I S. 551), zuletzt geändert durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes (BGBl. I S. 1046);**

hier: Laufbahnrechtliche Auswirkungen

Bezug: Erlaß vom 13. März 1968 (StAnz. S. 499), geändert durch Erlaß vom 9. März 1970 (StAnz. S. 622)

Durch Artikel 4 des Neunten Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1046) wurde § 16 Arbeitsplatzschutzgesetz dahingehend geändert, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1976 das Arbeitsplatzschutzgesetz auch im Falle des Wehrdienstes in der Verfügungsbereitschaft und des unbefristeten Wehrdienstes im Verteidigungsfall gilt mit der Maßgabe, daß die Vorschriften über Wehrübungen anzuwenden sind.

Ich bitte, dies gegebenenfalls bei der Anwendung des obengenannten Erlasses zu beachten.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamts.

Wiesbaden, 2. 4. 1976

Der Hessische Minister des Innern  
I B 12 — 8 d 02

StAnz. 16/1976 S. 714

534

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt und Kassel  
An die Herren Landräte  
An die  
Magistrate der kreisfreien Städte

### Wahl zum achten Deutschen Bundestag;

hier: Beschaffung von Vordrucken

1. Die Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2384) sieht für insgesamt 32 Vordrucke, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl zu verwenden sind (einschließlich Stimmzetteln, Merkblättern und Umschlägen), amtliche Muster vor. Gegenüber der Bundestagswahl 1972 ist der Vordruck nach Anlage 1 zur BWO (Eintragung in das Wählerverzeichnis) neu eingeführt worden; verschiedene Anlagen zur BWO sind geändert worden.
2. Es kommen in Betracht
  - a) für die Gemeinden:  
die Vordrucke Anlage 1 bis 10, 13, 15, 26 bis 29, 31,
  - b) für die Kreiswahlleiter:  
die Vordrucke Anlage 11, 12, 14, 16, 17, 18, 25, 30, 32,
  - c) für den Landeswahlleiter:  
die Vordrucke Anlage 19 bis 23,
  - d) für den Bundeswahlleiter:  
der Vordruck Anlage 24.

Der Vordruck „Schnellmeldung“ (Anlage 28) wird bei allen beteiligten Stellen benötigt, der Vordruck „Ergebnisszusammenstellung“ (Anlage 31) bei allen Gemeinden mit mehr als einem Wahlbezirk, bei dem Landrat (soweit dieser in die Ergebnis-Übermittlung eingeschaltet ist), bei dem Kreiswahlleiter und dem Landeswahlleiter.

3. Die Vermerke nach dem Muster der Anlage 5 werden in der Regel unmittelbar auf dem Wählerverzeichnis angebracht; ein Vordruck wird hierfür nicht hergestellt.

Die Wahlbenachrichtigungen und die Vordrucke nach Anlage 2 (Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines) werden nicht zentral beschafft, da hier die Wünsche und Bedürfnisse der Gemeinde zu unterschiedlich sind. Über Form und Inhalt der Wahlbenachrichtigungen und der Antragsvordrucke ergeht in Kürze ein besonderer Erlaß.

4. Die Beschaffung der Vordrucke ist in § 85 BWO geregelt. Im Interesse einer einheitlichen und kostensparenden Belieferung habe ich in gleicher Weise wie bei den früheren Wahlen von der Möglichkeit einer zentralen Beschaffung dieser Vordrucke Gebrauch gemacht. Die Beschaffung erfolgt wieder durch die Landesbeschaffungs-

stelle Hessen, Humboldtstraße 14, 6200 Wiesbaden (Telefon 0 61 21/32 24 93).

5. Die Lieferung der bei den Gemeinden, den Kreiswahlleitern und evtl. auch Landräten benötigten Vordrucke erfolgt ohne vorherige Bestellung unmittelbar an die Kreiswahlleiter. Die Kreiswahlleiter haben sicherzustellen, daß auch sämtliche Gemeinden benachbarter Landkreise, die zu ihrem Wahlkreis gehören, die erforderlichen Vordrucke erhalten. Es bleibt den Kreiswahlleitern überlassen, bei Verteilung der Vordrucke die jeweils in Betracht kommenden Landräte einzuschalten. Im übrigen dürfte es sich empfehlen, von allen Vordrucken eine gewisse Reserve zurückzubehalten.
- Die Bedarfszahlen wurden nach den bei früheren Wahlen gemachten Erfahrungen ermittelt, so daß die Zuweisungen im allgemeinen den Bedarf decken dürften. Sollten die Stückzahlen im Einzelfall nicht ausreichen und ein Ausgleich innerhalb des Wahlkreises oder des Landkreises nicht möglich sein, so können weitere Anforderungen unmittelbar an die Landesbeschaffungsstelle gerichtet werden.
6. Die Vordrucke nach Anlage 12 (Unterschriftenlisten für Kreiswahlvorschläge) sind den Kreiswahlleitern vorweg übersandt worden. Die Vordrucke nach Anlage 20 (Unterschriftenlisten für Landeslisten) stehen bei dem Landeswahlleiter zur Verfügung.
- Die Vordrucke nach Anlage 11, 16, 17, 19, 22, 23 können von den Parteien unmittelbar bei der Landesbeschaffungsstelle angefordert werden.
7. Die Vordrucke nach Anlage 31 (Zusammenstellungen) werden im Format DIN A 3 geliefert, und zwar jeweils in schwarzem Druck für die Zusammenstellung des Erststimmen-Ergebnisses, in blauem Druck für das Zweitstimmen-Ergebnis. Ich bitte, hierauf bei der Verteilung zu achten.
8. In die Wahlscheine (Anlage 8) darf das Dienstsiegel eingedruckt werden (§ 25 Abs. 2 BWO). Ich bitte etwaige Wünsche dieser Art unverzüglich an die Landesbeschaffungsstelle zu richten, die prüfen wird, ob die Ausführung möglich ist. In die Wahlscheine wird die Bezeichnung des jeweiligen Wahlkreises eingedruckt.
9. In Wahlbezirken, in denen mittels Stimmzählgerät gewählt wird, hat der Wahlvorstand eine besondere Wahl-niederschrift aufzunehmen (vgl. Anlage 2 zur Verordnung über den Einsatz von Wahlgeräten bei Wahlen zum Deutschen Bundestag — BWahlGV — vom 3. September 1975 — BGBl. I S. 2459).
- Die hierfür benötigten Vordrucke werden ebenfalls zentral beschafft.
- Ich bitte, die in Betracht kommenden Gemeinden aufzufordern, ihren Bedarf alsbald unmittelbar bei der Landesbeschaffungsstelle Hessen anzufordern. Soweit infolge Neuanschaffung von Stimmzählgeräten noch weitere Vordrucke benötigt werden, bitte ich, den Bedarf sofort nachzufordern.
10. Ich bitte um Feststellung, ob die Wahlumschläge (§ 41 Abs. 2 BWO) noch in ausreichender Zahl vorhanden sind. Anforderungen bitte ich unverzüglich an die Landesbeschaffungsstelle zu richten.
- Die Wahlumschläge für die Briefwahl und die Wahlbriefumschläge (Anlage 7 und 9 zur BWO) werden gemäß Ziffer 5 ohne Anforderung geliefert. In die Wahlbriefumschläge wird die Anschrift des Kreiswahlleiters eingedruckt.
11. Soweit die Vordrucke (Anlagen zur BWO und zur BWahlGV) und die Wahlumschläge zentral beschafft werden, erfolgt auch die Bezahlung durch den Landeswahlleiter.
12. Wegen des Drucks der Stimmzettel (Anlage 25; vgl. § 41 Abs. 1, 4 BWO) verweise ich auf das Rundschreiben der Landesbeschaffungsstelle vom 27. 3. 1976 — 9 — B 116/999 —.

Wiesbaden, 7. 4. 1976

Der Hessische Minister des Innern  
II 41 — 3 e 40/11 — 9/76  
StAnz. 16/1976 S. 714

535

**Wartungs- und Instandsetzungsdienst der Vollzugspolizei**

(1) Zur Sicherstellung der ständigen Einsatzbereitschaft der Vollzugspolizei sind Fernmeldegeräte, Kraftfahrzeuge sowie Luft- und Wasserfahrzeuge, Waffen und technische Geräte regelmäßig zu warten und instandzusetzen. Soweit möglich, werden die Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten verwaltungsintern von den technischen Diensten der Polizeidienststellen (§ 13 Pol.-OrgVO) durchgeführt. Im einzelnen gilt die „Dienstvorschrift für die Verwaltung des technischen Geräts der Hessischen Polizei“ (DV.-Pol. Nr. 38).

(2) Technische Dienste sind im

**1. Fernmeldewesen**

der betriebstechnische Dienst bei den Fernmeldezentralen, die Fernmelde-Instandsetzungsplätze, die Fernmelde-Werkstätten, der Funküberwachungsdienst.

**2. Kraftfahrzeugwesen**

die Kraftfahrzeug-Wartungsplätze, die Kraftfahrzeug-Werkstätten, die Kraftfahrzeug-Zentralwerkstätten.

**3. Luftfahrzeugwesen**

die Werkstatt für Luftfahrzeuge.

**4. Wasserfahrzeugwesen**

der Wartungsplatz für Wasserfahrzeuge.

**5. Waffen- und Gerätewesen**

die Waffenwerkstätten.

(3) Im Fernmeldewesen sind zuständig

1. der betriebstechnische Dienst bei den Fernmelde-Zentralen für die ständige Betriebsbereitschaft der Fernmeldezentralen und der zugeordneten Fernmeldeeinrichtungen.

2. die Fernmeldeinstandsetzungsplätze

für die Wartung, Errichtung und Instandsetzung von Fernmeldeanlagen, soweit die Voraussetzungen dafür gegeben sind,

3. die Fernmeldewerkstätten für

a) die Wartung und Instandsetzung insbesondere derjenigen Fernmeldeanlagen und -geräte, die nicht anderweitig verwaltungsintern gewartet oder instandgesetzt werden können,

b) die Errichtung von Fernmeldeanlagen, soweit nicht Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft damit beauftragt werden.

Die ausdrücklich bezeichneten Fernmeldewerkstätten (Anlage 1) nehmen zusätzlich die Aufgaben von Fernmeldeinstandsetzungsplätzen wahr.

4. der Funküberwachungsdienst für

die Überwachung des Betriebes der Funkanlagen auf die Einhaltung der geltenden Bestimmungen, insbesondere der „Richtlinien für den nichtöffentlichen beweglichen Landfunkdienst der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ (Amtsbl. des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, Ausgabe A, 1972, S. 1519).

(4) Im Kraftfahrzeugwesen sind zuständig

1. die Kraftfahrzeug-Wartungsplätze für

a) die Pflege und Überwachung der Betriebs- und Verkehrssicherheit von Fahrzeugen,

b) den Inspektionsdienst der Fahrzeuge, soweit die Voraussetzungen dafür gegeben sind,

c) die Erhaltung des sonstigen technischen Geräts nach Weisung der technischen Sachbearbeiter.

2. die Kraftfahrzeug-Werkstätten für

a) die Inspektion und Instandsetzung von Kraftfahrzeugen, soweit sie nicht von den Kraftfahrzeug-Wartungsplätzen durchgeführt werden,

b) die Aufgaben der Kraftfahrzeug-Wartungsplätze für die eigene Dienststelle,

3. die Kraftfahrzeug-Zentralwerkstätten für

a) die Instandsetzung von Kraftfahrzeugen, die in den Kraftfahrzeug-Werkstätten nicht ausgeführt werden kann, insbesondere die Beseitigung größerer Unfallschäden mit Teil- oder Ganzlackierung,

b) die nach Anlage VIII (§ 29 Abs. 1 u. 2) zur StVZO vorgeschriebenen Untersuchungen der Fahrzeuge,

c) die Aufgaben der Kraftfahrzeug-Wartungsplätze und Werkstätten für die eigene Dienststelle.

Die Hauptuntersuchungen nach Anlage VIII zur StVZO können von dazu berechtigten Bediensteten auch in Kraftfahrzeug-Werkstätten durchgeführt werden.

(5) Im Luftfahrzeugwesen ist die Werkstatt für Luftfahrzeuge für die Pflege und Erhaltung der Einsatzfähigkeit der Hubschrauber zuständig, soweit diese Werkstatt durch das Luftfahrtbundesamt als luftfahrttechnischer Betrieb anerkannt ist und die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind.

(6) Im Wasserfahrzeugwesen obliegen dem Wartungsplatz für Wasserfahrzeuge die Pflege und die Erhaltung der Einsatzfähigkeit der Wasserfahrzeuge, soweit die Voraussetzungen dafür vorliegen.

(7) Im Waffen- und Gerätewesen sind die Waffenwerkstätten für die Wartung und Instandsetzung der Waffen und des technischen Geräts zuständig, soweit die Voraussetzungen gegeben sind.

(8) Für den Instandsetzungsdienst der Hessischen Bereitschaftspolizei gilt der „Organisations- und Gliederungsplan der Bereitschaftspolizeien der Länder“, soweit in diesem Erlaß nichts anderes bestimmt ist.

(9) Die Ausstattung der technischen Dienste richtet sich nach der jeweils gültigen Ausstattungsnachweisung, die von mir durch besonderen Erlaß festgelegt wird.

(10) Für die Einsatzfähigkeit der technischen Ausstattung insgesamt sind die technischen Sachbearbeiter bei den Polizeidienststellen verantwortlich.

(11) Die technischen Dienste der Polizeidienststellen unterstützen sich gegenseitig (§ 4 Abs. 2 Pol.-OrgVO). Soweit dadurch eigene dienstliche Belange beeinträchtigt werden, ist die Entscheidung der zuständigen Aufsichtsbehörde (§ 3 Pol.-OrgVO) einzuholen.

(12) Technische Einrichtungen und Werkstätten der gewerblichen Wirtschaft können nach Maßgabe der DV.-Pol. Nummer 38 in Anspruch genommen werden.

(13) Die Dienststellen der Vollzugspolizei sind verpflichtet, die technischen Dienste der ihnen zugeordneten Polizeidienststellen in Anspruch zu nehmen. Die Zuordnung folgender technischer Dienste ergibt sich im einzelnen aus

Anlage 1 Fernmelde-Instandsetzungsplätze, Kraftfahrzeug-Wartungsplätze, -Werkstätten, -Zentralwerkstätten, Waffenwerkstätten.

Anlage 2 Betriebstechnischer Dienst bei den Fernmeldezentralen, Fernmelde-Werkstätten, Funküberwachungsdienst, Werkstatt für Luftfahrzeuge, Wartungsplatz für Wasserfahrzeuge.

(14) Für die Zuweisung der Polizeidienststellen zu den Kraftfahrzeug-Wartungsplätzen sind die Regierungspräsidenten oder die Polizeipräsidenten zuständig.

(15) Meine Erlasse vom 10. Februar 1970 (StAnz. S. 381) und vom 29. Dezember 1971 (StAnz. 1972 S. 84) werden aufgehoben.

(16) Der Hauptpersonalrat der Polizei ist im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit gemäß § 55 Abs. 1 HPVG unterrichtet worden.

(17) Dieser Erlaß tritt am 1. April 1976 in Kraft.

Wiesbaden, 31. 3. 1976

Der Hessische Minister des Innern  
III B 5 — 21 b 02

StAnz. 16/1976 S. 715

# Örtliche Zuständigkeit der Kraftfahrzeug-Instandsetzungseinrichtungen, Fernmelde-Instandsetzungsplätze und Waffenwerkstätten

| Vollzugspolizeibehörde                                 | Zuständig als      |                   |                      |                         |                 |
|--------------------------------------------------------|--------------------|-------------------|----------------------|-------------------------|-----------------|
|                                                        | Kfz-Wartungsplatz  | Kfz-Werkstatt     | Kfz-Zentralwerkstatt | FM-Instandsetzungsplatz | Waffenwerkstatt |
| Reg.Präs. in Darmstadt (ohne KPBL I. und Außenstellen) | 000                | EdS Darmstadt     | HBP I. Abt.          | PASt Darmstadt          | EdS Darmstadt   |
| KPBL II                                                | 000                | PASt Wiesbaden    | HBP I. Abt.          | FMLSt                   | HBP I. Abt.     |
| PASt Darmstadt                                         | PASt Darmstadt     | EdS Darmstadt     | HBP I. Abt.          | PASt Darmstadt          | EdS Darmstadt   |
| PASt Lorsch                                            | PASt Lorsch        | PK Heppenheim     | HBP I. Abt.          | PASt Darmstadt          | EdS Darmstadt   |
| PASt Idstein                                           | 000                | PASt Idstein      | HBP I. Abt.          | PP Wiesbaden            | EdS Darmstadt   |
| PASt Wiesbaden                                         | 000                | PASt Wiesbaden    | HBP I. Abt.          | PP Wiesbaden            | HBP I. Abt.     |
| PASt Neu-Isenburg                                      | PASt Neu-Isenburg  | PP Offenbach      | HBP III. Abt.        | PP Offenbach            | EdS Darmstadt   |
| PASt Butzbach                                          | 000                | PASt Butzbach     | PP Frankfurt*)       | PASt Butzbach           | EdS Darmstadt   |
| PASt Herborn                                           | PASt Herborn       | PASt Butzbach     | PP Frankfurt*)       | PASt Butzbach           | EdS Darmstadt   |
| FluB (Egelsbach)                                       | FluB (Egelsbach)   | EdS Darmstadt     | HBP I. Abt.          | EdS Darmstadt           | EdS Darmstadt   |
| PD Gießen                                              | 000                | PSt Wetzlar       | PP Frankfurt*)       | PASt Butzbach           | EdS Darmstadt   |
|                                                        | PSt Gießen         | —                 | —                    | —                       | —               |
|                                                        | PSt Grünberg       | —                 | —                    | —                       | —               |
| StKK Dillenburg                                        | PK Dillenburg      | PSt Wetzlar       | PP Frankfurt*)       | PASt Butzbach           | EdS Darmstadt   |
| Landrat Dillkreis                                      | PK Dillenburg      | PSt Wetzlar       | PP Frankfurt*)       | PASt Butzbach           | EdS Darmstadt   |
| Landrat Groß-Gerau                                     | 000                | PD Groß-Gerau     | HBP I. Abt.          | PD Groß-Gerau           | EdS Darmstadt   |
|                                                        | PSt Rüsselsheim    | —                 | —                    | —                       | —               |
| Landrat Main-Kinzig-Kreis                              | 000                | PD Hanau          | HBP III. Abt.        | PD Hanau                | EdS Darmstadt   |
|                                                        | PSt Gelnhausen     | —                 | —                    | —                       | —               |
|                                                        | PSt Schlüchtern    | —                 | —                    | —                       | —               |
| Landrat Odenwaldkreis                                  | 000                | PK Erbach         | HBP I. Abt.          | PASt Darmstadt          | EdS Darmstadt   |
| Landrat Bergstraße                                     | 000                | PK Heppenheim     | HBP I. Abt.          | PASt Darmstadt          | EdS Darmstadt   |
| Landrat Hochtaunus-Kreis                               | 000                | PK Bad Homburg    | PP Frankfurt         | PSt Weilburg            | EdS Darmstadt   |
|                                                        | PSt Usingen        | —                 | —                    | —                       | —               |
| Landrat Limburg-Weilburg                               | 000                | PK Limburg        | HBP I. Abt.          | PSt Weilburg            | EdS Darmstadt   |
|                                                        | PSt Weilburg       | —                 | —                    | —                       | —               |
| Landrat Vogelsbergkreis                                | 000                | PK Lauterbach     | PP Frankfurt*)       | PD Fulda                | EdS Darmstadt   |
|                                                        | PSt Alsfeld        | —                 | —                    | —                       | —               |
| Landrat Wetteraukreis                                  | 000                | PK Friedberg      | PP Frankfurt*)       | PASt Butzbach           | EdS Darmstadt   |
|                                                        | PSt Büdingen       | —                 | —                    | —                       | —               |
| PSt Butzbach                                           | 000                | PASt Butzbach     | PP Frankfurt*)       | —                       | —               |
| Pol. Präs. in Darmstadt                                | PP Darmstadt       | EdS Darmstadt     | HBP I. Abt.          | PP Darmstadt            | EdS Darmstadt   |
|                                                        | PSt Dieburg        | —                 | —                    | —                       | —               |
| Pol.Präs. in Frankfurt                                 | 000                | 000               | PP Frankfurt         | PP Frankfurt            | PP Frankfurt    |
|                                                        | PSt Hofheim        | —                 | —                    | —                       | —               |
| Pol.Präs. in Offenbach                                 | 000                | PP Offenbach      | HBP III. Abt.        | PP Offenbach            | PP Frankfurt    |
|                                                        | PSt Heusenstamm    | —                 | —                    | —                       | —               |
| Pol.Präs. in Wiesbaden                                 | 000                | PP Wiesbaden      | HBP I. Abt.          | PP Wiesbaden            | HBP I. Abt.     |
|                                                        | PSt Rüdesheim      | —                 | —                    | —                       | —               |
|                                                        | PSt Bad Schwalbach | —                 | —                    | —                       | —               |
| Reg.Präs. in Kassel                                    | EdS Kassel         | PASt Kassel       | HBP V. Abt.          | PP Kassel               | HBP II. Abt.    |
| PASt Kassel                                            | 000                | PASt Kassel       | HBP V. Abt.          | PP Kassel               | HBP II. Abt.    |
| PASt Bad Hersfeld                                      | 000                | PASt Bad Hersfeld | HBP V. Abt.          | PASt Bad Hersfeld       | HBP II. Abt.    |
|                                                        | PASt Petersberg    | PASt Bad Hersfeld | HBP V. Abt.          | PASt Bad Hersfeld       | HBP II. Abt.    |
|                                                        | 000                | PD Fulda          | HBP V. Abt.          | PD Fulda                | HBP II. Abt.    |
| Landrat Fulda                                          | 000                | —                 | —                    | —                       | —               |
|                                                        | PSt Hünfeld        | —                 | —                    | —                       | —               |
| Landrat Marburg-Biedenkopf                             | 000                | PSt Cölbe         | HBP V. Abt.*)        | PD Marburg              | HBP II. Abt.    |
|                                                        | PSt Biedenkopf     | —                 | —                    | —                       | —               |
| Landrat Hersfeld-Rotenburg                             | PK Bad Hersfeld    | PASt Bad Hersfeld | HBP V. Abt.          | PASt Bad Hersfeld       | HBP II. Abt.    |
|                                                        | PSt Rotenburg      | —                 | —                    | —                       | —               |

| Vollzugspolizeibehörde                           | Zuständig als                            |               |                           |                                           |                 |
|--------------------------------------------------|------------------------------------------|---------------|---------------------------|-------------------------------------------|-----------------|
|                                                  | Kfz-Wartungs-<br>platz                   | Kfz-Werkstatt | Kfz-Zentral-<br>werkstatt | FM-Instand-<br>setzungsplatz              | Waffenwerkstatt |
| Landrat<br>Schwalm-Eder-Kreis                    | 000<br>PSt Melsungen<br>PSt Schwalmstadt | PSt Fritzlar  | HBP V. Abt.               | PASSt Bad Hers-<br>feld                   | HBP II. Abt.    |
| Landrat<br>Waldeck-Frankenberg                   | 000<br>PSt Frankenberg                   | PK Korbach    | HBP V. Abt.               | PD Marburg<br>m. PK Korbach               | HBP II. Abt.    |
| Landrat<br>Werra-Meißner-Kreis                   | 000<br>PSt Witzenhausen                  | PK Eschwege   | HBP V. Abt.               | PASSt Bad Hers-<br>feld<br>m. PK Eschwege | HBP II. Abt.    |
| Pol.Präs. in Kassel                              | 000<br>PSt Hofgeismar<br>PSt Wolfhagen   | PP Kassel     | HBP V. Abt.               | PP Kassel                                 | HBP II. Abt.    |
| Hessisches<br>Wasserschutzpolizeiamt             | 000                                      | 000           | HBP I. Abt.               | FMLSt                                     | HBP I. Abt.     |
| WPSt Wiesbaden-<br>Kastel                        | 000                                      | 000           | HBP I. Abt.               | FMLSt                                     | HBP I. Abt.     |
| WPSt Rüdesheim                                   | PSt Rüdesheim                            | 000           | HBP I. Abt.               | FMLSt                                     | HBP I. Abt.     |
| WPSt Gernsheim                                   | 000                                      | PD Groß-Gerau | HBP I. Abt.               | PD Groß-Gerau                             | HBP I. Abt.     |
| WPSt Frankfurt                                   | 000                                      | 000           | PP Frankfurt              | PP Frankfurt                              | HBP I. Abt.     |
| Hess. Landeskriminal-<br>amt                     | 000                                      | HLKA          | HBP I. Abt.               | FMLSt                                     | HBP I. Abt.     |
| Hess. Polizeischule                              | 000                                      | HPS           | HBP I. Abt.               | HPS                                       | HBP I. Abt.     |
| Fernmeldeleitstelle der<br>Hessischen Polizei    | FMLSt                                    | HPS           | HBP I. Abt.               | FMLSt                                     | HBP I. Abt.     |
| Wirtschaftsverwaltungs-<br>amt der Hess. Polizei | 000                                      | 000           | HBP I. Abt.               | —                                         | HBP I. Abt.     |

000 Die Aufgaben des Kfz-Wartungsplatzes bzw. der Kfz-Werkstatt werden von der Kfz-Werkstatt/Zentralwerkstatt wahrgenommen.

\*) Hier ergeben sich Änderungen durch die Einrichtung der Kfz-Zentralwerkstatt in Gießen (Lahn).

## Anlage 2 Eine Werkstatt für Luftfahrzeuge

### Örtliche Zuständigkeit der übrigen technischen Dienste

#### Betriebstechnische Dienste bei Fernmeldezentralen

werden eingerichtet bei:

EdS des Regierungspräsidenten in Darmstadt,  
EdS des Regierungspräsidenten in Kassel,  
Pol.Präs. in Darmstadt,  
Pol.Präs. in Frankfurt,  
Pol.Präs. in Kassel,  
Pol.Präs. in Offenbach,  
Pol.Präs. in Wiesbaden,  
Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei.  
Die örtliche Zuständigkeit umfaßt die jeweilige Fern-  
meldezentrale mit den außenliegenden Fernmeldeanlagen.

wird bei der

Flugbereitschaft der Hessischen Polizei  
in Egelsbach  
eingerrichtet.

#### Ein Wartungsplatz für Wasserfahrzeuge

wird bei dem

Hessischen Wasserschutzpolizeiamt  
in Wiesbaden-Kastel  
eingerrichtet.

Er ist für das Hessische Wasserschutzpolizeiamt und dessen  
Außenstelle örtlich zuständig.

536

#### Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Hofbieber, Land- kreis Fulda

Der Gemeinde Hofbieber im Landkreis Fulda, Regierungs-  
bezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Ge-  
meindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103)  
das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen ge-  
nehmigt worden:



HOFBIEBER

Wiesbaden, 30. 3. 1976

„Das Wappen der Gemeinde Hofbieber zeigt in Silber eine sechszehnblättrige grüne Buche, links unten beseitet von einem schwebenden schwarzen Hochkreuz.“

Der Hessische Minister des Innern  
IV A 23 — 3 k 06 — 41/76

StAnz. 16/1976 S. 717

#### Fernmeldewerkstätten

werden eingerichtet bei:

EdS des Regierungspräsidenten in Darmstadt,  
Pol.Präs. in Frankfurt,  
Pol.Präs. in Kassel,  
Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei,  
Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei.  
Die örtliche Zuständigkeit der Fernmeldewerkstätten um-  
faßt jeweils das Land Hessen; ihre sachliche Zuständig-  
keit wird schwerpunktmäßig auf bestimmte Gerätetypen  
festgelegt.

#### Der Funküberwachungsdienst

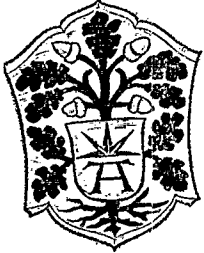
wird für das Land Hessen bei der

Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei  
eingerrichtet.

537

### Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Stadt Arolsen, Landkreis Waldeck-Frankenberg

Der Stadt Arolsen im Landkreis Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, sind gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen und die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden, die bis zum Zusammenschluß der Stadt Arolsen und der Gemeinde Helsen am 31. Dezember 1970 von der früheren Stadt Arolsen geführt wurden:



#### Wappenbeschreibung:

„In Silber eine bewurzelte grüne Eiche mit goldenen Eicheln, belegt mit einem goldenen Herzschild, der ein schwarzes A überhöht von einem oberhalb schwarzen Stern zeigt.“

#### Flaggenbeschreibung:

„Die Flagge zeigt die Farben Schwarz-Gold-Schwarz im Verhältnis 1 : 3 : 1, belegt, mit dem Wappen der Stadt.“

Wiesbaden, 30. 3. 1976

Der Hessische Minister des Innern

IV A 23 — 3 k 06 — 41/76

StAnz. 16/1976 S. 718

538

### 13. Bundeswettbewerb „Der Garten in den deutschen Städten und Gemeinden“ 1976

Bundeswettbewerb für Gartenanlagen der Städte und Gemeinden und ihrer kleingärtnerischen Organisationen.

Nachstehend gebe ich die Ausschreibung des Bundeswettbewerbs bekannt:

Um das Verständnis der Öffentlichkeit für die Schaffung von Kleingartenanlagen als Gartenanlagen im öffentlichen Grün zu vertiefen und die Städte und Gemeinden zu weiteren Leistungen bei der Errichtung von Kleingartenanlagen anzuregen und allen im Garten Tätigen neue Anregungen zu vermitteln, schreibt der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Zusammenwirken mit dem Bundesverband Deutscher Gartenfreunde im Jahre 1976 einen 13. Bundeswettbewerb

„Der Garten in deutschen Städten und Gemeinden“ — Bundeswettbewerb für Gartenanlagen der Städte und Gemeinden und ihrer kleingärtnerischen Organisationen

aus.

Die Geschäftsführung obliegt dem Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V., gemeinnützige Organisation für das Kleingartenwesen, Bonn.

Mit dem Wettbewerb soll zunehmend ein Beitrag zu Fragen der städtebaulichen Integration von Kleingartenanlagen und ihrer bewußten Nutzung zur Erhöhung des Freizeitwertes unserer Städte und Gemeinden geleistet werden.

#### 1. Gegenstand des Wettbewerbs

Gegenstand des Wettbewerbs sind

- 1.1 in den letzten drei Jahren geschaffene Kleingartenanlagen und Kleingartenparks,
- 1.2 umgestaltete und verbesserte Kleingartenanlagen, die mindestens zehn Jahre alt sind.

#### 2. Auslober

Auslober des Wettbewerbs ist der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Gartenfreunde.

#### 3. Geschäftsführung

Der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V., gemeinnützige Organisation für das Kleingartenwesen, Wilhelmstraße 6, 5300 Bonn-Beuel, Telefon (0 22 21) 46 18 30, hat die Geschäftsführung des Bundeswettbewerbes im Auftrage des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau übernommen. Anforderungen der

Wettbewerbsunterlagen und Rückfragen sind an die Landesprüfungsstellen (s. Ziff. 9) oder an den Bundesverband Deutscher Gartenfreunde zu richten.

#### 4. Systematisierung des Wettbewerbs

Die systematische Vorbereitung und Auswertung des Bundeswettbewerbes wird vom Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik der Universität Bonn übernommen.

#### 5. Wettbewerbsteilnehmer

Am Wettbewerb können alle deutschen Städte und Gemeinden und/oder ihre kleingärtnerischen Organisationen teilnehmen.

Folgende Wettbewerbsgruppen werden unterschieden:

- 5.1 Städte und Gemeinden bis 20 000 Einwohner;
- 5.2 Städte und Gemeinden zwischen 20 000 und 100 000 Einwohnern;
- 5.3 Großstädte von 100 000 bis 500 000 Einwohnern;
- 5.4 Großstädte über 500 000 Einwohner.

#### 6. Bundesprüfungskommission

Die Bundesprüfungskommission besteht aus Vertretern des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, der Bundesländer (ARGEBAU), der Städte und Gemeinden (der kommunalen Spitzenverbände), des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde, des genannten wissenschaftlichen Instituts und der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft.

#### 7. Zeitlicher Ablauf

Die Ausschreibungsunterlagen können ab sofort bei den Landesprüfungsstellen angefordert werden (s. Ziff. 9).

Einreichungstermin der Wettbewerbsarbeiten bei den zuständigen Landesprüfungsstellen 30. 4. 1976.

Vorauswahl durch die Landesprüfungsstellen: bis 30. 6. 1976.

Besichtigung der Kleingartenanlagen durch die Bundesprüfungskommission: 1. 7. bis 10. 9. 1976.

Preisgerichtssitzung der Bundesprüfungskommission: 13. bis 15. 9. 1976.

Anschließende Pressekonferenz und Bekanntgabe der Wettbewerbsergebnisse: 17. 9. 1976.

Abschlußveranstaltung (Übergabe von Urkunden und Medaillen): voraussichtlich 24. 9. 1976.

#### 8. Beurteilungsrahmen

Die Bewertung der Garten- und Kleingartenanlagen erfolgt mit Hilfe von Angaben der Wettbewerbsteilnehmer in Beurteilungsbögen, durch empfehlende Vorauswahl der Landesprüfungsstellen, durch Besichtigung der Bundesprüfungskommission an Ort und Stelle und durch eine abschließende Preisgerichtssitzung.

Ein Muster des Beurteilungsbogens ist nachstehend abgedruckt.

#### 9. Landesprüfungsstellen

Die Anschrift der Landesprüfungsstelle in Hessen ist:

Der Hessische Minister des Innern  
Friedrich-Ebert-Allee 12,  
6200 Wiesbaden.

Die hessischen Städte, Gemeinden bzw. kleingärtnerischen Organisationen, die am Wettbewerb teilnehmen wollen, können die Unterlagen für die Anmeldung bei mir erhalten.

Die empfehlende Vorauswahl, die in den Beurteilungsrahmen für die Entscheidung des Bundeswettbewerbs eingeht, wird durch die Landesprüfungskommission getroffen.

Wiesbaden, 4. 4. 1976

Der Hessische Minister des Innern

V A 61 — 57 c 02 — 1/76

StAnz. 16/1976 S. 718

Anlage

Beurteilungsbogen für die Bewertung von (Dauer-)Kleingartenanlagen

#### 1. Städtebauliche Funktion der Anlage

##### 1.1 Die Anlage als Teil des öffentlichen Grüns

(Ist die Anlage planmäßig und sinnvoll in öffentliche Grünzüge eingeordnet?)

**1.2 Die Anlage in ihrer Umweltschutzfunktion**

(Bedeutet die Anlage in ihrer Gesamtheit eine Auflockerung des bebauten Stadtgebietes? Besteht Anschluß an ein Wohngebiet? Ist eine Außenbepflanzung der Anlage als Wind- und Immissionsschutz vorhanden oder möglich? Stellt sich die Anlage u. a. als Vogelschutzgehölz dar? Ist für Bienenweide gesorgt?)

**1.3 Die Lage zum Wohngebiet**

(Besteht Fußgängerentfernung zum Wohngebiet? Ist die Anlage durch öffentliche Verkehrsmittel günstig zu erreichen?)

**2. Gestaltung und Pflege der (Gesamt-)Anlage****2.1 Der Gesamteindruck und Gesamtgestaltung der Anlage**

(Ist die Größe und Gesamtgestaltung der Anlage befriedigend? Ist Ruhe der Anlage gewährleistet, Abschirmung gegen Industrie oder Verkehrsanlagen?)

**2.2 Der Pflegezustand der Anlage**

(Ist eine ausreichende Pflege durch die Gemeinschaft vorhanden? Wie sind die Pflegeaufgaben zwischen der Stadt/Gemeinde und den Kleingärtnern aufgeteilt? Ist für ausreichende Pflege des öffentlichen Teils der Kleingartenanlage gesorgt?)

**2.3 Das Verhältnis des Gemeinschaftsgrüns zu den (einzelnen) Kleingärten**

(Wirkt die Anlage durch die Anordnung der Einzelgärten und die Gestaltung des Wegenetzes?)

**2.4 Das Wegebegleitgrün**

(Sind die öffentlichen Wege zweckmäßig durch wegebegleitendes Grün reizvoll gestaltet? Sind an ihnen u. a. Ruheplätze mit Sitzgelegenheit eingerichtet?)

**2.5 Die Gartenlauben**

(Wurde beim Laubenbau, Massierung, aber auch Eintönigkeit vermieden? Wurden die Lauben, auch durch Blumenschmuck und durch maßvolle Anpflanzung immergrüner Gehölze in Laubennähe in die Landschaft gut eingebunden? Wurden störende Laubenan- und -umbauten verhindert?)

**2.6 Die Spielplatzanlagen**

(Ist eine vorhandene Spielplatzanlage auch für Kinder von Besuchern zugänglich?)

**2.7 Das Gemeinschaftsheim**

1. Ein Gemeinschaftsheim ist als geeigneter Treffpunkt für Kleingärtner und Besucher wünschenswert. Wurde es von den Kleingärtnern errichtet? Wird es auch von Besuchern aufgesucht? Wirkt der öffentliche Betrieb mit Vollkonzession störend?

2. Ist eine den Besuchern zugängliche WC-Anlage vorhanden?

**2.8 Die Autoeinstellplätze**

(Sind bei der Anlage ausreichend Autoeinstellplätze vorgesehen? Sind sie hinreichend begrünt?)

**2.9 Einfriedung**

(Ist die Umzäunung zweckmäßig? Sind die Eingangstore einladend gestaltet?)

**3. Gestaltung und Pflege der Einzelgärten****3.1 Der Gesamteindruck**

(Ist die Anlage der Gärten gelungen? Sind Standort und Auswahl der Gehölze richtig? Sind Gartentore, Kompostplätze unauffällig? Wie ist der Pflegezustand allgemein?)

**3.2 Der Schutz der Privatsphäre**

(Bleibt die notwendige Intimität des Einzelgartens durch seine Anlage, Anpflanzung und zweckentsprechende Nutzung im Interesse der Kleingärtnerfamilie gewahrt?)

**3.3 Die Wasserversorgung**

(Ist ausreichende Wasserversorgung vorhanden? Wieviel Gärten entfallen auf eine Zapfstelle?)

**539****Ungültigkeitserklärung einer Kriminalaldienstmarke**

Die Kriminalaldienstmarke „Land Hessen Nr. 2211“ ist in Verlust geraten. Sie wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 30. 3. 1976

Der Polizeipräsident

P III — 7 d 15

StAnz. 16/1976 S. 719

**540****Der Hessische Minister der Finanzen**

**Änderung der Ausführungsbestimmungen für das Ausgleichsjahr 1976 zum Finanzausgleichsgesetz — FAG — in der Fassung vom 2. Januar 1976 (GVBl. I S. 2).**

**Gemeinsamer Erlaß**

Zur Ausführung des Finanzausgleichsgesetzes wird auf Grund des § 45 für das Ausgleichsjahr 1976 folgendes bestimmt und bekanntgegeben:

In den Ausführungsbestimmungen 1976 zu den §§ 13 bis 16 FAG — Gemeinsamer Erlaß des Ministers der Finanzen und des Ministers des Innern vom 26. Januar 1976 (StAnz. S. 385) — wird in Abs. 2 die Zahl „75,8“ durch die Zahl „75,7“ ersetzt.

Wiesbaden, 25. 3. 1976

Der Hessische Minister der Finanzen  
LG 40 005/1976 — III B 31

Der Hessische Minister des Innern  
IV B 11 — 33 b 02/01

StAnz. 16/1976 S. 719

**541****Bauvorhaben mit staatlichen Zuwendungen;**

hier: Bewilligungsverfahren und Prüfung der Verwendungs-nachweise für Sportstätten

Bezug: Mein Erlaß vom 23. Juni 1969 (StAnz. S. 1269)

Meinen Erlaß vom 23. Juni 1969 hebe ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern und dem Hessischen Sozialminister auf.

**542****Automatisierung der Lohnberechnung;**

hier: Löhne der Arbeiter aus dem Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

1. Im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt wird mit Wirkung vom 1. Juli 1976 die Zuständigkeit für die Berechnung und Zahlbarmachung der Löhne für die Arbeiter im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt — soweit noch nicht erfolgt —

der Kap. 09 01 Ministerium

09 11 Hessische Landesstelle für Ernährungswirtschaft in Frankfurt (Main)

09 12 Landeskulturverwaltung

09 15 Hessische Lehr- und Forschungsanstalt für Grünlandwirtschaft und Futterbau mit über-

- betrieblicher Ausbildungsstätte für pflanzliche und tierische Erzeugung — Eichhof — bei Bad Hersfeld
- 09 16 Hessische Landesanstalt für Leistungsprüfungen in der Tierzucht in Neu-Ulrichstein
- 09 17 Hessisches Landgestüt Dillenburg
- 09 21 Wasserwirtschaftsverwaltung
- 09 23 Grundstücke, Dammverteidigung, Fahren und Hafen an Bundeswasserstraßen
- 09 25 Staatliche Veterinäruntersuchungsämter
- 09 26 Hessische Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden
- 09 41 Hessisches Landesamt für Landwirtschaft in Kassel
- 09 42 Landwirtschaftsämter und Tierzuchtämter
- 09 43 Hessische Landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Darmstadt
- 09 44 Pflanzenschutzämter Frankfurt und Kassel
- 09 46 Milchwirtschaftliche Lehranstalt Gelnhausen und Fachschule für Technik der Fachrichtung Agrarwirtschaft Groß-Umstadt
- 09 47 Gartenbauschule Wiesbaden und Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Kassel-Oberzwehren
- 09 48 Hessisches Landwirtschaftliches Beraterseminar in Rauschholzhausen

09 50 Forstabteilungen der Regierungspräsidenten

09 51 Forstämter

09 52 Hessische Forsteinrichtungsanstalt in Gießen

09 54 Hessische Landesforstschule in Schotten

auf die Staatskasse Kassel — Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle —

übertragen.

Die Lohnberechnungen der Weinbergсарbeiter (Kap. 09 14) und der Waldarbeiter (Kap. 09 51 und 09 53) wurden durch diesen Erlaß nicht berührt.

2. Im Bereich der Festsetzungsstellen tritt keine Änderung ein.

3. Die Rechnungslegung obliegt der Staatskasse Kassel.

4. Für die Vorprüfung ist das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Kassel zuständig.

5. Die Übernahmearbeiten sind zwischen den beteiligten Stellen einvernehmlich so rechtzeitig vorzunehmen, daß die Staatskasse Kassel die erstmalige Auszahlung pünktlich leisten kann.

Bei diesem Erlaß sind die zuständigen Personalvertretungen beteiligt worden.

Wiesbaden, 31. 3. 1976

Der Hessische Minister der Finanzen  
O 1590 A — 1 — I A 23

StAnz. 16/1976 S. 719

543

### Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

#### Genehmigung der Prüfungskostenordnung der Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung der elektrischen Anlagen auf dem Lande in Hessen — ARBEG HESSEN —

Auf Grund des § 5 Abs. 1 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 31. August 1937 (RGBl. I S. 918) habe ich die nachstehende von der Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung der elektrischen Anlagen auf dem Lande in Hessen erlassene Prüfungsordnung genehmigt.

Wiesbaden, 25. 3. 1976

Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik  
IV b 1 — 78 b 200

StAnz. 16/1976 S. 720

\*

#### Prüfungskostenordnung der Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung elektrischer Anlagen auf dem Lande in Hessen — ARBEG HESSEN —

##### § 1

Die Kosten für die Prüfung von elektrischen Anlagen und Energieverbrauchsgeräten auf Grund von § 2 Abs. 1 der Zweiten Durchführungsverordnung zum Energiewirtschaftsgesetz trägt der Benutzer.

##### § 2

Die Prüfungskosten werden nach der Art und Größe der zur Feststellung des Wirkverbrauchs verwendeten Meßeinrichtung in der geprüften Anlage berechnet.

Die Prüfgebühr beträgt bei Anlagen  
mit einem Wechsel- oder Drehstromzähler bis 10/60 A 40,— Deutsche Mark,  
mit einem Wechsel- oder Drehstromzähler über 10/60 A 60,— Deutsche Mark,  
zusätzlich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

##### § 3

Die Gebührensätze nach § 2 sind Höchstsätze, die nicht überschritten werden dürfen. Sie sind zu ermäßigen, wenn Prüfungszeit und Kostenaufwand dieses rechtfertigen.

##### § 4

Die Kostenordnung tritt am 1. 4. 1976 in Kraft. Die bisher geltende Kostenordnung (Staatsanzeiger 1965, Seite 948) tritt am gleichen Tage außer Kraft.

Marburg, 2. 3. 1976

Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung  
der elektrischen Anlagen  
auf dem Lande in Hessen

544

#### Widmung von Neubaustrecken sowie Abstufung von Teilstrecken im Zuge der Bundesstraße 455 und der Landesstraße 3139 in den Gemarkungen Harb und Unter-Schmitten der Stadt Nidda, Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Bundesstraße 455 in den Gemarkungen Harb und Unter-Schmitten der Stadt Nidda im Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebauten Strecken

von km 0,000 neu (bei km 3,466 alt) = 1,675 km  
bis km 1,675 neu (bei km 5,312 alt)

und  
von km 1,695 neu (bei km 5,325 alt) = 0,145 km  
bis km 1,840 neu (bei km 35,501 alt)

erhalten mit Wirkung vom 1. April 1976 die Eigenschaft einer Bundesstraße und werden Bestandteil der Bundesstraße 455 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes — FStrG — vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —).

2. Die bisherigen Teilstrecken der Bundesstraße 455

a) von km 3,466 alt (bei km 0,000 der B 455 neu) = 0,334 km  
bis km 3,800 alt (bei km 0,000 der L 3138)

und  
b) von km 35,501 alt (bei km 1,840 der B 455 neu) = 0,028 km  
bis km 35,529 alt (= km 5,460 alt)

haben die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren (§ 2 Abs. 4 FStrG) und werden mit Wirkung vom 1. April 1976 in die Gruppe der Landesstraßen abgestuft (§ 5 des Hessischen Straßengesetzes — HStrG — vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die unter a) genannte Strecke wird als Teilstrecke der Landesstraße 3198 und die unter b) genannte Strecke wird als Teilstrecke der Landesstraße 3139 in das

Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG). Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§ 41 HStrG).

3. Die bisherigen Teilstrecken der Bundesstraße 455

von km 3,800 alt (bei km 0,000 der L 3138)  
bis km 5,312 alt (bei km 1,675 der B 455 neu) = 1,512 km  
und

von km 5,325 alt (bei km 1,695 der B 455 neu)  
bis km 5,460 alt (= km 35,529 alt) = 0,135 km

haben die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren (§ 2 Abs. 4 FStrG).

Sie werden mit Wirkung vom 1. April 1976 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Nidda über (§ 43 HStrG).

4. Die im Zuge der Landesstraße 3139 neugebaute Strecke

von km 35,523 neu (bei km 35,529 alt)  
bis km 35,655 neu (bei km 35,672 alt) = 0,132 km

wird mit Wirkung vom 1. April 1976 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 HStrG). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3139 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

5. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3139

von km 35,529 alt (bei km 35,523 der L 3139 neu)  
bis km 35,672 alt (bei km 35,655 der L 3139 neu) = 0,143 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. April 1976 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Nidda über (§ 43 HStrG).

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 29. 3. 1976

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 16/1976 S. 720

545

**Abstufung einer Teilstrecke der Landesstraße 3136 in den Gemarkungen Borsdorf, Geiß-Nidda, Bad Salzhausen und Nidda/Ortsteile der Stadt Nidda, Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt**

Die in den Gemarkungen Borsdorf, Geiß-Nidda, Bad Salzhausen und Nidda/Ortsteile der Stadt Nidda im Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene Teilstrecke der Landesstraße 3136

von km 34,051 alt (bei km 34,048 der B 455)  
bis km 37,721 alt (bei km 37,724 der B 457) = 3,670 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. April 1976 wie folgt abgestuft:

a) Die Teilstrecke

von km 34,051 alt  
bis km 35,565 alt (bei km 0,335 der K 195) = 1,514 km

wird in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft und als Teilstrecke der Kreisstraße 196 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§ 5 und § 3 Abs. 3 des Hessischen Straßengesetzes — HStrG — vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Wetteraukreis über.

b) Die Teilstrecke

von km 35,565 alt  
bis km 37,721 alt = 2,156 km

wird in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Nidda über (§ 43 HStrG).

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 30. 3. 1976

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 16/1976 S. 721

546

**Neubau der Umgehungsstraße Eltville—Walluf im Zuge der Bundesstraße 42 von Bau-km 2,025 bis Bau-km 8,427;**

hier: Planfeststellungsbeschuß vom 26. September 1974 (StAnz. S. 1838)

**Beschluß**

Der Planfeststellungsbeschuß für den Neubau der Umgehungsstraße Eltville—Walluf im Zuge der Bundesstraße 42 von Bau-km 2,025 bis Bau-km 8,427 vom 26. September 1974 wird aufgehoben.

**Begründung**

Die dem Planfeststellungsbeschuß vom 26. September 1974 zugrunde liegende Lösung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Der Beschluß ist von einer Vielzahl von Betroffenen angefochten worden, woraus sich wegen der aufschiebenden Wirkung der Rechtsbehelfe nach § 80 der Verwaltungsgerichtsordnung unvermeidbare Verzögerungen für die Durchführung der Maßnahme ergeben. Deshalb muß eine Straßenführung entwickelt werden, die eine alsbaldige Verwirklichung der dringend notwendigen Entlastung der Ortsdurchfahrt Eltville im Zuge der B 42 ermöglicht. Der Planfeststellungsbeschuß war daher aufzuheben. Mit der Rechtskraft dieses Aufhebungsbeschlusses entfällt die Veränderungssperre gemäß § 9 a Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, gesetzlich vertreten durch den Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 30. 3. 1976

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 2 — 61 k 06 (752)  
gez. Karry

StAnz. 16/1976 S. 721

547

**Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (ZVB-StB 75, Ausgabe 1975)**

Bezug: StAnz. 1976 S. 391

Das Datum meines an obiger Fundstelle veröffentlichten Erlasses muß richtig

11. 2. 1976

lauten.

Wiesbaden, 30. 3. 1976

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 14 — 61 e — 02.03

StAnz. 16/1976 S. 721

**548****Vorläufige Richtlinien für das Aufstellen von Besonderen Vertragsbedingungen im Straßen- und Brückenbau, Ausgabe 1975**

Bezug: StAnz. 1976 S. 392

Das Datum meines an obiger Fundstelle veröffentlichten Erlasses muß richtig

11. 2. 1976

lauten.

Wiesbaden, 30. 3. 1976

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 14 — 61 e — 02.03

StAnz. 16/1976 S. 722

**549****Bekanntmachung über die fünfte atomrechtliche Teilgenehmigung des Kernkraftwerkes Biblis, Block B**

Gemäß § 7 b des Atomgesetzes vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1975 (BGBl. I S. 7162), gebe ich bekannt:

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialminister und dem Hessischen Minister des Innern habe ich am 25. März 1976 dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG, Essen, der Kraftwerk-Union AG, Erlangen, und der Hoch-Tief AG für Hoch- und Tiefbauten, vormals Gebrüder Helfmann, Frankfurt (Main), die fünfte atomrechtliche Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block B, in der Gemarkung Biblis/Rhein erteilt.

Eine Ausfertigung der fünften Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block B, liegt in der Zeit vom 21. April 1976 bis 5. Mai 1976 einschließlich

1. bei dem Gemeindevorstand der Gemeinde Biblis, Kreis Bergstraße, Darmstädter Straße, Rathaus, Zimmer 10,
2. bei dem Landrat des Kreises Bergstraße, Heppenheim (Bergstraße), Gräffstraße 5, Zimmer 57,

jeweils während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Mit dem Ende dieser Auslegungsfrist gilt diese fünfte atomrechtliche Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block B, vom 25. März 1976 gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Wiesbaden, 9. 4. 1976

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV b 4 — 992.05 03

StAnz. 16/1976 S. 722

**550****Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt****Immissionsschutz**

1. Anwendung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Feuerungsanlagen — 1. BImSchV) vom 28. August 1974 (BGBl. I S. 2121)

2. Anwendung des Schornsteinfegergesetzes vom 15. 9. 1969 (BGBl. I S. 1634, 2432), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. 3. 1975 (BGBl. I S. 705);

hier: Kostentragungspflicht

Bezug: Erlaß vom 9. 6. 1975 (StAnz. S. 1251)

**Gemeinsamer Erlaß**

Nr. 9 — Kosten des Bezugerlasses — erhält folgende Fassung:

„Der Bezirksschornsteinfegermeister erfüllt bei Durchführung der Messungen Aufgaben nach § 13 Abs. 1 Nr. 10 Schornsteinfegergesetz i. d. F. des § 69 Abs. 3 BImSchG. Die Höhe der für Rauchgasmessungen zu erhebenden Kosten ergibt sich aus der Verordnung über die Gebühren der Bezirksschornsteinfegermeister (Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung) für das Land Hessen vom 10. 2. 1975 (GVBl. I S. 37 = GVBl. II 512—68) in der jeweils geltenden Fassung. Die Gebühr nach der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung ist eine öffentliche Last des Grundstücks und vom Grundstückseigner zu tragen (§ 25 Abs. 4 Satz 1 Schornsteinfegergesetz). Rückständige Gebühren und Auslagen, die trotz Mahnung nicht entrichtet worden sind, können von der zuständigen Verwaltungsbehörde auf Antrag des Bezirksschornsteinfegermeisters nach den Vorschriften des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 4. 7. 1966 (GVBl. I S. 151 = GVBl. II 304—12) in der jeweils geltenden Fassung beigetrieben werden (§ 25 Abs. 4 Satz 3 Schornsteinfegergesetz). Zuständige Verwaltungsbehörde ist die Vollstreckungsbehörde der Gemeinde, in deren Bereich der Vollstreckungsschuldner seinen Wohnsitz hat — § 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Schornsteinfegerwesen vom 10. 12. 1970 (GVBl. II 512—47). Der Ausgleich zwischen dem Grundstückseigentümer und dem Betreiber der Feuerungsanlage bleibt dem privatrechtlichen Verhältnis zwischen Grundstückseigentümer und Betreiber vorbehalten (§ 25 Abs. 4 Satz 2 SchfG).“

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialminister und dem Hessischen Minister des Innern.

Wiesbaden, 19. 3. 1976

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt**  
V B 6 — 79 o 08.01 — 2123/76

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
II b 1 — 72 e 10 — 15 — 02

StAnz. 16/1976 S. 722

**551****Organisation der Hess. Staatsforstverwaltung**

hier: Neueinrichtung des Maschinenbetriebes Reinhardswald

Mit Erlaß vom 2. März 1976 — III A 3 — 7044 — M 04 — (n. v.) wurde der Maschinenbetrieb Reinhardswald, Weserpfad 1, 3510 Hann. Münden (Tel. 0 55 41/3 77 76), neu eingerichtet.

Wiesbaden, 29. 3. 1976

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt**  
III A 1 — 3240 — O 06

StAnz. 16/1976 S. 722

**552****Durchführung von Waldwertschätzungen**

Bezug: Erlaß vom 26. Juni 1972 (StAnz. S. 1281)

Im Bezugerlaß erhält die Ziff. 5.2 folgende Fassung:

- 5.2 **Kostenerstattung für Waldwertschätzungen im Körperschafts- und Privatwald**

Im Privatwald sind die Kosten nach § 5 Abs. 1 Nr. 8 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Hessischen Forstgesetzes über Kostenbeiträge und die Förderung des Privatwaldes vom 1. Dezember 1970 (GVBl. I S. 749), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. 10. 1975 (GVBl. I S. 243), zu ersetzen.

Im Körperschaftswald ist die Durchführung von Waldwertschätzungen mit der laufenden Erhebung der Kostenbeiträge gem. § 39 Hessisches Forstgesetz dann abgegolten, wenn gem. Ziff. 3.1, erster Satz, das Forstamt in eigener Zuständigkeit tätig war.

Wiesbaden, 2. 3. 1976

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt**  
III B 1 — 23 — Z 70

StAnz. 16/1976 S. 722

**553****Durchführung von Waldwertschätzungen;**

hier: Tabellenwerte für Hiebsunreifeverluste

- Bezug: 1. Hess. Richtlinien für Waldwertschätzungen 1960  
2. Erlaß vom 26. 6. 1972 (StAnz. S. 1281) i. d. F. vom 2. 3. 1976 (StAnz. S. 722)

Die nachstehend als Anlage 1—4 veröffentlichten Tabellen II über Hiebsunreifeverluste der Baumarten Eiche, Buche, Fichte und Kiefer sind unter Berücksichtigung des derzeitigen Lohn- und Preisniveaus zum Stichtag 1. 1. 1975 neu berechnet. Sie sind für alle Fälle anzuwenden, in denen nach dem 1. 1. 1975 die Änderung eingetreten bzw. die Fläche geräumt worden und noch keine abschließende Entschädigungsregelung getroffen ist.

Zur Zuständigkeit und zum Verfahrensgang wird ergänzend bemerkt:

# 1. Zuständigkeit

Gem. Erlass vom 26. 6. 1972 (StAnz. S. 1281) i. d. F. vom 2. 3. 1976, Abs. 2.11, 3.1 und 4 werden Hiebsunreifeverlustberechnungen für alle Waldbesitzarten durch die Forstämter in eigener Zuständigkeit und Verantwortung aufgestellt. Eine Prüfung durch die Forsteinrichtungsanstalt ist nur dann zu beantragen, wenn dies von dem Vertragspartner im Interesse einer neutralen Regelung gefordert wird.

# 2. Verfahren zur Herleitung der Hiebsunreifeverluste

## 2.1 Erhebung der Bestandsdaten

Zur Herleitung der Hiebsunreifeverluste ist vor Beginn des Einschlags eine sorgfältige Zustandserfassung für die betroffenen Waldflächen durchzuführen. Hierbei sind im Anhalt an die Forsteinrichtungsunterlagen die Bestandesdaten, insbesondere die Bonitäten der zu entschädigenden Bestandesteile einzuschätzen. Wenn für den Endbestand eine geringere Bonität als die gegenwärtige zu erwarten ist, wird die der Berechnung zugrundezulegende Ertragsklasse entsprechend abgeändert (dynamische Bonitierung).

## 2.2 Berechnungsverfahren

Die Hiebsunreifeverluste, die sich aus der Differenz von Bestandserwartungs- und -abtriebswerten (soweit positiv) in den verschiedenen Altern errechnen, wurden wie bisher je ha vollbestockte Fläche und für höhere Bestandesalter zusätzlich je Efm. o. R. Derbholz ermittelt.

Bei den neuen Tabellen ist die Mehrwertsteuer bereits den Holzverkaufserlösen zugeschlagen worden. Damit entfällt künftig eine gesonderte Ermittlung.

Die Werte sind auf das jeweilige Bestandesalter zu interpolieren. Eine Extrapolation der Sätze je Efm in jüngere Altersbereiche sollte in jedem Falle unterbleiben.

Die Hiebsunreifeverluste für die Holzarten Eiche, Buche, Fichte und Kiefer gelten jeweils auch für die übrigen Holzarten der Holzartengruppe. Ausnahme: Roteiche nach Buche, Strobe nach Kiefer.

Bei abweichenden Umtriebszeiten ist der Tabellenwert heranzuziehen, der sich für das mit dem Quotienten

Umtriebszeit der Hauptbaumart

Umtriebszeit der sonst. Baumart

multiplizierte Alter der sonstigen Baumart ergibt.

Falls auf die Anwendung der Hiebsunreifeverluststabellen auf die sonstigen Baumarten unrealistische Werte zustandekommen, ist in schwerwiegenden Fällen eine gesonderte Herleitung der Entschädigung bei der FEA zu beantragen. Dies gilt generell auch für Pappelbestände.

## 2.21 Herleitung der Hiebsunreifeverluste bei jüngeren Beständen

Bei Jungbeständen erfolgt die Herleitung der Hiebsunreifeverluste grundsätzlich über die angegebenen Flächensätze. Die Tabellenwerte im Alter 0 geben die im Jahr der Begründung bei den einzelnen Baumarten in der Berechnung unterstellten „normalen“ Kulturkosten an. Bei den im Alter 5 aufgeführten Bestandeswerten sind dann alle bis zur gesicherten Kultur notwendigen weiteren Aufwendungen berücksichtigt worden.

Die Höhe der Hiebsunreifeverluste bei jüngeren Beständen wird entscheidend durch die zugrundegelegten Kulturkosten beeinflusst. Wenn die tatsächlichen Kulturkosten in einer größeren Zahl von Fällen von den aufgeführten Sätzen im Alter 0 abweichen, sind daher wie bisher gesonderte Hiebsunreifeverluste durch die

Hess. Forsteinrichtungsanstalt zu ermitteln. Dies kann zum Beispiel bei aufwendigen Eichenkulturen, die zur Furnierholzanpflanzung bestimmt sind, erforderlich werden. Bedingt durch die hohen Holzwerbungskosten sind gegenwärtig alle Abtriebswerte mit einem mittl. BHD des Aushiebs unter ca. 18—20 cm negativ, so daß die Hiebsunreifeverluste bis zu diesen Bestandesmitteldurchmessern gleich den Bestandserwartungswerten sind. Soweit in Jungbeständen noch kein verwertbares Holz anfällt oder die Werbungskosten die Holzerlöse übersteigen, sind daher die Räumungskosten bzw. die nicht gedeckten Teile der Erntekosten (einschl. Sozialkosten) zusätzlich in Rechnung zu stellen, wenn die Einschlagsmaßnahmen auf Kosten des Waldeigentümers durchgeführt wurden.

## 2.22 Berechnungsverfahren bei älteren Beständen

Bei älteren Beständen, für die die Hiebsunreifeverluste in den Tabellen auch je Efm aufgeführt sind, wird empfohlen, die Berechnungen stets unter Verwendung der Einschlagsmassen (ggf. einschl. des nicht aufgearbeiteten Derbholzes) über die Sätze je Efm vorzunehmen. Dadurch können u. a. Ergänzungsberechnungen infolge Flächenveränderungen, die sich häufig bei der abschließenden Vermessung ergeben, vermieden werden.

Hiebsunreifeverluste kommen nicht mehr in Betracht, wenn wegen geringer Qualität und Wuchsleistung keine weitere Wertsteigerung zu erwarten ist. Dies gilt zum Beispiel häufig für Laubholz Unter- und Zwischenstand oder sonstige schlechte Bestockungen, die auch im Abtriebsalter lediglich Industrieholz liefern.

Für Bestände mit besonders hoher Qualitätserwartung (z. B. Ei, mit beträchtlicher Furniererwartung) ist bei nennenswerter Fläche eine gesonderte Hiebsunreifeverlustberechnung durch die FEA erforderlich.

Mein Erlass vom 14. 7. 1970 (StAnz. S. 1572) tritt damit außer Kraft.

Wiesbaden, 3. 3. 1976

Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt  
III B 1 — 23 — Z 70

StAnz. 16/1976 S. 722

Anlage 1

## Hiebsunreifeverluste

(Stand: 1. 1. 1975)

Eiche (Jüttner 1955 maß. Df)

| Alter                                           | Bonität (Ertragsklasse) |        |        |        |        |        |       |
|-------------------------------------------------|-------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|-------|
|                                                 | I                       | I/II   | II     | II/III | III    | III/IV | IV    |
| Hiebsunreifeverlust je ha voll bestockte Fläche |                         |        |        |        |        |        |       |
| 0                                               | 6 000                   | 6 000  | 6 000  | 6 000  | 6 000  | 2 000  | 2 000 |
| 5                                               | 9 000                   | 8 800  | 8 500  | 8 400  | 8 200  | 3 200  | 3 000 |
| 10                                              | 10 000                  | 9 600  | 9 300  | 8 900  | 8 500  | 3 400  | 3 100 |
| 20                                              | 12 200                  | 11 600 | 10 900 | 10 000 | 9 100  | 3 900  | 3 300 |
| 30                                              | 14 500                  | 13 500 | 12 500 | 11 200 | 9 700  | 4 500  | 3 400 |
| 40                                              | 16 800                  | 15 500 | 14 100 | 12 300 | 10 400 | 5 000  | 3 600 |
| 50                                              | 18 900                  | 17 200 | 15 600 | 13 300 | 11 000 | 5 500  | 3 700 |
| 60                                              | 20 300                  | 18 700 | 17 000 | 14 400 | 11 600 | 6 000  | 3 800 |
| 70                                              | 20 300                  | 18 900 | 17 300 | 15 000 | 12 100 | 6 400  | 3 900 |
| 80                                              | 19 900                  | 18 600 | 17 100 | 14 900 | 12 300 | 6 800  | 4 100 |
| 90                                              | 18 800                  | 17 800 | 16 400 | 14 400 | 11 900 | 7 000  | 4 200 |
| 100                                             | 16 700                  | 16 000 | 15 100 | 13 500 | 11 100 | 6 800  | 4 300 |
| 110                                             | 14 000                  | 13 400 | 12 800 | 12 100 | 10 100 | 6 100  | 4 000 |
| 120                                             | 11 500                  | 11 100 | 10 400 | 9 900  | 8 800  | 5 300  | 3 400 |
| 130                                             | 8 500                   | 8 200  | 7 600  | 7 100  | 6 500  | 4 200  | 2 500 |
| 140                                             | 5 300                   | 5 000  | 4 500  | 4 500  | 3 900  | 2 900  | 1 600 |
| 150                                             | 2 500                   | 2 400  | 2 200  | 2 100  | 1 800  | 1 400  | 700   |
| 160                                             | 0                       | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0     |

## Hiebsunreifeverlust je Efm o. R. Derbholz

|     |       |       |        |        |       |       |       |
|-----|-------|-------|--------|--------|-------|-------|-------|
| 70  | 94,00 | 97,60 | 101,50 | 100,30 | 93,90 | 62,00 | 50,30 |
| 80  | 82,10 | 85,20 | 88,00  | 86,20  | 81,80 | 54,10 | 41,00 |
| 90  | 71,40 | 74,20 | 75,60  | 74,10  | 69,50 | 48,10 | 35,00 |
| 100 | 59,80 | 62,30 | 64,40  | 63,40  | 58,30 | 41,50 | 31,40 |
| 110 | 47,60 | 49,10 | 51,10  | 52,90  | 48,70 | 33,90 | 26,30 |
| 120 | 37,30 | 38,80 | 39,30  | 40,60  | 39,60 | 27,40 | 20,60 |
| 130 | 26,40 | 27,30 | 27,30  | 27,60  | 27,60 | 20,30 | 14,10 |
| 140 | 15,80 | 15,90 | 15,50  | 16,80  | 15,90 | 13,40 | 8,50  |
| 150 | 7,20  | 7,40  | 7,30   | 7,60   | 7,10  | 6,20  | 3,60  |
| 160 | 0     | 0     | 0      | 0      | 0     | 0     | 0     |

**Hiebsunreifeverluster**

(Stand: 1. 1. 1975)

Buche (Wiedemann 1931 maß. Df)

**Anlage 2**

| Alter                                                  | Bonität (Ertragsklasse) |       |       |        |       |        |       |
|--------------------------------------------------------|-------------------------|-------|-------|--------|-------|--------|-------|
|                                                        | I                       | I/II  | II    | II/III | III   | III/IV | IV    |
| <b>Hiebsunreifeverlust je ha voll bestockte Fläche</b> |                         |       |       |        |       |        |       |
| 0                                                      | 2 000                   | 2 000 | 2 000 | 2 000  | 2 000 | 1 000  | 1 000 |
| 5                                                      | 2 800                   | 2 800 | 2 700 | 2 700  | 2 600 | 1 600  | 1 100 |
| 10                                                     | 3 100                   | 3 000 | 3 000 | 2 900  | 2 800 | 1 800  | 1 200 |
| 20                                                     | 3 900                   | 3 700 | 3 500 | 3 300  | 3 100 | 2 100  | 1 400 |
| 30                                                     | 4 700                   | 4 400 | 4 200 | 3 800  | 3 500 | 2 400  | 1 700 |
| 40                                                     | 5 700                   | 5 300 | 4 900 | 4 300  | 3 900 | 2 700  | 1 900 |
| 50                                                     | 6 800                   | 6 300 | 5 700 | 5 000  | 4 300 | 3 100  | 2 200 |
| 60                                                     | 5 900                   | 7 300 | 6 600 | 5 700  | 4 800 | 3 500  | 2 600 |
| 70                                                     | 4 100                   | 4 000 | 4 500 | 6 000  | 5 300 | 3 900  | 2 900 |
| 80                                                     | 3 600                   | 3 500 | 3 400 | 3 000  | 3 200 | 4 400  | 3 200 |
| 90                                                     | 3 100                   | 3 000 | 2 900 | 2 500  | 2 200 | 2 000  | 3 700 |
| 100                                                    | 2 700                   | 2 600 | 2 400 | 2 000  | 1 700 | 1 400  | 1 600 |
| 110                                                    | 1 900                   | 1 800 | 1 800 | 1 400  | 1 200 | 1 000  | 1 000 |
| 120                                                    | 1 100                   | 1 100 | 1 100 | 900    | 700   | 600    | 600   |
| 130                                                    | 400                     | 400   | 400   | 300    | 300   | 300    | 300   |
| 140                                                    | 0                       | 0     | 0     | 0      | 0     | 0      | 0     |

**Hiebsunreifeverlust je Efm o. R. Derbholz**

|     |       |       |       |       |       |       |       |
|-----|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 60  | 23,90 | 33,40 | 35,00 | 34,40 | 33,90 | 29,80 | 28,00 |
| 70  | 13,50 | 14,70 | 18,80 | 28,50 | 29,30 | 25,10 | 22,40 |
| 80  | 10,40 | 11,10 | 12,00 | 12,00 | 14,70 | 23,30 | 20,10 |
| 90  | 8,10  | 8,60  | 9,20  | 8,80  | 8,80  | 9,20  | 20,20 |
| 100 | 6,50  | 6,80  | 6,90  | 6,40  | 6,20  | 5,80  | 7,90  |
| 110 | 4,30  | 4,40  | 4,80  | 4,20  | 4,00  | 3,80  | 4,50  |
| 120 | 2,40  | 2,60  | 2,80  | 2,50  | 2,20  | 2,10  | 2,50  |
| 130 | 0,80  | 0,90  | 1,00  | 0,80  | 0,90  | 1,00  | 1,20  |
| 140 | 0     | 0     | 0     | 0     | 0     | 0     | 0     |

**Hiebsunreifeverluster**

(Stand: 1. 1. 1975)

Fichte (Wiedemann 1936 maß. Df)

**Anlage 3**

| Alter                                                    | Bonität (Ertragsklasse) |        |        |        |        |        |        |        |
|----------------------------------------------------------|-------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
|                                                          | 0                       | 0/I    | I      | I/II   | II     | II/III | III    | III/IV |
| <b>Hiebsunreifeverluster je ha voll bestockte Fläche</b> |                         |        |        |        |        |        |        |        |
| 0                                                        | 3 000                   | 3 000  | 3 000  | 3 000  | 3 000  | 3 000  | 3 000  | 3 000  |
| 5                                                        | 5 600                   | 5 400  | 5 200  | 5 000  | 4 700  | 4 600  | 4 400  | 3 300  |
| 10                                                       | 7 100                   | 6 800  | 6 400  | 6 000  | 5 400  | 5 100  | 4 900  | 3 600  |
| 20                                                       | 11 700                  | 10 800 | 9 800  | 8 800  | 8 000  | 7 300  | 6 400  | 5 200  |
| 30                                                       | 17 600                  | 16 100 | 14 300 | 12 700 | 11 000 | 9 600  | 8 300  | 6 800  |
| 40                                                       | 9 800                   | 11 500 | 13 500 | 15 400 | 14 000 | 12 000 | 9 900  | 8 400  |
| 50                                                       | 4 000                   | 6 100  | 7 600  | 8 500  | 8 800  | 12 500 | 10 000 | 7 600  |
| 60                                                       | 2 000                   | 4 000  | 4 500  | 5 000  | 5 300  | 6 600  | 9 800  | 8 900  |
| 70                                                       | 0                       | 2 000  | 2 500  | 3 000  | 3 200  | 3 300  | 4 400  | 3 700  |
| 80                                                       | 0                       | 0      | 1 000  | 1 300  | 1 400  | 1 400  | 1 600  | 2 900  |
| 90                                                       | 0                       | 0      | 0      | 0      | 700    | 700    | 700    | 1 200  |
| 100                                                      | 0                       | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      |

**Hiebsunreifeverluster je Efm o. R. Derbholz**

|     |      |       |       |       |       |       |       |
|-----|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 50  | 8,60 | 14,80 | 21,30 | 27,60 | 33,90 | 58,60 | 71,70 |
| 60  | 3,50 | 7,80  | 10,00 | 12,50 | 15,20 | 22,10 | 39,50 |
| 70  | 0    | 3,40  | 4,80  | 6,40  | 7,70  | 9,10  | 14,20 |
| 80  | 0    | 0     | 1,70  | 2,50  | 3,00  | 3,40  | 4,50  |
| 90  | 0    | 0     | 0     | 0     | 1,40  | 1,60  | 1,80  |
| 100 | 0    | 0     | 0     | 0     | 0     | 0     | 0     |

**Hiebsunreifeverluster**

(Stand: 1. 1. 1975)

Kiefer (Wiedemann 1943 maß. Df)

**Anlage 4**

| Alter                                                  | Bonität (Ertragsklasse) |        |       |        |       |        |       |
|--------------------------------------------------------|-------------------------|--------|-------|--------|-------|--------|-------|
|                                                        | I                       | I/II   | II    | II/III | III   | III/IV | IV    |
| <b>Hiebsunreifeverlust je ha voll bestockte Fläche</b> |                         |        |       |        |       |        |       |
| 0                                                      | 4 500                   | 4 500  | 4 500 | 4 500  | 4 500 | 3 000  | 3 000 |
| 5                                                      | 6 600                   | 6 500  | 6 300 | 6 200  | 6 100 | 3 100  | 3 100 |
| 10                                                     | 7 300                   | 7 000  | 6 700 | 6 500  | 6 300 | 3 300  | 3 100 |
| 20                                                     | 8 600                   | 8 000  | 7 400 | 7 000  | 6 600 | 3 600  | 3 300 |
| 30                                                     | 10 000                  | 9 100  | 8 300 | 7 600  | 7 000 | 4 000  | 3 400 |
| 40                                                     | 11 200                  | 10 300 | 9 200 | 8 200  | 7 300 | 4 400  | 3 600 |
| 50                                                     | 9 000                   | 9 500  | 9 500 | 8 900  | 7 700 | 4 800  | 3 800 |
| 60                                                     | 7 200                   | 7 400  | 7 600 | 7 900  | 7 400 | 5 200  | 3 900 |
| 70                                                     | 5 300                   | 5 900  | 6 100 | 6 200  | 6 400 | 4 900  | 4 100 |
| 80                                                     | 3 600                   | 4 100  | 4 500 | 4 700  | 4 900 | 3 700  | 3 500 |
| 90                                                     | 2 200                   | 2 600  | 2 900 | 3 300  | 3 400 | 2 600  | 2 400 |
| 100                                                    | 1 100                   | 1 600  | 1 700 | 1 900  | 2 000 | 1 600  | 1 400 |
| 110                                                    | 300                     | 500    | 600   | 900    | 900   | 800    | 500   |
| 120                                                    | 0                       | 0      | 0     | 0      | 0     | 0      | 0     |

**Hiebsunreifeverlust je Efm. o. R. Derbholz**

|     |       |       |       |       |       |       |       |
|-----|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 50  | 39,60 | 46,40 | 52,10 | 55,30 | 55,30 |       |       |
| 60  | 27,30 | 31,00 | 35,70 | 41,50 | 45,80 | 36,30 |       |
| 70  | 18,10 | 22,30 | 25,80 | 29,00 | 33,60 | 29,60 | 29,10 |
| 80  | 11,50 | 14,40 | 17,50 | 20,30 | 23,70 | 20,30 | 22,10 |
| 90  | 6,70  | 8,60  | 10,60 | 13,40 | 15,60 | 13,40 | 14,10 |
| 100 | 3,20  | 5,10  | 5,90  | 7,40  | 8,90  | 7,90  | 7,90  |
| 110 | 0,80  | 1,50  | 2,10  | 3,50  | 3,90  | 3,90  | 2,80  |
| 120 | 0     | 0     | 0     | 0     | 0     | 0     | 0     |

**554**

**Zuständigkeitsvereinbarung mit dem Lande Rheinland-Pfalz für die Regulierung der Aar im Bereich der Tierkörperbeseitigungsanstalt Sandersmühle in der Gemeinde Reckenroth im Rhein-Lahn-Kreis (Rheinland-Pfalz)**

Bezug: StAnz. 1976 S. 457

Unter der o. a. Vereinbarung muß der Name des rheinland-pfälzischen Ministers für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz richtig „Meyer“ lauten.

Die Redaktion

StAnz. 16/1976 S. 724

**555**

**Verwaltungsabkommen über die Verpachtung der Fischerei im Rhein von Strom-km 437,0 rechts bzw. 438,4 links bis Strom-km 544,2 rechts bzw. 545,0 links**

Bezug: StAnz. 1976 S. 457

Unter dem o. a. Abkommen muß der Name des rheinland-pfälzischen Ministers für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz richtig „Meyer“ lauten.

Die Redaktion

StAnz. 16/1976 S. 724

**556****Personalnachrichten**

Es sind

**D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen****Oberfinanzdirektion**

ernannt:

zum Hauptamtsgehilfen (BaL) Hauptamtsgehilfe z. A. (BaP) Heinrich Manß (19. 1. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:  
Steuerobersekretärin Doris Kraft (2. 3. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsdirektor Dr. Christian Faust (20. 2. 1976), Steueramtsinspektor Leonhard Greiner (29. 2. 1976), Techn. Oberamtsrat Karl Renker (31. 12. 1975), alle gem. § 51 Abs. 3 HBG;

verstorben:

Regierungsobererrat Dr. Otto Bauer (19. 3. 1976);

**Steuerverwaltung**

ernannt:

zu Regierungsräten (BaL) die Regierungsräte z. A. (BaP) Reinhard Bestgen, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (2. 3. 1976), Dr. Wilfried Hartmann, FA Fritzlär (18. 2. 1976), Friedr.-Herm. Hesse, FA Michelstadt (29. 1. 1976), Udo Könnemann, FA Kassel, Goethestraße (5. 1. 1976), Hans-Jürgen Zahlau, FA Marburg (29. 1. 1976);

zum Regierungsrat z. A. (BaP) Bewerber Wolfgang Cramer, FA Fritzlär (1. 3. 1976);

zur Steuerinspektorin (BaL) Steuerinspektorin z. A. (BaP) Renate Künnecke, FA Kassel, Spohrstraße (18. 2. 1976);

zu Steuerinspektoren die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Wolfgang Groß, FA Bad Hersfeld (4. 2. 1976), Rainer Jan-

sohn, FA Groß-Gerau (9. 3. 1976), Manfred Platt, FA Darmstadt (4. 2. 1976);

zur **Steuerinspektorin z. A. (BaP)** Bewerberin Ruth Mordt, FA Groß-Gerau (15. 3. 1976);

zu **Steuersekretären (BaL)** die Steuersekretäre z. A. (BaP) Horst Franzisky, FA Korbach, Manfred Hoffmann, FA Melsungen, Peter Kalski, FA Korbach, Karlheinz Meinhardt, FA Kassel, Goethestraße (sämtlich 3. 2. 1976), Rainer Rosberg, FA Bad Homburg (6. 2. 1976), Dieter Steimar, FA Bad Hersfeld (4. 2. 1976), Paul Weber, FA Marburg (3. 2. 1976);

zu **Steuersekretären/innen** die Steuersekretäre/innen z. A. (BaP) Klaus Dieter Aff, FA Nidda, Rüdiger Bahr, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Hermann Bischoff, FA Ffm.-Höchst, Wolfgang Bolte, FA Kassel, Goethestraße, Elke Bunge, Gabriele Czwak beide FA Hanau, Norbert Farr, FA Nidda, Mara Flott, FA Ffm., Taunustor, Sigrid Galgenmüller, FA Ffm., Stiftstraße, Rita Gebauer, FA Gelnhausen, Gangolf Giesler, FA Ffm.-Höchst, Karin Götz, FA Groß-Gerau, Ingrid Hahn, FA Ffm., Stiftstraße, Norbert Helmer, FA Hanau, Elvira Hügli, FA Groß-Gerau, Ulrike Hufnagel, FA Bensheim, Thomas Keller, FA Hanau, Konstanze Kiefer, FA Kassel, Goethestraße, Petra Klinger, FA Bad Schwalbach, Petra Knapp, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Udo Krähling, FA Ffm., Taunustor, Lothar Kühn, FA Groß-Gerau, Ewald Lauer, FA Ffm.-Höchst, Klaus Leipold, FA Hanau, Gerhard Mai, FA Ffm.-Höchst, Helmut Marschall, FA Ffm., Taunustor, Jürgen Melchior, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Heinrich Möke, FA Bensheim, Klaus-Dieter Ortlepp, FA Groß-Gerau, Martina Prutschay, FA Ffm.-Höchst, Hartmut Reinhardt, FA Rotenburg, Günther Rathgeber, FA Ffm., Hamburger Allee, Günther Rühl, FA Ffm.-Höchst, Uwe Sadlowski, Gerhard Seim, beide FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Maria Elisabeth Skopp, FA Ffm., Stiftstraße, Sonja Spahn, FA Hanau, Horst Schmidl, FA Ffm., Taunustor, Lothar Schleicher, FA Ffm., Stiftstraße, Hermine Schneider, FA Groß-Gerau, Jürgen Scholl, FA Ffm.-Höchst, Manfred Strobel, FA Hanau, Stephanie Thiel, Jürgen Vinzens, beide FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Ulrike Weber, FA Groß-Gerau, Ewald Weinell, FA Ffm., Stiftstraße, Bettina Wölfel, FA Ffm.-Höchst (sämtlich 3. 2. 1976), Elfi Auth, FA Darmstadt, Gudrun Blümel, FA Weilburg, Norbert Burggraf, FA Weilburg, Renate Gerlach, FA Langen, Sigrid Göttmann, FA Darmstadt, Walter Grüner, Gerd Hagemann, beide FA Langen, Karlheinz Kny, FA Darmstadt, Ulrike Krahn, Monika Peer, beide FA Friedberg, Angelika Rausch, FA Kassel, Spohrstraße, Roswitha Ruths, FA Darmstadt, Gerhard Schmidt, FA Schwalmstadt, Monika Schön, Doris Scholderer, beide Darmstadt, Heinz Werner Travers, FA Rüdesheim, Rainer Walther, FA Darmstadt, Michael Weiß, FA Friedberg (sämtlich 4. 2. 1976), Reinhold Beer, Ulrich Ehm, beide FA Wetzlar, Regina Hartmann, FA Bad Homburg, Birgit Huber, FA Ffm., Stiftstraße, Christel Kaufmann, FA Darmstadt, Heike Mohr, FA Wetzlar, Heinrich Seitzer, FA Darmstadt, Ralf Steinhauer, FA Kassel, Goethestraße, Rolf Zodel, FA Wetzlar (sämtlich 6. 2. 1976), Gerhard Bäcker, FA Offenbach-Stadt (9. 2. 1976), Margit Bekker, Sigrun Biedenkopf, beide FA Gießen (2. 2. 1976), Horst Diegelmann, FA Hanau (12. 2. 1976), Hans Dörsam, FA Bensheim (7. 2. 1976), Ute Don, FA Wetzlar (28. 1. 1976), Thomas Frodel, FA Hanau (5. 2. 1976), Harald Funk, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (3. 2. 1976), Maria Gerbig, FA Dieburg (16. 2. 1976), Reinhard Heide, FA Groß-Gerau (9. 2. 1976), Gisela Höll, FA Ffm., Stiftstraße (6. 1. 1976), Günter Horn, FA Ffm., Stiftstraße (9. 2. 1976), Doris Keßler, FA Ffm.-Höchst (11. 2. 1976), Volker Koch, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (29. 2. 1976), Heinz Peter Lemke, FA Darmstadt (5. 2. 1976), Werner Pilz, FA Kassel, Goethestraße (9. 2. 1976), Heinz Jürgen Rettig, FA Bensheim (10. 2. 1976), Petra Roller, Rosemarie Roller, beide FA Offenbach-Stadt (9. 2. 1976), Birgit Schorr, FA Ffm., Taunustor (16. 2. 1976), Petra Sinner, FA Offenbach-Stadt (9. 2. 1976), Eberhard Wickel, FA Ffm., Hamburger Allee (13. 2. 1976);

zu **Steuersekretären** die Steuerassistenten (BaP) Manfred Pätzold, FA Gießen, Hartmut Schmidt, FA Offenbach-Stadt (beide 27. 2. 1976);

die **Steuerassistenten z. A. (BaP)** Willi Bartholomäi, FA Kassel, Goethestraße, Wolfgang Zinkan, FA Rotenburg (beide 27. 2. 1976);

zu **Steuerassistenten** die Steuerassistenten z. A. (BaP) Rolf-Peter Hartmann, Ottmar Jakobi, beide FA Friedberg (19. 2. 1976), Manfred Pätzold, FA Gießen (13. 2. 1976), Hartmut Schmidt, FA Offenbach-Stadt (19. 2. 1976);

zu **Steuerassistenten/innen (BaP)** die Steueranwärter/innen (BaW) Martina Abe, FA Gelnhausen, Frank Albrecht, FA Rotenburg, Norbert Bamberger, FA Ffm.-Höchst, Willi Bartholomäi, FA Kassel, Goethestraße, Angelika Bauer, FA Bensheim, Außenstelle Fürth, Michael Bauer, FA Bad Homburg, Felicitas Bayer, FA Friedberg, Bernhard Becker, FA Kassel, Goethestraße, Gitta Becker, FA Kassel, Spohrstraße, Thomas Becker, FA Hanau, Jürgen Bende, FA Frankenberg, Renate Bergmann, FA Ffm.-Börse, Karl-Helmut Böcher, FA Ffm.-Börse, Regina Buchczyk, FA Hanau, Maria Bürger, FA Offenbach-Stadt, Heike Bunge, FA Hanau, Petra Beate Cilic, FA Offenbach-Stadt, Waldemar Combecher, FA Ffm.-Höchst, Renate Czaja, FA Friedberg, Gerhard Czwikla, FA Darmstadt, Monika Debus, FA Bad Homburg, Reinhard Debus, FA Rüdesheim, Elke Deichmann, FA Hofgeismar, Robert Deneffle, FA Groß-Gerau, Ute Dersch, FA Bad Homburg, Alexander Diefenbach, FA Ffm.-Höchst, Matthias Diefenbach, FA Bad Schwalbach, Peter Diefenbach, FA Ffm.-Höchst, Maria Luise Diehl, FA Bensheim, Sigrid Dönch, FA Fritzlars, Sigrid Dörr, FA Ffm.-Höchst, Silvia Dornseif, FA Frankenberg, Daniela Dotter, FA Dieburg, Dieter Eigl, FA Darmstadt, Peter Ellmauer, FA Ffm., Hamburger Allee, Heinz Fehr, FA Kassel, Goethestraße, Christine Feller, FA Ffm., Höchst, Burkhard Fennel, FA Ffm.-Börse, Erhard Fischer, FA Marburg, Erwin Fischer, FA Offenbach-Stadt, Jürgen Fischer, FA Darmstadt, Heinz-Peter Franz, FA Bad Homburg, Marion Freisinger, FA Gelnhausen, Peter Fritz, FA Offenbach-Stadt, Jürgen Funk, FA Hanau, Volker Galandt, FA Hanau, Helga Gall, FA Gelnhausen, Gerald-Wilhelm Gebhardt, FA Offenbach-Stadt, Jürgen Gelfelder, FA Offenbach-Stadt, Herma Gies, FA Marburg, Monika Glaser, FA Hanau, Thomas Göbel, FA Ffm.-Höchst, Karl-Heinrich Grebe, FA Korbach, Norbert Grimm, FA Offenbach-Stadt, Lothar Gut, FA Hanau, Angelika Gutmann, FA Wetzlar, Wolfgang Hämmerich, FA Groß-Gerau, Barbara Härter, FA Darmstadt, Fred Hartmann, FA Kassel, Goethestraße, Peter Hartmann, FA Offenbach-Land, Rolf-Peter Hartmann, FA Friedberg, Ruth Hermes, FA Groß-Gerau, Angelika Hilf, FA Friedberg, Jochen Holler, FA Groß-Gerau, Dieter Imhoff, FA Hanau, Hans Jürgen Jäckel, FA Ffm.-Höchst, Ottmar Jakobi, FA Friedberg, Christine Jaworski, FA Offenbach-Stadt, Ulrich Jesse, FA Bad Homburg, Robert Jörg, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Kornelia Jüngel, FA Bad Homburg, Josef-Bernd Jurasek, FA Bad Homburg, Werner Kallbach, FA Bad Homburg, Eckhard Karn, FA Darmstadt, Ute Kehl, FA Groß-Gerau, Dieter Kesper, FA Ffm.-Höchst, Burkhard Kläs, FA Marburg, Hans-Theodor Klotz, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Volker König, FA Ffm.-Höchst, Regina Köster, FA Offenbach-Land, Erwin Kosmala, FA Ffm.-Höchst, Rainer Kranz, FA Langen, Reinhard Kurz, FA Bad Homburg, Erich Laube, FA Kassel, Goethestraße, Stefan Lauer, FA Ffm.-Taunustor, Achim Leidheiser, FA Kassel, Goethestraße, Marina Leitermann, FA Darmstadt, Elke Lichtenberger, FA Bensheim, Agnes Liesemer, FA Wetzlar, Thomas Löber, FA Kassel, Goethestraße, Wilfried zur Löwen, FA Offenbach-Land, Manfred Maus, FA Gelnhausen, Margit Mehler, FA Ffm.-Börse, Gabriele Meischke, FA Friedberg, Hubert Menzel, FA Darmstadt, Hans-Jürgen Merkle, FA Friedberg, Uwe Meyer, FA Hanau, Gerhard Möbus, FA Ffm.-Höchst, Kurt Möller, FA Ffm., Stiftstraße, Silvia Möller, FA Offenbach-Stadt, Walter Muchel, FA Wetzlar, Thomas Neutzner, FA Offenbach-Stadt, Wolfgang Niemmes, FA Darmstadt, Friedhelm Noll, FA Bad Homburg, Rita Noll, FA Groß-Gerau, Heinz-Friedel Novian, FA Ffm.-Höchst, Anna Maria Odenwald, FA Ffm., Stiftstraße, Eva Maria Oppen, FA Ffm.-Höchst, Manfred Pätzold, FA Gießen, Renate Paukstat, FA Ffm., Taunustor, Heimo Pein, FA Friedberg, Jürgen Perner, FA Bad Homburg, Ellen Petri, FA Nidda, Maria Pfeifer, FA Gelnhausen, Bernhard Pietsch, FA Offenbach-Land, Silvia Pötz, FA Ffm.-Höchst, Elke Rebscher, FA Darmstadt, Peter Reeb, FA Offenbach-Land, Rudolf Reinhard, FA Gelnhausen, Alfred Reintgen, FA Bad Schwalbach, Wolfgang Richter, FA Langen, Ursula Rink, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Bernd Röder, FA Offenbach-Stadt, Britta Rosenbecker, FA Ffm., Hamburger Allee, Bernd Roth, FA Groß-Gerau, Astrid Rumpf, FA Kassel, Goethestraße, Udo Ruppenthal, FA Offenbach-Stadt, Heike Sauerwein, FA Gießen, Jürgen Schaak, FA Hanau, Birgit Schäfer, FA Geln-

hausen, Ute Schäfer, FA Friedberg, Sigrun Scherber, FA Ffm., Stiftstraße, Renate Scherer, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Bernd Scheuermann, FA Hanau, Hartmut Schmidt, FA Offenbach-Stadt, Monika Schmidt, FA Marburg, Roland Schmidt, FA Biedenkopf, Rudolf Schmidt, FA Bensheim, Marina Schöller, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Elke Schönweiß, FA Gelnhausen, Birgit-Maria Scholz, FA Gießen, Kurt Scholz, FA Ffm.-Höchst, Volker Schuch, FA Gelnhausen, Ulrich Schütz, FA Bad Homburg, Lothar Schwalm, FA Ffm.-Höchst, Manfred Schwarzer, FA Hanau, Wolfgang Sandler, FA Ffm., Hamburger Allee, Peter Stanke, FA Ffm., Hamburger Allee, Gabriele Stein, FA Langen, Hans-Joachim Stöppler, FA Ffm.-Höchst, Klaus-Dieter Stollberg, FA Ffm., Stiftstraße, Claudia Stummer, FA Ffm.-Börse, Detlef Szauder, FA Gießen, Wolfgang Then, FA Melsungen, Hans Jürgen Thomas, FA Ffm., Taunustor, Gabriele Tolksdorf, FA Ffm., Hamburger Allee, Reiner Völke, FA Witzhausen, Dieter Volk, FA Ffm.-Börse, Egbert Volkstedt, FA Ffm., Taunustor, Gisela Volz, FA Ffm., Hamburger Allee, Gerda Wamser, FA Darmstadt, Bernd Wardel, FA Bad Homburg, Reiner Weidemann, FA Kassel, Goethestraße, Peter Weiland, FA Ffm.-Höchst, Gerhard Weinreich, FA Dillenburg, Monika Weiser, FA Ffm.-Börse, Ute Wick, FA Offenbach-Stadt, Günter Wiesenberger, FA Langen, Karin Winterwerber, FA Darmstadt, Margit Wolff, FA Dieburg, Petra Zintel, FA Offenbach-Stadt, Wolfgang Zinkan, FA Rotenburg (sämtlich 1. 2. 1976), Birgit Hahn, FA Ffm., Stiftstraße, Armin Ruckelshaus, FA Ffm., Hamburger Allee (beide 4. 2. 1976);

#### berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Steueroberinspektoren/innen (BaP) Gerhard Armer, FA Langen (21. 1. 1976), Ingrid Büchner, FA Darmstadt (27. 1. 1976), Manfred Funke, FA Langen (21. 1. 1976), Karl-Heinz Furtner, FA Gießen (27. 2. 1976), Manfred Gath, FA Weilburg (18. 2. 1976), Ingrid Giersdorf, FA Offenbach-Stadt (4. 2. 1976), Angelika Hartmann, FA Darmstadt (4. 2. 1976), Franz Keil, FA Dieburg (17. 2. 1976), Wolfgang Markert, FA Ffm.-Börse (15. 1. 1976), Rainer Mühlhans, FA Gießen (17. 2. 1976), Elke Roick, FA Ffm.-Börse (18. 2. 1976), Klaus-Dieter Rühle, FA Gießen (19. 2. 1976), Heinz Sandrock, FA Ffm.-Börse (27. 1. 1976), Wolfgang Schaub, FA Darmstadt (25. 2. 1976), Bernhard Schüller, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (27. 2. 1976), die Steuerinspektoren/innen (BaP) Gisela Ditthardt, FA Ffm., Taunustor (19. 1. 1976), Jutta Kwaspfen, FA Kassel, Spohrstraße (16. 2. 1976), die Steuerobersekretäre/innen (BaP) Ursula Alles, FA Bad Hersfeld (23. 2. 1976), Inge Büchner, FA Rotenburg (22. 1. 1976), Christa Gerlach, FA Offenbach-Stadt (5. 1. 1976), Lilo Haber, FA Kassel, Spohrstraße (22. 1. 1976), Christian Müller, FA Bad Hersfeld (28. 2. 1976), Margrit Nöding, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (16. 2. 1976), Hilmar Rakow, FA Ffm., Taunustor (12. 1. 1976), Helga Vaupel, FA Schwalmstadt (16. 2. 1976);

#### versetzt:

an das FA Soltau Steuerobersekretärin (BaP) Evelyn Hezel, FA Kassel, Goethestraße (1. 2. 1976);  
an das FA Aachen, Rothe Erde, Steuersekretärin (BaP) Gisela Höll, FA Ffm., Stiftstraße (1. 3. 1976);  
an den BFH München Steueramtmann (BaL) Reinhard Klose, FA Ffm.-Börse (1. 2. 1976), Steueroberinspektor (BaL) Helmut Vogel, FA Ffm., Stiftstraße (1. 2. 1976);  
an das FA Neumünster Steuerobersekretärin (BaP) Brunhilde Knobloch, FA Ffm.-Höchst (1. 3. 1976);  
an das FA München-Ost Steuerinspektorin z. A. (BaP) Ingrid Müller, FA Ffm.-Höchst (1. 3. 1976);

#### in den Ruhestand getreten:

Obersteuerrat Werner Gräfe, FA Bensheim (31. 1. 1976), Steuerrat August Heßler, FA Rotenburg (29. 2. 1976), Oberamtsmeister Otto Dotter, FA Offenbach-Stadt (31. 1. 1976);

#### in den Ruhestand versetzt:

die Obersteuerräte Georg Förster, FA Darmstadt (31. 12. 1975), Theodor Pink, FA Rüdesheim (29. 2. 1976), Amtsrat Herbert Fuchs, FA Darmstadt (29. 2. 1976), Steuerrat Karl Stüben, FA Ffm., Hamburger Allee (31. 3. 1976), Steueroberinspektor Heinz Hornig, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (31. 3. 1976), die Amtsinspektoren/Steueramtsinspektoren Otto Getrost, FA Groß-Gerau, Ladislaus Juratschka,

FA Offenbach-Stadt (beide 31. 1. 1976), Wilhelm Pilgrim, FA Rotenburg, Rudolf Polzer, FA Ffm., Hamburger Allee, Willy Schefflein, FA Dillenburg (sämtlich 31. 3. 1976), die Steuerhauptsekretäre Erwin Godau, FA Lauterbach, Josef Heftrig, FA Limburg (beide 31. 1. 1976), Walter Protz, FA Limburg, Wilhelm Wolf, FA Gelnhausen (beide 29. 2. 1976), Oberamtsmeister Heinrich Schöneweiß, FA Kassel, Goethestraße (31. 3. 1976), sämtlich gem. § 51 Abs. 1 HBG, die Stellerräte Georg Schmidt, FA Groß-Gerau (31. 12. 1975), Otto Weber, FA Ffm., Stiftstraße (29. 2. 1976), die Steueramtmänner Adolf Grebe, FA Offenbach-Stadt (31. 1. 1976), Werner Kaske, FA Darmstadt, Paul Nücher, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (beide 31. 3. 1976), die Amtsinspektoren/Steueramtsinspektoren Herbert Kühn, FA Ffm., Taunustor, Georg Müller, FA Hanau, Adolf Stürtz, FA Friedberg (sämtlich 29. 2. 1976), Otto Weyand, FA Marburg (31. 1. 1976), die Steuerhauptsekretäre Hans Diehl, FA Marburg (29. 2. 1976), Theodor Grodtke, FA Wetzlar, Franz Lustig, FA Gießen (beide 31. 1. 1976), Steuerobersekretär Ernst Schäfer, FA Gießen (31. 3. 1976), Oberamtsmeister Johann Bodisch, FA Bad Homburg (31. 3. 1976), sämtlich gem. § 51 Abs. 3 HBG;

#### entlassen:

die Steuerobersekretärinnen Karin Nitsche, FA Ffm., Stiftstraße (29. 2. 1976), Barbara Veitner, FA Kassel, Spohrstraße (30. 9. 1975), Steuersekretär Rolf Schmitt, FA Ffm., Stiftstraße (19. 1. 1976), Steuerassistentin z. A. Gabriele Meischke, FA Fritzlar (31. 1. 1976), Steuerassistent z. A. Alfred Reintgen, FA Bad Schwalbach (31. 3. 1976);

#### verstorben:

Steuersekretär Werner Pilz, FA Kassel, Goethestraße (15. 3. 1976), Steueroberinspektor Karl Zilliken, FA Fulda (14. 2. 1976);

In StAnz. 1976 S. 288 linke Spalte Zeile 22 muß es richtig heißen:

#### ernannt:

zu Steuersekretären/innen die Steuersekretäre/innen z. A. (BaP) Rolf Diekmann, FA Hofgeismar;

#### Staatsbauverwaltung

in den Ruhestand getreten:

Techn. Oberinspektor Karl Buss, StHBA Ffm. (31. 1. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Techn. Oberamtsrat Nikolaus Steier, StHBA Ffm. (29. 2. 1976) gem. § 51 Abs. 3 HBG.

Frankfurt (Main), 31. 3. 1976

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

StAnz. 16/1976 S. 724

#### E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

##### Ministerium

#### entlassen:

Psychologiedirektor (BaL) Dr. Willi Seitz (15. 3. 1976) gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG.

Wiesbaden, 17. 3. 1976

Der Hessische Minister der Justiz

ZB pers. S. 18

StAnz. 16/1976 S. 726

#### F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main:

#### ernannt:

zu Professoren an einer Universität (BaL) Dr. Berndt Müller (10. 2. 1976), Dr. Burkhardt Lindner (16. 2. 1976);

zur Akademischen Rätin (BaL) Akademische Rätin z. A. (BaP) Dr. Marianne Geisler (18. 2. 1976);

zum Dozenten an einer Universität (BaZ) bish. Wiss. Assistent der Freien Universität Berlin Dr. Hartmut Elsenhans (13. 1. 1976);

#### eingewiesen:

in die Bes.Gr. H 4 Professor an einer Universität Dr. Hartmut Haug (4. 2. 1976);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Zeit:**

Dozenten an einer Universität (BaW) Dr. Jörg Biethahn (16. 2. 1976), Dr. Christof Helberger (11. 2. 1976);

**in den Ruhestand getreten:**

Pharmaziedirektor Johannes Voß (1. 11. 1975);

**in den Ruhestand versetzt:**

Amtmann Friedrich Lochmann (1. 1. 1976);

**entlassen:**

Akademischer Rat z. A. (BaP) Dr. Helmut Grahl (5. 3. 1976);

**Philipps-Universität Marburg (Lahn)****ernannt:**

zu Professoren an einer Universität (BaL) bish. Wiss. Assistent der Universität Würzburg Dr. Helmut Roth (21. 1. 1976), bish. Akademischer Rat der Gesamthochschule Siegen Dr. Hans-Gerhard Sack (12. 2. 1976);

zum Akademischen Rat z. A. (BaP) Wiss. Assistent (BaW) Dr. Peter Bender (28. 11. 1975);

zur Inspektorin (BaL) VA Anja Mavrouleas (1. 3. 1976);

zur Inspektorin z. A. (BaP) VA Renate Büttner (1. 3. 1976);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Zeit:**

Dozent an einer Universität (BaW) Dr. Ulrich Börngen (1. 2. 1976), Dr. Erwin Quapp, Dr. Jürgen Pebler, Dr. Hartmut Rosshoff (sämtlich 18. 2. 1976);

**entlassen:**

Professor an einer Universität Dr. Junes Ipaktschi (1. 10. 1975);

**Justus Liebig-Universität Gießen (Lahn)****ernannt:**

zum Professor an einer Universität (BaL) Dr. Konrad Mengel (12. 2. 1976);

zum Regierungsrat z. A. (BaP) Dipl.-Ing. agr. Ingo Dienstbach (1. 1. 1976);

zu Akademischen Räten z. A. (BaP) Dr. Jörg Mußmann (23. 1. 1976), Dr. Hans Müller-Braunschweig (26. 1. 1976), Dr. Albrecht Hofstaetter (27. 1. 1976), Dr. Klaus Schwank (17. 2. 1976), Dr. Rainer Ludwig (12. 2. 1976);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Zeit:**

Dozenten an einer Universität (BaW) Dr. Johann Tischler, Dr. Werner Urland (beide 12. 2. 1976);

**in den Ruhestand versetzt:**

Amtsrat Wilhelm May (1. 3. 1976);

**entlassen:**

Dozent an einer Universität Dr. Johannes-Peter Rupp (16. 1. 1976), Akademische Rätin z. A. (BaP) Dr. Irmela von Brocke (1. 3. 1976), Inspektorin (BaL) Helga Leist (1. 2. 1976);

**Technische Hochschule Darmstadt****berufen in das Beamtenverhältnis auf Zeit:**

Dozenten an einer Universität (BaW) Dr. Hans Grabmüller (5. 2. 1976), Dr. Gerhard Brunken (11. 2. 1976);

**Gesamthochschule Kassel****ernannt:**

zum Professor an einer Universität (BaL) Dr. Onno Popinga (22. 1. 1976);

zum Bibliotheksrat z. A. (BaP) Heinrich Felser (1. 2. 1976);

zum Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dr. Werner Kleinkauf (1. 2. 1976);

zum Inspektor z. A. (BaP) VA Erich Wolfram (1. 2. 1976);

**eingewiesen:**

in die Bes.Gr. H. 3 Professor an einer Fachhochschule in einer Gesamthochschule Dipl.-Ing. Hubertus Schurian (20. 1. 1976);

**in den Ruhestand versetzt:**

Professor an einer Fachhochschule in einer Gesamthochschule Friedrich Siegel (1. 3. 1976);

**entlassen:**

Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dipl.-Psych. Renate Krämer (1. 3. 1976);

**Fachhochschule Frankfurt (Main)****eingewiesen:**

in die Bes.Gr. H. 3 Professor an einer Fachhochschule Dipl.-Ing. Claus Heinrich (15. 12. 1975);

**Fachhochschule Wiesbaden****in den Ruhestand getreten:**

Professor an einer Fachhochschule Dr. Ulrich Gertz (1. 3. 1976);

**Fachhochschule Darmstadt****ernannt:**

zum Fachhochschullehrer (BaL) Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Philipp Economou (26. 2. 1976);

zu Fachhochschullehrern z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Herbert Forstmeier (25. 2. 1976), Dipl.-Ing. Wolfgang Köster (1. 3. 1976);

**in den Ruhestand getreten:**

Professor an einer Fachhochschule Dr. Friedrich Finck (1. 3. 1976);

**Hochschule für Gestaltung Offenbach (Main)****ernannt:**

zum Dozenten an einer Kunsthochschule z. A. (BaP) Dr. Hans-Peter Niebuhr (16. 12. 1975);

**Hess. Landesbibliothek Fulda****ernannt:**

zur Sekretärin (BaP) VA Gerda Lobe (1. 1. 1976);

**Museum Wiesbaden****ernannt:**

zum Kustos z. A. (BaP) Dr. Bernd Fäthke (1. 2. 1976).

Wiesbaden, 31. 3. 1976

Der Hessische Kultusminister

I A 4.5 — 050/35 (188)

StAnz. 16/1976 S. 726

**1. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt****Hessisches Landgestüt Dillenburg****in den Ruhestand getreten:**

Obersattelmeister (BaL) Gerhard Schäfer (1. 4. 1976);

**in den Ruhestand versetzt:**

Gestütobewärter (BaL) Herbert Peter (1. 4. 1976) gem. § 51 Abs. 1 HBG.

Dillenburg, 31. 3. 1976

Hessisches Landgestüt Dillenburg

StAnz. 16/1976 S. 727

**1. beim Direktor des Landespersonalamtes Hessen****ernannt:**

zu Regierungsoberberatern die Regierungsräte (BaL) Martin Eschborn, Helmut Wendler (beide 1. 4. 1976);

zum Oberinspektor (BaL) Inspektor z. A. (BaP) Herbert Fischer (1. 4. 1976);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

Amtmann (BaP) Ewald Ickstadt (4. 4. 1976);

**verstorben:**

Ministerialrat Gerhard Kandler (20. 7. 1975).

Wiesbaden, 6. 4. 1976

Der Direktor  
des Landespersonalamtes Hessen  
ZB/21

StAnz. 16/1976 S. 727

**557 DARMSTADT****Regierungspräsidenten****Vorhaben der Firma Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Griesheim**

Die Firma Hoechst AG, Strooßstraße 27, 6230 Frankfurt am Main-Griesheim, hat Antrag auf Erteilung einer immissions-schutzrechtlichen Genehmigung auf Erweiterung der Anlage zur Herstellung von Hartbrandkohle um die Korn- und Staubbahlanlage 2 für die Sigri-Elektrographit GmbH, auf dem Grundstück in Frankfurt (Main)-Griesheim, Strooßstr. 27, Flur 19, Flurstück 163/8, Grundbuch Gemarkung Frankfurt (Main)-Griesheim, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissions-schutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungspflichtige Anlagen nach dem BImSchG vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 485) i. d. F. vom 19. 1. 1976 (GVBl. I S. 28) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die mit dem Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung eingereichten Pläne und sonstigen Unterlagen liegen in der Zeit vom 21. April 1976 bis 21. Juni 1976 zwischen 9.00 und 15.30 Uhr bei dem Regierungspräsi-denten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erho-benen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erör-tert werden, wird der 30. Juni 1976, 10.00 Uhr, bestimmt. Er findet in Mainzer Landstraße 323, 6000 Frankfurt (Main), Kleiner Kasinosaal, statt.

Ich weise gem. § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG darauf hin, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung innerhalb der Auslegungs-frist vom 21. April 1976 bis zum 21. Juni 1976 bei der unter-zeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzu-bringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausge-schlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Darmstadt, 26. 3. 1976

**Der Regierungspräsident**  
IV 5 — 53 e 201 — Sigri (31)  
StAnz. 16/1976 S. 728

**558****Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Mes-sen oder ähnlichen Veranstaltungen gem. § 14 Ladenschluß-gesetz**

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. 11. 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 10. 3. 1975 (BGBl. I S. 685), i. V. mit der Ver-ordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 17) wird ver-ordnet:

**§ 1**

In Abweichung von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller aus Anlaß des Hobby- und Trödelmarktes 1976 in der Rhein-Main-Halle in Wies-baden errichteten Verkaufsstellen am 23. 5. 1976 freigegeben. Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am 23. 5. 1976 in Kraft.

Darmstadt, 31. 3. 1976

**Der Regierungspräsident**  
In Vertretung  
gez. B a c h  
StAnz. 16/1976 S. 728

**559 KASSEL****Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Neukirchen, Schwalm-Eder-Kreis**

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Neukirchen wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—14) für deren Trinkwassergewinnungsanlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69 ff.) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

**§ 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes**

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 3 Zonen unterteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),**
- Zone II (engere Schutzzone),**
- Zone III (weitere Schutzzone).**

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 und Katasterpläne i. M. 1 : 1500 bzw. 1 : 2000), in denen die Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Eine topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlicht.

**§ 2 Umfang der einzelnen Schutzzeiten**

(1) Die Fassungsbereiche (Zone I) umfassen

1. Bohrbrunnen „Sommerleid“  
das Grundstück Gemarkung Neukirchen, Flur 9, Flurstück Nr. 4 teilw.;
  2. Bohrbrunnen „Eichwald“  
die Grundstücke Gemarkung Neukirchen, Flur 34, Flur-stücke 68, 69 teilw. und 156 teilw.;
- (2) Die engeren Schutzzeiten (Zone II) umfassen
1. Bohrbrunnen „Sommerleid“  
die Grundstücke Gemarkung Neukirchen, Flur 9, Flur-stücke 1 teilw., 2 teilw., 3 teilw., 4 teilw., 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39/1, 39/2, 48 teilw., 49, 50 und 51.
  2. Bohrbrunnen „Eichwald“  
die Grundstücke Gemarkung Neukirchen, Flur 34, Flur-stücke 42 teilw., 43 teilw., 44, 47 teilw., 49 teilw., 63, 64/1, 64/2, 66, 67, 69 teilw., 70, 71, 72, 73, 74, 75/1, 75/2, 76 teilw., 77 teilw., 78 teilw., 79 teilw., 81 teilw., 138/4 teilw., 139, 150/2 teilw., 152, 156 teilw., Flur 10, Flurstücke 5 teilw. und 6 teilw.

(3) Die gemeinsame weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Neukirchen, Asterode, Christerode, Hauptschwenda und Seigertshausen.

**§ 3 Verbote**

(1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

(2) Alle Verbote für die weitere Schutzzone (Zone III) gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fas-sungsbereich (Zone I). Die Verbote für die engere Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

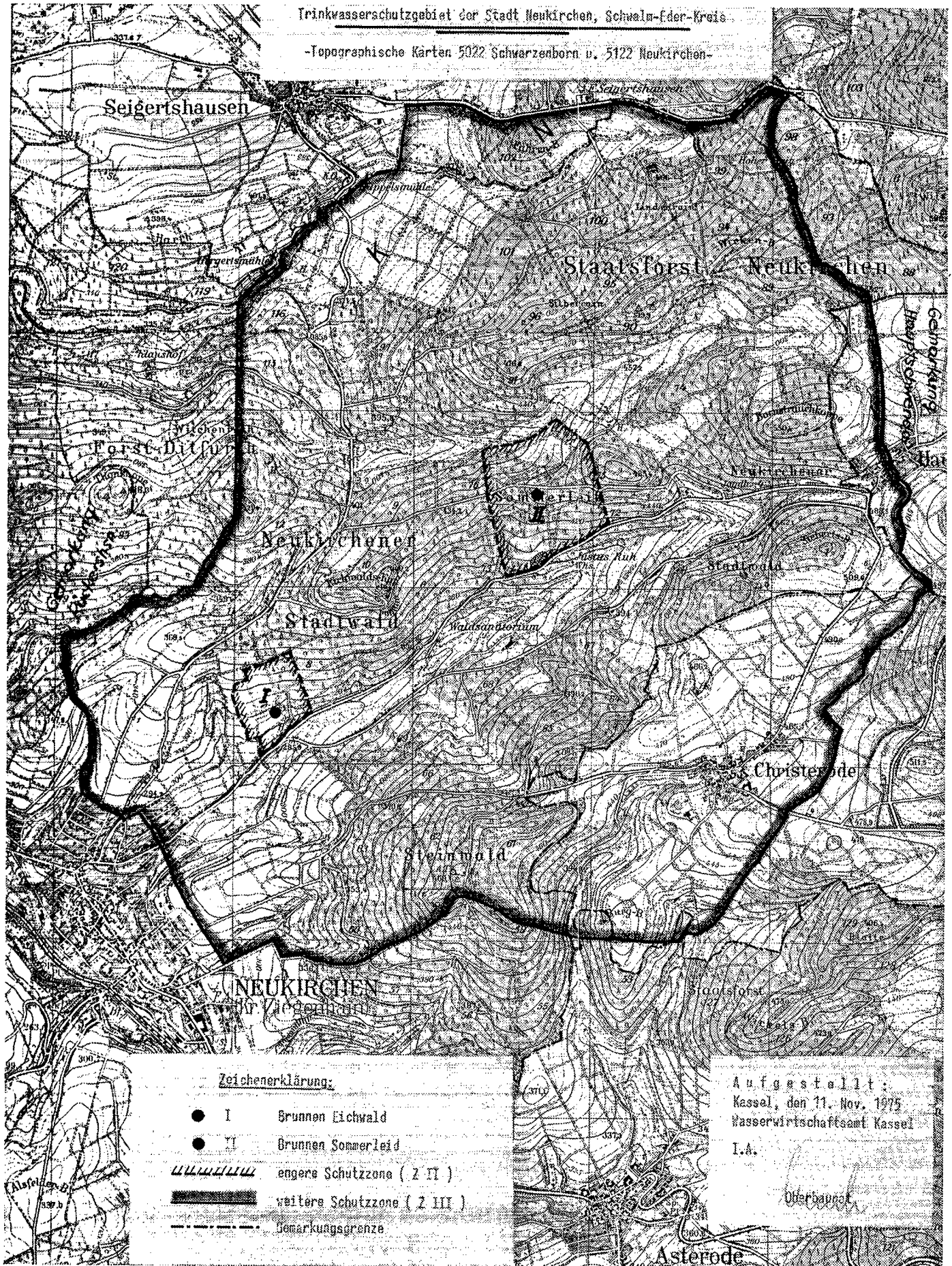
(3) Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen weit-reichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten. Verboten sind insbesondere:

1. die Anlage von Abwasserverregnungs- und Verrieselungs-anlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme gench-migter Hauskläranlagen);
3. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;

Trinkwasserschutzgebiet der Stadt Neukirchen, Schwalm-Eder-Kreis

-Topographische Karten 5022 Schwarzenborn u. 5122 Neukirchen-



4. das Abfüllen von Öl- und Treibstoff ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund;
5. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
5. b) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden.  
Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; sie müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig — mindestens optisch — anzeigt;
6. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
7. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte, bruchfeste und korrosionsbeständige Gruben;
8. die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Gewinnung von radioaktivem Material und zur Gewinnung von Kernenergie;
9. die Errichtung und der Betrieb von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen;
10. die Anlage neuer Friedhöfe;
11. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
12. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
13. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
14. die Errichtung und der Betrieb abwassergefährlicher Betriebe, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird;
15. die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die aus einem in der Verordnung zur Neufassung der Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel vom 31. 5. 1974 (BGBl. I S. 1204) aufgeführten Stoffe bestehen oder einen solchen Stoff enthalten.

#### (4) Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasseroberfläche;
2. die Errichtung von Neubauten;
3. die Veränderung von Bauwerken oder die Veränderung in der Benutzungsart der Bauwerke, sofern dadurch eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaft zu besorgen ist;
4. der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt;
5. das Lagern und Ablagern von Schutt und Abfallstoffen;
6. das Vergraben von Tierleichen;
7. die Anlage von Gärfuttermieten;
8. das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen;
9. das Zelten — auch Benutzen von Wohnwagen —, das Lagern und Baden;
10. das interirdische und oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.);
11. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
12. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus wasserdichten, bruchfesten und korrosionsbeständigen Rohrleitungen bestehen;
13. die animalische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht;
14. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie aufwuchshemmender Stoffe;
15. das Lagern von Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und aufwuchshemmender Stoffe;
16. die Neuanlage von befestigten, für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sichergestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengräben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;
17. die Verwendung phenolhaltiger Bindemittel bei Wege- und Straßenbauarbeiten.

#### (5) Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. das Betreten des Fassungsbereichs durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;
4. jegliche Nutzung des Fassungsbereichs, insbesondere Beweidung; eine Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Lagern, Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

#### § 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Neukirchen und der zuständigen staatlichen Behörden

1. den Fassungsbereich einzäunen und — soweit dieser nicht mit Wald bestanden ist — mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen und stets sorgfältig pflegen;
2. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
3. Beobachtungsstellen einrichten;
4. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
5. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
6. schädliche Ablagerungen beseitigen;
7. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsbereich und der engeren Schutzzone versehen;
8. an den im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen;

9. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

## § 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

## § 6

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

## § 7

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

## § 8

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
2. beim Landrat des Schwalm-Eder-Kreises — untere Wasserbehörde — in Homberg;
3. beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel;
4. beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9—11;
5. beim Kreisausschuß des Schwalm-Eder-Kreises — Kreisbauamt — in Homberg;
6. bei der Stadtverwaltung der Stadt Neukirchen in Neukirchen;
7. bei der Hess. Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Kranzplatz 4—5;
8. beim Kreisausschuß des Schwalm-Eder-Kreises — Kreisgesundheitsamt — in Homberg;
9. beim Katasteramt in Schwalmstadt.

## § 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 26. 2. 1976

**Der Regierungspräsident**  
In Vertretung:  
gez. Dr. Krug

StAnz. 16/1976 S. 728

## 560

**Befreiung der Gemeinde Philippssthal Landkreis Hersfeld-Rotenburg, von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 19)**

Nach § 29 Abs. 1 des Eigenbetriebsgesetzes (EBG) vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 19) stelle ich hiermit den Gemeindevorstand der Gemeinde Philippssthal hinsichtlich der Gemeindewerke von der Prüfungspflicht des nach § 24 Abs. 1 EBG aufzustel-

lenden Jahresabschlusses der Geschäftsjahre 1974 und 1975 durch einen Wirtschaftsprüfer frei. Ich mache hierbei zur Auflage, daß die Jahresabschlüsse 1974 und 1975 durch das Kreisrechnungsprüfungsamt des Landkreises Hersfeld-Rotenburg ausreichend geprüft werden.

Kassel, 24. 3. 1976

**Der Regierungspräsident**  
1/2 b — 3 m 08

StAnz. 16/1976 S. 731

## 561

**Zusammensetzung des Jagdbeirats für den Regierungsbezirk Kassel**

Der nach § 37 des Bundesjagdgesetzes vom 30. 3. 1961 (BGBl. I S. 304), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469), in Verbindung mit § 40 Absatz 3 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz in der Fassung vom 6. 11. 1969 (GVBl. I S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. 4. 1974 (GVBl. I S. 241), und § 30 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz vom 10. 11. 1969 (GVBl. I S. 258), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. 11. 1974 (GVBl. I S. 585), sowie der Verordnung über die Wahl der Vorsitzenden der Jagdbeiräte vom 16. 3. 1951 (GVBl. S. 17) zu bildende Jagdbeirat für den Regierungsbezirk Kassel setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Oberforstmeister a. D. Eberhard Sandmann, Virchowstraße 27, 3500 Kassel.

Stellvertretender Vorsitzender:

Rechtsanwalt und Notar Herbert Harbusch, Spreeweg 12, 3500 Kassel.

Beisitzer:

Bau-Ing. (grad.) Heinrich Küllmer, Marquardstraße 6, 6400 Fulda, als Vertreter der Jägerschaft;

Landwirt Günther Braun, Gut Frederinghausen, 3549 Twistetal-Frederinghausen, als Vertreter der Landwirtschaft;

Land- u. Forstwirt Rolf Kettner, Gut Fahrenbach, 3430 Witzhausen-Dohrenbach, als Vertreter der Forstwirtschaft;

Bürgermeister Erich Dreyer, Marktplatz 3, 3544 Waldeck, Hess. 1, als Vertreter der Jagdgenossenschaften.

Stellvertretende Beisitzer:

Forstdirektor Hans Fuhr, Burgstraße 7, 3560 Biedenkopf, als Vertreter der Jägerschaft;

Diplom-Landwirt Albrecht Oesten, Scheidstraße 18, 3559 Hatzfeld, als Vertreter der Landwirtschaft;

Land- u. Forstwirt Adam Brede, Holzhäuser Straße 1, 3501 Edermünde-Besse, als Vertreter der Forstwirtschaft;

Bürgermeister Eberhard Hanneken, 3521 Liebenau 1, als Vertreter der Jagdgenossenschaften.

Die Amtszeit des Jagdbeirats meiner Behörde läuft vom 1. Januar 1976 bis 31. Dezember 1979.

Kassel, 25. 3. 1976

**Der Regierungspräsident**  
IV/11 — 88 d — 12/01 d

StAnz. 16/1976 S. 731

## Buchbesprechungen

Übungen im Bürgerlichen Recht. Von Hans Berg. 12., neubearbeitete Aufl. 1976, 204 S., kart., 16,80 DM. Verlag Walter de Gruyter, Berlin, New York.

Die Neuauflage dieses bewährten Werkes wurde in die Sammlung Götschen aufgenommen. Dies führte zu einer völligen Neubearbeitung. Für den Studenten der Rechtswissenschaft sind nicht nur Lehrbücher hilfreich, er benötigt auch brauchbare Anleitungsbücher für die Fallbearbeitung. Nur, wer Selbstdenken am Fall ausreichend geübt hat, vermag eine Aufgabe zu lösen. Die Fallsammlung erleichtert dem Rechtsstudenten den Übergang von der Vorlesung zur praktischen Rechtsanwendung. Berg teilt nach wie vor zwischen „Übungen für Anfänger“ und „Übungen für Vorgerückte“. Weggefallen ist der bisherige Teil „Examensklausuren“. Dazu hat er inzwischen eine eingehende Darstellung vorgelegt. Ziel des Verfassers bleibt es, dem Studenten die Methodik der Fallbearbeitung induktiv nahezubringen. Er legt großen Wert auf Aufbaufragen und auf die Frage nach der Anspruchsgrundlage. Man wünscht sich im übrigen, daß die „Richtlinien für die Fallbearbeitung“ (S. 195) möglichst genau beachtet werden.

Vors. Richter Dr. K i n d

Handwerksordnung, Kommentar von Dr. Erich Eyermann, Präsd. Bayer. Verwaltungsgerichtshof; Dr. Ludwig Fröhler, o. Prof. der Rechte, und Dr. Gerhart Honig, Jur. Referent der Handwerkskammer für Mittelfranken. 3. Aufl. 1973, 500 S., Leinen, 59,50 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die 3. Auflage des bewährten Kommentars ist um rd. 140 Seiten erweitert. Im Dritten Teil werden die vertragsrechtlichen Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes kommentiert, die ergänzend zu den Ausbildungsvorschriften der Handwerksordnung auch für die Berufsausbildung im Handwerk maßgebend sind. Die „ergänzenden Vorschriften“ zur Handwerksordnung sind im Vierten Teil auf den neuesten Stand gebracht. Die Aufnahme eines Fünftens Teils „Rechtsprechung und Schrifttum zu den einzelnen Handwerken“ durch den neuen Mitautor Dr. Gerhart Honig ist ein Gewinn. Zu den in alphabetischer Reihenfolge aufgeführten Handwerken sind die besonderen Rechtsvorschriften vermerkt sowie die Leitsätze wichtiger Gerichtsentscheidungen mit Fundstelle. Der Benutzer des Kommentars erkennt auf einen Blick den Stand der Rechtsprechung bis Mitte 1973. Die drucktechnische Aufmachung ist verbessert. Ein Kommentar von Praktikern für Praktiker.

Regierungsobererrat Henrich

**Das Organisationsrecht der Handwerksordnung.** Dargestellt an Hand der Rechtsprechung von Prof. Dr. Ludwig Fröhler, Linz-München, unter Mitarbeit von Rechtsanwalt Dr. Siegmund Dannbeck. 1973, 171 S., Handwerksinstitut München e. V.

An Hand von 65 Urteilen, größtenteils mit Urteilsbegründung abgedruckt, stellt Fröhler sehr anschaulich das Organisationsrecht der Handwerksordnung dar. Der Autor beschränkt sich in der Darstellung auf diejenigen Fragenkreise, mit denen sich die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung tatsächlich befaßt hat, wobei der Schwerpunkt auf diejenigen Entscheidungen gelegt wurde, die in besonderem Maße auf die Praxis des handwerklichen Organisationsrechts gewirkt haben und für sie richtungweisend geworden sind. Und das ist gut so; das Werk gewinnt dadurch an Übersichtlichkeit. Besonders aktuell ist die Rechtsprechung zur Neubegrenzung von Innungen und Kreishandwerkerschaften auf Grund der in mehreren Bundesländern vorgenommenen Neugliederung der Städte und Landkreise. Die Gliederung nach Sachgebieten und jeweils kurze Darstellung der Sachverhalte mit direktem Hinweis auf das entsprechende Urteil erleichtert das Auffinden der benötigten Entscheidung. Das Werk stellt eine wichtige Ergänzung zu den schon früher von Fröhler herausgegebenen Schriften zu anderen Teilen der Handwerksordnung dar.

Regierungsobererrat Heinrich

**Baumbach — Lauterbach — Alberts — Hartmann:** Zivilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsrecht und anderen Nebengesetzen. 34. Aufl. 1976, XL u. 2395 S., 98,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Schon acht Monate nach Erscheinen der in StAnz. 1975 S. 1260 besprochenen Voraufgabe liegt wieder eine Neuauflage des Standardkommentars zur Zivilprozeßordnung vor, ein Teil zum Stand nach dem 1. Oktober, ein anderer nach dem Stand vom 1. November 1975. Damit konnten die für den Zivilprozeß wesentlichen Rechtsänderungen, die das zweite Halbjahr 1975 gebracht hat, sämtlich berücksichtigt werden, nämlich das am 15. 9. 1975 in Kraft getretene neue Revisionsrecht nach dem Gesetz zur Änderung der Revision in Zivilsachen vom 8. 7. 1975 (BGBl. I S. 1863), das am 1. 8. 1975 in Kraft getretene Gesetz über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk vom 25. 7. 1975 (BGBl. I S. 1973) sowie das am 15. 9. 1975 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Gerichtskostengesetzes vom 20. 8. 1975 (BGBl. I S. 2189). Daneben sind Änderungen zu Länderbestimmungen und zu internationalen Verträgen eingearbeitet worden. Die Paragraphenfolge des Gerichtskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. 12. 1975 (BGBl. I S. 3047), das bei Redaktionsschluß noch nicht veröffentlicht war, ist in einer Schnellübersicht derjenigen der Kostenrechtsnovelle vom 20. 8. 1975 gegenübergestellt.

Die Verfasser weisen in ihrem Vorwort darauf hin, daß die seit der Voraufgabe neu hinzugekommene Rechtsprechung und Literatur sich in fast 2000 Angaben niedergeschlagen habe. Anerkennenswerterweise bemühen sie sich zugleich erfolgreich, den Stoff möglichst straff zu fassen und ältere bzw. überholte Fundstellen zu eliminieren. Daher konnte der Buchumfang sogar um ca. 25 Seiten verringert, der Preis trotz des erheblichen Stoffzuwachses und Kostenanstiegs beibehalten werden.

Über Nutzen und Wert des Werks ist kein Wort mehr zu verlieren. Es bietet im Zivilprozeß unentbehrliche Hilfe.

**Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil II, Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts.** Herausgegeben vom Hessischen Minister der Justiz, 55. Ergänzungslieferung (Stand: 31. Januar 1976), 37,18 DM.

Mit der 55. Ergänzungslieferung befindet sich die Sammlung auf dem Stand vom 31. Januar 1976 (bisheriger Stand nach der 54. Lieferung 30. Oktober 1975). Aus den zahlreichen Neuauflagen und Änderungen seien erwähnt das Finanzausgleichsgesetz i. d. F. vom 2. Januar 1976 (GVBl. I S. 1), die Neufassung des Gesetzes über die Neuordnung des öffentlichen Bank- und Sparkassenwesens (GVBl. I S. 16), die Verordnung über Pflichtstunden der Lehrer vom 10. Dezember 1975 (GVBl. I S. 315), die Allgemeine Verwaltungsstellenordnung vom 22. Januar 1976 (GVBl. I S. 33) sowie die Verwaltungskostenordnungen des Ministers der Finanzen, des Ministers für Wirtschaft und Technik, des Sozialministers und des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt — sämtlich vom 22. Januar 1976 (GVBl. I S. 47 bis 84).

Regierungsdirektor von Hoerschelmann

**Bundesausbildungsförderungsgesetz, Kommentar von Landessozialgerichtspräsident a. D. Dr. H. Schieckel.** 9. (48,50 DM) und 10. Ergänzungslieferung (41,— DM). Gesamtwerk 49,— DM (Stand: 1. Nov. 1975). Verlag R. S. Schulz, München.

Mit der 9. und der 10. Ergänzungslieferung zu dem bekannten Kommentar „Bundesausbildungsförderungsgesetz“ von Schieckel befindet sich das Werk nunmehr auf dem Stand vom 1. November 1975. Beide Ergänzungslieferungen bieten umfangreiche Änderungen, Ergänzungen und Neuauflagen zu den Abschnitten „Bundesrecht“ und „Landesrecht“ (Vorschriftensammlung) sowie Ergänzungen zum Kommentar. Erkennbar ist das Bestreben des Verfassers, durch eine praxisnahe Kommentierung und eine möglichst vollständige Vorschriftensammlung Hilfestellung für die Arbeit in der Praxis zu geben. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, daß mit der 10. Ergänzungslieferung das Werk um einen weiteren (den dritten) Ordner erweitert wurde.

Regierungsdirektor von Hoerschelmann

**Bundesbesoldungsgesetz, Textausgabe, Loseblattsammlung.** 1. Ergänzungslieferung, Stand 1. Februar 1976, 18,50 DM, Gesamtwerk 23,— DM zuzüglich 6,— für den Ordner. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, 8000 München 80.

Die 1. Ergänzungslieferung berücksichtigt die seit dem Inkrafttreten des Bundesbesoldungsgesetzes i. d. F. des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (2. BesVG) am 1. Juli 1975 erfolgten Änderungen durch das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz, das Sozialgesetzbuch — Allgemeiner Teil —, das Haushaltsstrukturgesetz und das Hochschulrahmengesetz. Der Text des Bundesbesoldungsgesetzes ist damit auf den neuesten Stand gebracht.

Das Einführungsgrundschreiben des Bundesministers des Innern zum Haushaltsstrukturgesetz wurde in den Text des Bundesbesoldungsgesetzes bei den dort geänderten Vorschriften eingefügt. Desgleichen wurden im Teil II — Sonstige Bundesgesetze — das Einführungsgrundschreiben des Bundesministers des Innern zum Sonderzuwen-

dungsgesetz und die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Gewährung vermögenswirksamer Leistungen eingearbeitet. Durch die Einfügung der Verwaltungsvorschriften in die Gesetzestexte hat die preiswerte Sammlung einen Gebrauchswert, der über dem einer reinen Textsammlung liegt. Auf die an dieser Stelle (StAnz. 1975, S. 1380) erfolgte Besprechung des Werkes darf hingewiesen werden. Der Teil III — Rechtsverordnungen — wurde durch die Aufnahme der Übergangszahlungsverordnung erweitert.

Amtsrat Brandt

**Zweifelsfragen zur Konjunktur-Investitionszulage 1975.** Ausführlicher Kommentar mit Gesetzestext, Einführungserlaß und Terminkalender. Zusammengestellt und kommentiert von Dr. Michael Wolf. Erste Aufl. 1975, 160 S. DIN A 5, broschürt mit cellophanisiertem Umschlag, 29,50 DM. WEKA-Verlag, Postfach 64, 8901 Kissing.

Die im Dezember 1974 von der Bundesregierung zur Überwindung der wirtschaftlichen Rezession beschlossene 7½-prozentige steuerfreie Investitionszulage hat eine Fülle von Zweifelsfragen aufgeworfen. Für die mit der Abwicklung der Investitionszulage betrauten Praktiker in Wirtschaft und Verwaltung kann die vorliegende Schrift durchaus von Nutzen sein, da bisher im wesentlichen nur einzelne Fragen zur Investitionszulage an den unterschiedlichsten Stellen veröffentlicht wurden. Das gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bereits mit dem 30. Juni 1975 die Frist für die Bestellung abgelaufen ist, da für die Anschaffung oder Herstellung der begünstigten Wirtschaftsgüter Fristen bis zum Jahre 1978 einzuhalten sind. Die Zweifelsfragen werden in insgesamt zehn Einzelabschnitten abgehandelt, wobei das Schwergewicht auf dem begünstigten Personenkreis, den begünstigten Investitionen, der Bestellung sowie dem Beginn der Herstellung im Begünstigungszeitraum und schließlich auf der Bemessungsgrundlage liegt. An Hand zahlreicher Einzelfallbeispiele aus der Praxis werden die Probleme ausführlich beleuchtet. Ein umfangreicher Anhang erleichtert die Arbeit mit dem Kommentar.

Ministerialrat Dr. Stamm

**Jugendhilfe in Hessen. Von Ministerialdirigenten Dr. Othmar Engler, t. Loseblattsammlung.** 12. Ergänzungslieferung. Gesamtwerk 129,— DM. Deutscher Fachschriftenverlag, Mainz — Wiesbaden — Düsseldorf.

Durch die 12. Ergänzungslieferung ist nach längerer Pause ein Standardwerk der Jugendhilfe in Hessen wieder auf den neuesten Stand gebracht worden. Für die Bundesgesetze sind die durch geänderte Bestimmungen in einigen anderen Gesetzen notwendigen und beschlossenen Änderungen eingearbeitet worden. Dies vor allem beim Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG), das u. a. durch die Neuordnung des Volljährigkeitsalters, des Adoptionsrechts und die Änderungen im Bundessozialhilfegesetz einige Änderungen erfahren mußte.

Der neueren Entwicklung angepaßt wurden auch das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit, das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und das Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend.

Die Neufassung der hessischen Erlasse zu „Kinderspielplätze im Bau-recht“ und über das „Jugend- und Familienerholungswerk des Landes Hessen“ wurden ebenso berücksichtigt wie die Änderung des Hessischen Sammlungsgesetzes.

Neu aufgenommen wurden das Hessische Gesetz zur Förderung der außerschulischen Bildung und die Erlasse über die Errichtung eines Hessischen Fortbildungswerkes für soziale Fachkräfte und über Pflegegeld für Kinder und Jugendliche in Familienpflege.

Für die Beratung und Information auch der Klienten der Jugendhilfe besonders wichtig ist die Neuauflage des Verzeichnisses der Drogenberatungsstellen in Hessen und der Jugendgemeinschaften auf Landesebene sowie der Ergänzung der anderen Verzeichnisse — u. a. Erziehungsberatungsstellen in Hessen.

Für den Umgang mit den Verzeichnissen wäre es günstig, wenn bei allen — wie bei den Drogenberatungsstellen — die Telefonnummern angegeben wären. Bei der nächsten Ergänzungslieferung sollte dieses nachgeholt werden.

Abschließend sei für alle, welche die Sammlung bisher noch nicht kennen, noch einmal betont, daß ein rationelles Arbeiten auf dem Gebiet der Jugendhilfe ohne diese Loseblattsammlung „Jugendhilfe in Hessen“ nicht mehr zu denken, auf jeden Fall jedoch wesentlich erschwert ist.

Regierungsdirektorin a. D. Dr. Kuhre

**Bundessozialhilfegesetz (BSHG), Kommentar von Dr. F. Luber, Landessozialgerichtspräsident a. D.** 62. Ergänzungslieferung, 46,— DM. Gesamtwerk 75,— DM. Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See und Kempfenhausen am Starnberger See.

Die vorliegende 62. Ergänzungslieferung zum Kommentar von Luber enthält die Neufassung des Bundessozialhilfegesetzes durch die Bekanntmachung vom 13. 2. 1976. Diese Neufassung berücksichtigt die letzten Änderungen des Gesetzes durch das Sozialgesetzbuch (SGB) — Allgemeiner Teil — vom 11. 12. 1975 sowie durch das Haushaltsstrukturgesetz vom 18. 12. 1975. Im Rahmen der Kriegsofferversorgung wurde die Änderung des BVG durch die beiden Haushaltsstrukturgesetze vom 18. 12. 1975 sowie die Änderung der Verwaltungsvorschriften zum BVG durch die Änderung vom 25. 4. 1975 berücksichtigt. Die Einführung wurde auf den neuesten Stand gebracht.

Das am 1. 1. 1976 in Kraft getretene, 67 Paragraphen umfassende Erste Buch (Allgemeiner Teil) des Sozialgesetzbuches (verkündet als Artikel I des Sozialgesetzbuches — SGB — Allgemeiner Teil v. 11. 12. 1975) sowie dessen Artikel II (Übergangs- und Schlussvorschriften) wurden in den neugeschaffenen Anhang B XX aufgenommen. Bis zu seiner Einordnung in das Sozialgesetzbuch gilt das BSHG mit den zu seiner Ergänzung und Änderung erlassenen Gesetzen als besonderer Teil des Sozialgesetzbuches gem. Art. II § 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 11. 12. 1975. Für das Rechtsgebiet der Sozialhilfe findet ab 1. 1. 1976 das Erste Buch (Allgemeiner Teil) des Sozialgesetzbuches Anwendung (vgl. §§ 9 und 28 des Ersten Buchs). Es gilt auch für zahlreiche weitere Bereiche des Sozialrechts; siehe im einzelnen Art. II § 1 des Gesetzes vom 11. 12. 1975.

Im übrigen wurde auch die Neufassung des Sozialgerichtsgesetzes vom 23. 9. 1975 berücksichtigt. Die nächste Ergänzungslieferung soll die Kommentierung zu den Bestimmungen über die Eingliederungshilfe für Behinderte fortführen.

Das Werk befindet sich nunmehr auf dem Stand vom 1. 1. 1976.

Landrat Dr. Jost

# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1976

MONTAG, 19. APRIL 1976

Nr. 16

## Gerichtsangelegenheiten

1589

37 E 8 a — 1/76: Herrn Otto Geyer, Nieder-Ramstädter Str. 156, 6100 Darmstadt, wurde die Erlaubnis zur außergerichtlichen Einziehung von Forderungen mit dem Geschäftssitz in Darmstadt erteilt. 6100 Darmstadt, 19. 3. 1976

Der Präsident des Amtsgericht

1590

R 129: Herrn Inspektor z. A. Heinz Rausch, Hch.-Heine-Straße 1, 6301 Reiskirchen 1, wird für den Amtsgerichtsbezirk Gießen auf Grund des Art. 1 § 1 des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478; BGBl. III Abschnitt 303-12) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten unter Beschränkung auf das Recht der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter) und das Recht der Sozialversicherung erteilt. Davon ausgenommen wird die Besorgung entsprechender Rechtsangelegenheiten von Versicherten und Arbeitgebern der AOK Gießen.

Geschäftssitz ist Reiskirchen 1.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor den Sozialgerichten.

6300 Gießen, 6. 4. 1976

Der Präsident des Amtsgerichts

## Güterrechtsregister

1591

GR 291 — Neueintragung — 30. März 1976: Eheleute Gastwirt Albert Gans und Renate, geb. Fischer, wohnhaft Bremer Straße 11, Oberweser-Oedelsheim.

Durch Vertrag vom 17. 2. 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

3520 Hofgeismar, 5. 4. 1976 Amtsgericht

1592

GR 292 — Neueintragung — 30. 3. 1976: Eheleute Kaufmann Georg Fricke und Jutta, geb. Hellermann, wohnhaft Assendorfer Weg 5, 3520 Hofgeismar 1.

Durch Vertrag vom 20. 2. 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

3520 Hofgeismar, 5. 4. 1976 Amtsgericht

1593

GR 293 — Neueintragung — 30. 3. 1976: Eheleute Buchdrucker Martin Plessmann und Elisabeth, geb. Hopf, Bruchweg 6, 3520 Hofgeismar 4.

Durch Vertrag vom 16. Dezember 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

3520 Hofgeismar, 5. 4. 1976 Amtsgericht

1594

GR 189 — 1. 4. 1976: Eheleute Johann Josef Schmidt und Gertrud Schmidt geb. Wittekind, Vockenhausen.

Durch Güterrechtsvertrag vom 13. Januar 1976 ist die Gütertrennung aufgehoben.

6270 Idstein, 31. 3. 1976

Amtsgericht

1595

GR 173 — 9. 3. 1976: Eheleute Elektro-Installateur-Meister Karl-Heinz Bernhardt und Gisela Bernhardt, geb. Becker, beide Teichecke 27, Emstal-Balhorn.

Durch Vertrag vom 19. Januar 1976 ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1975 Gütertrennung vereinbart.

3549 Wolfhagen, 9. 3. 1976 Amtsgericht

1596

GR 174 — 12. 3. 1976: Eheleute Kunstschnitzer Karl-Heinz Knopp und Hedwig Knopp, geb. Windschüttl, beide Dellbrückenstraße 4, 3549 Wolfhagen.

Durch Vertrag vom 26. Juni 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

3549 Wolfhagen, 12. 3. 1976 Amtsgericht

## Handelsregister

1597

HRA 1151 — 5. 4. 1976: Georg Feige, Naumburg 3.

Die Niederlassung ist von Frankfurt (Main) nach Naumburg 3 verlegt.

3549 Wolfhagen, 5. 4. 1976 Amtsgericht

## Vereinsregister

1598

VR 172 — Neueintragung — 31. 3. 1976: Luftsportgruppe Arolsen-Mengeringhausen e. V., Arolsen.

3548 Arolsen, 31. 3. 1976 Amtsgericht

1599

VR 173 — Neueintragung — 31. 3. 1976: Kegel-Sport-Verein e. V., Arolsen.

3548 Arolsen, 31. 3. 1976 Amtsgericht

1600

VR 496 — Neueintragung — 1. April 1976: Dillfunk und Gehervereinigung „Marathon Gießen“, Sitz: Gießen.

Die Satzung ist am 3. Dezember 1975 errichtet.

6340 Dillenburg, 1. 4. 1976 Amtsgericht

1601

VR 997 — Neueintragung — 2. 4. 1976: Läufer- und Gehervereinigung „Marathon Gießen“, Sitz: Gießen.

6300 Gießen, 5. 4. 1976 Amtsgericht

1602

41 VR 673 — 2. 4. 1976: Komitee zur Pflege und Förderung der Partnerschaft Steinheims mit Doorn und Francheville, Sitz: Hanau 7.

6450 Hanau, 2. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 41

1603

41 VR 675 — 2. 4. 1976: Freunde und Förderer der Erich-Simdorn-Schule, Sitz: Neuberg.

6450 Hanau, 2. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 41

1604

41 VR 674 — 2. 4. 1976: Interessengemeinschaft EDV, Sitz: Nidderau 4.

6450 Hanau, 2. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 41

1605

8 VR 516 — Neueintragung — 2. April 1976: Jugendzentrum Kelkheim e. V. in Kelkheim (Taunus).

6240 Königstein, 2. 4. 1976 Amtsgericht

1606

VR 958 — Neueintragung — 30. März 1976: Verein für heilende Erziehung, Marburg (Lahn), Sitz: Marburg (Lahn).

3550 Marburg (Lahn), 30. 3. 1976

Amtsgericht

1607

VR 959 — Neueintragung — 2. April 1976: Turn- und Sportverein 1912 Treisbach, Sitz: Treisbach.

3550 Marburg (Lahn), 2. 4. 1976 Amtsgericht

1608

VR 956 — Neueintragung — 30. März 1976: Marburger Motorradfreunde, Sitz: Marburg (Lahn).

3550 Marburg (Lahn), 30. 3. 1976

Amtsgericht

1609

VR 957 — Neueintragung — 30. März 1976: Allgemeiner Fußball-Club Marburg, Sitz: Marburg (Lahn).

3550 Marburg (Lahn), 30. 3. 1976

Amtsgericht

1610

VR 372 — Neueintragung: Odenwälder Club der Filmfreunde, Breuberg/Odw. 6120 Michelstadt, 6. 4. 1976

Amtsgericht

1611

VR 214 — Neueintragung: In das Vereinsregister wurde am 1. April 1976 unter Nr. 214 eingetragen: a) Tennis-Club Hungen 1975 e. V., b) Hungen 1.

6478 Nidda, 1. 4. 1976

Amtsgericht

1612

VR 215 — Neueintragung: Kultur-, Turn- und Sportverein 1922 Borsdorf-Harb (KTSV Borsdorf-Harb), Sitz: Nidda-Borsdorf.

In das Vereinsregister wurde am 1. April 1976 unter Nr. 215 eingetragen: a) Kultur-, Turn- und Sportverein 1922 Borsdorf-Harb (KTSV Borsdorf-Harb), b) 6478 Nidda-Borsdorf.

6478 Nidda, 1. 4. 1976

Amtsgericht

**1613****Neueintragungen**

VR 1843 — 5. 4. 1976: Tanz- und Spiel-schar Wiesbaden in Wiesbaden.

VR 1844 — 5. 4. 1976: Informationsge-meinschaft Deutscher Betonwerkstein in Wiesbaden.

VR 1845 — 5. 4. 1976: Union der unab-hängigen Schätzer für das Kraftfahrwesen in Wiesbaden.

VR 1846 — 5. 4. 1976: Kleingärtnerver-ein Eichelgarten in Wiesbaden.

**Löschung**

VR 1622 — 1. 4. 1976: Bürgeraktion für Demokratie in Wiesbaden.

Der Verein ist infolge Wegfalls aller Mit-glieder von Amts wegen gelöscht.  
6200 Wiesbaden, 5. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 22

**Vergleiche — Konkurse****1614**

81 N 225/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Frau Herta Osterhagen geb. Schmieg**, Inhaberin der Firma Herta Osterhagen, Mainzer Landstraße 695, 6230 Ffm.-Nied., findet mit Genehmigung des Gerichtes die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Ge-schäftsstelle des Amtsgerichts (Konkurs-gericht) in Frankfurt niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 1 028 862,29 DM. Es ist ein Massebestand von 13 380,22 DM ver-fügbar, von dem noch Masseverbindlich-keiten abgehen.

6000 Frankfurt (Main), 8. 4. 1976

Der Konkursverwalter:  
**B. H e m b a c h**  
Rechtsanwalt

**1615**

65 VN 1/76: Der Inhaber der Firma **Herpe KG, Herr Wilfried Herpe**, Sommerweg 15 A, 3500 Kassel, hat am 9. Fe-bruar 1976 die Eröffnung des Vergleichs-verfahrens zur Abwendung des Konkurs-es beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist Dipl.-Kauf-mann Winfried Stoklas, Humboldtstr. 37, Kassel.

3500 Kassel, 2. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 65

**1616**

65 N 37/76: Über das Vermögen des **Dach-deckermeisters Heinz Wagner**, Industrie-straße 7, 3504 Kaufungen, ist am 2. April 1976, 11.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Horst Riemer, Untere Königstraße 50 A, 3500 Kassel.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Juli 1976 beim Gericht — zweifach — anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretenden-falls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegen-stände: 12. Mai 1976, 11.30 Uhr, und Ter-min zur Prüfung angemeldeter Forderun-gen: 18. August 1976, 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß).

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse et-was schuldet, darf nichts an den Schuld-ner verabfolgen oder leisten und muß den

Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befrie-digung verlangt, dem Verwalter bis zum 10. Mai 1976 anzeigen.

3500 Kassel, 2. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 65

**1617**

65 N 22/75: In dem Konkursverfahren des **Horst Pairan**, Druseltalstraße 139, 3500 Kassel, ist Gläubigerversammlung zur Anhörung über die Einstellung des Ver-fahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forde-rungen auf den 11. Mai 1976, 13.00 Uhr, Amtsgericht, Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel, Zimmer 023, anberaumt.

3500 Kassel, 6. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 65

**1618**

7 N 75/70 — Konkursverfahren: Das Kon-kursverfahren über das Vermögen der Firma **Westdeutscher Fleischhandel Willi Thome KG i. L., Offenbach am Main**, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufge-hoben.

Die Vergütungen und Auslagen der Mit-glieder des Gläubigerausschusses sind in der aus dem Protokoll des Schlußtermins vom 16. 3. 1976 ersichtlichen Höhe festge-setzt worden. Rechtsmittelbelehrung: § 11 Rechtspflegergesetz.

6050 Offenbach (Main), 2. 4. 1976

Amtsgericht

**1619**

7 N 31/76: Über das Vermögen des Kauf-manns **Karl-Heinz Stegmann**, Am Waldeck Nr. 18, 6050 Offenbach/M., u. a. Inhaber der im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt/M. — HRA 12414 — eingetra-genen Einzelhandelsfirma „Sechs x S“, Offenbach/M., Merianstr. 3—5, wird heute, am 2. 4. 1976, Konkurs eröffnet.

Konkursforderungen sind bis 14. 5. 1976 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröff-nung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: Dienstag, den 18. 5. 1976, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: Donnerstag, den 15. 7. 1976, 9.00 Uhr, je-weils vor dem Amtsgericht, Luisenstraße Nr. 16, Geb. D, Saal 835. Öffener Arrest und Anzeigepflicht bis 14. 5. 1976.

6050 Offenbach (Main), 2. 4. 1976

Amtsgericht

**1620**

N 8/69 — Konkursverfahren: Das Kon-kursverfahren über das Vermögen der Witwe **Adelheid Horz geb. Ziegenhain** in Merenberg, Alleininhaberin der Firma Robert Horz & Sohn KG, Holzverarbeitungs-werk in Merenberg wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6290 Weilburg, 7. 4. 1976

Amtsgericht

**1621**

62 N 26/69 — Beschluß: In dem Konkurs-verfahren über das Vermögen der Firma **Arno Diekert**, Gesellschaft für Lüft- und Wärmetechnik m.b.H., Steinmetzstraße 2, 6200 Wiesbaden, wird die Vornahme der

Schlußverteilung genehmigt und Schluß-termin auf Mittwoch, den 12. 5. 1976, 9.15 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Ein-wendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigen-den Forderungen, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 25 000,— DM (fünfundzwanzig-tausend) die zu erstattenden Auslagen wer-den auf 1444,10 DM festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 1. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 62

**1622**

62 N 15/75: Über das Vermögen des Fahr-lehrers **Volker Alfons Dahlhausen**, Bier-stadter Straße 44, 6200 Wiesbaden, wird heute, am 5. April 1976, 14.30 Uhr, Kon-kurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt a. D. Dr. Rudolf Straßberger, Nicolaistraße 17, 6200 Wiesbaden.

Anmeldungen (doppelt) bis 11. Mai 1976. Erste Gläubigerversammlung und Prü-fungstermin am 19. Mai 1976, 10.00 Uhr, Zimmer 243.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 11. Mai 1976.

6200 Wiesbaden, 5. 4. 1976

Amtsgericht

**1623**

62 N 77/75: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Heinz Mosch Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH** in Wiesbaden soll eine Abschlußverteilung stattfinden.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigen-den Forderungen ist auf der Geschäfts-stelle des Amtsgerichts Wiesbaden (62 N 77/75) niedergelegt worden.

Die Summe dieser Forderungen beträgt 22 777,— DM. Es ist ein Massebestand von 6637,76 vorhanden.

6200 Wiesbaden, 5. 4. 1976

Der Konkursverwalter:  
**G. H e m p e l**  
Rechtsanwalt

**1624**

62 N 154/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Arthur Türke GmbH**, Hasengartenstr. 7, 6200 Wies-baden, soll nach vorübergehender Aus-setzung nunmehr die Schlußverteilung er-folgen. Der verfügbare Massebestand be-trägt 20 819,21 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen der Hinterlegungsstelle treten. Da-gegen gehen ab das Honorar und die Aus-lagen des Konkursverwalters sowie noch offenstehende Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 20 835,67 DM bevorrechtigte und 110 032,82 DM nicht be-vorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgerichts) in Wiesbaden — Az.: 62 N 154/74 — auf.

6200 Wiesbaden, 6. 4. 1976

Der Konkursverwalter:  
**Dr. S t r a ß b e r g e r**

**Zwangsversteigerungen**

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das

Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechnung kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

## 1625

2 K 9/74 — Beschluß: Das im Grundbuch von Strinz-Margaretha, Band 23, Blatt Nr. 651, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Strinz-Margaretha, Flur 47, Flurstück 184/3, Bauplatz, Fichtenstraße, Größe 5,72 Ar, soll am 28. Juni 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Am Kurpark 12, Bad Schwalbach, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 3. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute kfm. Angestellter Karl-Heinz Scherer und Renate, geb. Salzmann, Wiesbaden-Bierstadt — Miteigentümer zu je 1/2. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 220 000,— DM.

Die Anberaumung des Versteigerungstermins erfolgt nach § 74a Abs. 3 ZVG.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 23. 2. 1976

Amtsgericht

## 1626

4 K 49/75: Das im Grundbuch von Lorsch, Band 116, Blatt 5292, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lorsch, Flur 10, Flurstück 823/6, Lieg.-B. 4568, Bauplatz, Chrodegangstraße, Größe 16,83 Ar, soll am 23. Juni 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wilhelmstraße 26, 6140 Bensheim, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. April 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rationalbau GmbH & Co. Wohnungsbau-träger Kommanditgesellschaft Reichenbach/Albtal.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 5. 4. 1976

Amtsgericht

## 1627

61 K 32/75: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk I, Band 53, Blatt 2453, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Darmstadt, Flur 1, Flurstück 1722/4, Lieg.-B. 765, Hof- und Gebäudefläche, Wiener Str. 58, Größe 10,01 Ar,

soll am 3. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, 6100

Darmstadt, Saal 504, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 3. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maler- und Weißbindermeister Friedrich Schmidt in Gräfenhausen — zu 1/2 —, b) seine Ehefrau Rosa Schmidt geb. Weigelt, daselbst — zu 1/2 —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 23. 2. 1976

Amtsgericht, Abt. 61

## 1628

61 K 35/75: Das im Grundbuch von Griesheim, Band 158, Blatt 7868, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Griesheim, Flur Nr. 14, Flurstück 39, Lieg.-B. 1617, Ackerland, Auf dem Eschollbrücker Weg, Größe 11,58 Ar,

soll am 2. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, 6100 Darmstadt, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 3. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maurer Wilhelm Müller, VIII. in Griesheim, b) Magdalene Müller geb. Hoffmann, daselbst,

— in Errungenschaftsgemeinschaft — (zufolge Erbgangs jetzt zu b) Alleineigentümerin).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 16. 1. 1976

Amtsgericht, Abt. 61

## 1629

31 K 88/75: Das im Grundbuch von Babenhausen, Band 60, Blatt 2999, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Babenhausen, Flur Nr. 4, Flurstück 140, Hof- und Gebäudefläche, Nordring 16, Größe 7,04 Ar,

soll am Donnerstag, 3. Juni 1976, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marienstraße 31, 6110 Dieburg, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Lorenz Anton Rieland und Dorothea Rieland geb. Beck, je zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 147 680,— Deutsche Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 5. 4. 1976

Amtsgericht

## 1630

31 K 110/74: Das im Grundbuch von Klein-Umstadt, Band 20, Blatt 1245, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Klein-Umstadt, Flur 4, Flurstück 362, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 37, Größe 15,01 Ar,

soll am Mittwoch, dem 9. Juni 1976, vormittags 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marienstr. 31, 6110 Dieburg, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Oktober 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Heinrich Knöll III., Klein-Umstadt, zu 1/2,

b) dessen Ehefrau Marie Elfriede Knöll, geb. Breunig, Klein-Umstadt, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 45 020,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 11. 3. 1976

Amtsgericht

## 1631

3 K 9/76: Das im Grundbuch von Reichensachsen, Band 63, Blatt 2378, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Reichensachsen, Flur 3, Flurstück 122, Hof- und Gebäudefläche, Landstraße 79, Größe 11,45 Ar, soll am 10. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 3440 Eschwege, Zimmer 121, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerinnen am 11. März 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Ehefrau Irmgard Stöber, geb. Schellhase,

b) Ehefrau Marga Krug, geb. Schellhase, Wehretal-Reichensachsen, — je zu 1/2 —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 30. 3. 1976

Amtsgericht

## 1632

3 K 1/75: Das im Grundbuch von Hoheneiche, Band 17, Blatt 356, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hoheneiche, Flur Nr. 4, Flurstück 43/2, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße 1, Größe 0,96 Ar,

soll am 24. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 3440 Eschwege, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. März 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Maurer Reinhold Möller, Wehretal-Hoheneiche.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 2. 4. 1976

Amtsgericht

## 1633

84 K 234/75 — Zwangsvollstreckung: Das im Grundbuch von Niederhofheim, Amtsgericht Frankfurt (Main), Abteilung Höchst, Band 46, Blatt 1308, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederhofheim, Flur 1, Flurstück 233, Hof- und Gebäudefläche, Bergstraße 9, Größe 5,78 Ar,

soll am Freitag, dem 25. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, Frankfurt (Main), Zimmer 160, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 7. 1975 (Versteigerungsvermerk):

Bauingenieur Hans Neuerburg in Liederbach (Taunus).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 255 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 1. 4. 1976

Amtsgericht, Abt. 84

**1634**

84 K 274/75 — **Zwangsversteigerung:** Die im Grundbuch von Bergen-Enkheim, Band Nr. 199, Blatt 6860, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bergen-Enkheim, Flur 30, Flurstück 78/1, Hof- und Gebäudefläche, Vilbeler Landstraße, Größe 1,92 Ar, lfd. Nr. 2, Gemarkung Bergen-Enkheim, Flur 30, Flurstück 119, Garten, Im Rebenberg, Größe 2,13 Ar, und das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 39, Band 181, Blatt 6404, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 39, Flur 22, Flurstück 667/1, Hof- und Gebäudefläche, Rumpenheimer Straße, Größe 7,97 Ar, sollen am Freitag, dem 11. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt (Main), Zimmer Nr. 160, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 8. 1975 (Versteigerungsvermerk):

a) Kaufmann Günter Bolz in Offenbach (Main),

b) Dipl.-Ing. Ursula Vetter in Frankfurt (Main) — je zu 1/2 —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 253 950,— DM Bergen-Enkheim, Blatt 6860, lfd. Nr. 1; 281 750,— DM Bergen-Enkheim, Blatt 6860, lfd. Nr. 2; 1 054 300,— DM Frankfurt (Main), Bezirk 39, Blatt 6404, lfd. Nr. 1. Insgesamt: 1 590 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 26. 2. 1976

Amtsgericht, Abt. 84

**1635**

K 68/74: Die im Grundbuch von

a) Södel, Bezirk Friedberg, Band 27, Blatt 1243, eingetragenen Grundstücke, lfd. Nr. 1, Gemarkung Södel, Flur 2, Flurstück 109/3, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Gänsberg, Größe 11,60 Ar, lfd. Nr. 2, Gemarkung Södel, Flur 2, Flurstück 109/5, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 23,77 Ar,

b) das in Büches, Bezirk Büdingen, Band Nr. 7, Blatt 320, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Büches, Flur 1, Flurstück 188/1, Hof- und Gebäudefläche, Die Riedäcker, Größe 30,00 Ar,

c) das in Kloppenheim, Bezirk Bad Vilbel, Band 15, Blatt 681, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Kloppenheim, Flur Nr. 7, Flurstück 76/6, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 202, Größe 0,16 Ar, Flur 7, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 19,36 Ar,

d) die in Kloppenheim, Bezirk Bad Vilbel, Band 15, Blatt 669, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Kloppenheim, Flur 7, Flurstück 73/2, Ackerland (Obstb.), Die Steinrutsch, Größe 11,42 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Kloppenheim, Flur 7, Flurstück 75, Ackerland, daselbst, Größe 3,74 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Kloppenheim, Flur 7, Flurstück 71/16, Ackerland, daselbst, Größe 5,77 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Kloppenheim, Flur 7, Flurstück 74, Ackerland, daselbst, Größe 3,75 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Kloppenheim, Flur 7, Flurstück 77/2, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 35, Größe 0,16 Ar, Flur 7, Flurstück 76/5, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 10,43 Ar,

e) das in Kloppenheim, Bezirk Bad Vilbel, Band 15, Blatt 682, eingetragene Erbbaurecht, auf dem im Grundbuch von Kloppenheim, Blatt 681, eingetragenen Grundstück,

Flur 7, Nr. 76/6, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 202, Größe 0,16 Ar, Flur 7, Nr. 77/1, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 19,36 Ar, in Abt. II unter Nr. 2 auf die Dauer von 50 Jahren seit dem Tage der Eintragung am 27. Mai 1953.

Der Erbbauberechtigte bedarf zur Veräußerung oder Belastung der Zustimmung der Grundstückseigentümer. Es besteht Brandversicherungspflicht. Dem Erbbauberechtigten ist ein Vorrecht auf Erneuerung des Erbbaurechts nach Zeitablauf eingeräumt. Auf dem Grund und Boden ist ein Büro- und Lagergebäude mit Unterkellerung errichtet,

sollen am Freitag, dem 4. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Homburger Straße 18, Friedberg/Hessen, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 8. 1974 / 30. 10. 1974 / 13. 11. 1974 / 20. 3. 1975 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Firma Wagner und Sohn KG, Wölfersheim.

Der Wert der Grundstücke bzw. des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Södel Blatt 1243:

lfd. Nr. 1 und 2 —

wirtschaftliche Einheit = 850 000,— DM,

Büches Blatt 320:

lfd. Nr. 1 = 290 000,— DM,

Kloppenheim Blatt 669:

lfd. Nr. 2 = 57 100,— DM,

lfd. Nr. 4 = 26 000,— DM,

lfd. Nr. 3, 5, 6 —

wirtschaftliche Einheit = 358 400,— DM,

Kloppenheim Blatt 681: = 29 300,— DM,

Kloppenheim Blatt 682

(Erbbaurecht): = 250 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen

6360 Friedberg, 31. 3. 1976 Amtsgericht

**1636**

K 29/75: Die Hälfte im Grundbuch von Borken, Band 75, Blatt 2396, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Borken, Flur 7, Flurstück 4/22, Hof- und Gebäudefläche, Schöne Aussicht 6, Größe 9,93 Ar,

soll am 4. Juni 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, Schladenweg 1, Zi. 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schachtmeister Heinrich Krug in Borken.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 51 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen

3580 Fritzlar, 2. 4. 1976 Amtsgericht

**1637**

K 33/75: Das im Grundbuch von Kröckelbach, Band 6, Blatt 145, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kröckelbach, Flur Nr. 1, Flurstück 78/2, Hof- und Gebäudefläche, Ortsstraße 23, Größe 1,24 Ar,

soll am Donnerstag, 10. 6. 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Fürth (Odw.), Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 12. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anita Plösser, geb. Kohl, Fahrenbacher Straße 2, 6149 Fürth (Odw.).

Der Wert des Grundstücks ist festgesetzt auf 7860,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen

6149 Fürth (Odw.), 6. 4. 1976 Amtsgericht

**1638**

2 K 20/75: Die im Grundbuch von Rüsselsheim, Band 99, Blatt 5029, eingetragene Grundstückshälfte der Erbgemeinschaft an dem Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Rüsselsheim, Flur Nr. 9, Flurstück 549/3, Hof- und Gebäudefläche, Platanenstr. 28, Größe 7,02 Ar,

soll am Dienstag, dem 8. 6. 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude/Arbeitsamtsgeb., Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 4. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2b) Eva Katharina Meusch geb. Gmünder, Rüsselsheim, zu 1/2,

a) wie vor

b) Karl Ernst Meusch,

c) Gudrun Ersepke geb. Meusch,

d) Christel Feld geb. Meusch,

e) Friedrich Meusch,

f) Wolfgang Meusch,

g) Roswitha Meusch,

alle wohnhaft Rüsselsheim, in ungeteilter Erbgemeinschaft zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 2. 4. 1976 Amtsgericht

**1639**

42 K 152/74: Im Wege der Zwangsversteigerung soll der im Grundbuch von Hüttengesäß, Band 65, Blatt 1918, eingetragene 1/2 Grundstücksanteil der Eheleute Fischbach von

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hüttengesäß, Flur Nr. 16, Flurstück 69, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße 9 und 11, Größe 6,44 Ar,

am 15. 6. 1976, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Nußallee 17, 6450 Hanau, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 5. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wilhelm Fischbach, Irmgard Fischbach, geb. Voigt, beide in Langenselbold, je zu 1/2.

Der Wert der Grundstücksanteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 88 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 26. 3. 1976

Amtsgericht, Abt. 42

**1640**

42 K 19/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rodenbach, Band 137, Blatt 4902, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rodenbach, Flur Nr. 26, Flurstück 277/1, Hof- und Gebäudefläche, Würzburger Straße 69g, Größe 2,74 Ar,

am 23. 6. 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Nußallee 17, 6450 Hanau 1, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 2. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Albert Kaufmann in Erlensee.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 92 000,— DM.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
6450 Hanau, 31. 3. 1976

Amtsgericht, Abt. 42

### 1641

42 K 7/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Klein-Auheim, Band 79, Blatt 3514, eingetragene Grundstück,  
lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Auheim, Flur 3, Flurstück 315, Grünland, Am Hellenbach, Größe 3,48 Ar,  
am 16. 6. 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Nußallee 17, 6450 Hanau, Zimmer 18, versteigert werden.  
Eingetragener Eigentümer am 2. 2. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Franz Heinrich Eckrich in Hanau 8.  
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 700,— DM.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
6450 Hanau, 29. 3. 1976

Amtsgericht, Abt. 42

### 1642

2 K 50/75 — **Beschluß:** Das im Wohnungserbbau-Grundbuch von Niedernhausen, Band 55, Blatt 1717, eingetragene Wohnungserbbauerecht,  
— 346/10 000 Anteil an dem Erbbaurecht des im Grundbuch von Niedernhausen, Band 27, Blatt 903, eingetragenen Grundstücks, Flur 16, Flurstück 183/1, Hof- und Gebäudefläche, Lenzhahner Weg 32, Größe 28,84 Ar, verbunden mit dem Sonder Eigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 41 bezeichneten Wohnung im 4. Obergeschoß des auf Grund des Erbbaurechts errichteten Gebäudes —  
soll am 15. Juni 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 1, Idstein, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.  
Eingetragener Wohnungserbbauberechtigter am 5. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Heinz Kersting, Kaufmann, Kriegsdorf.  
Der Wert des Wohnungserbbauerechts wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 106 390,— Deutsche Mark festgesetzt.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
6270 Idstein, 18. 3. 1976

Amtsgericht

### 1643

1 K 67/75: Das im Erbbaugrundbuch von Rhena, Band 8, Blatt 233, eingetragene Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Rhena, Band 4, Blatt 111, verzeichneten Grundstück,  
lfd. Nr. 87, Gemarkung Rhena, Flur 2, Flurstück 16/30, Bauplatz, Auf der Lehmkuhle, Größe 7,11 Ar,  
in Abt. II unter lfd. Nr. 33 für die Dauer von 75 Jahren seit dem 1. Juni 1965,  
soll am 4. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hagenstr. 2, 3540 Korbach, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.  
Eingetragener Berechtigter am 14. November 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Kaufmann Heinz Kleine in Willingen (Upland), Sportstr. 23.  
Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1370,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen  
3540 Korbach, 3. 4. 1976

Amtsgericht

### 1644

7 K 55/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Niederbrechen, Band 73, Blatt Nr. 2651, eingetragene Grundstück,  
lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederbrechen, Flur 74, Flurstück 327, Bauplatz, Brucknerstraße 6, Größe 5,69 Ar,  
soll am Mittwoch, dem 16. Juni 1976, 15.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.  
Eingetragener Eigentümer am 21. Oktober 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Kaufmann Franz Adam Weyrich, Bahnhofstraße 19, Camberg.  
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 500,— DM.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
6250 Limburg (Lahn), 1. 4. 1976

Amtsgericht

### 1645

7 K 52/75 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Limburg, Band 116, Blatt 3623, eingetragenen Grundstücke,  
lfd. Nr. 1, Gemarkung Limburg, Flur 53, Flurstück 92, Bauplatz, Behringstraße, Größe 6,91 Ar,  
lfd. Nr. 2, Gemarkung Limburg, Flur 53, Flurstück 93, Lieg.-B. 3945, Hof- und Gebäudefläche, Behringstraße, Größe 10,40 Ar,  
sollen am Mittwoch, dem 23. Juni 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede Nr. 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.  
Eingetragene Eigentümerin am 2. Dezember 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Ehefrau des Ingenieurs Kurt Wruck, Ursula, geb. Winter, in Limburg.  
Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf  
231 000,— DM für das Grundstück Nr. 1,  
46 000,— DM für das Grundstück Nr. 2.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
6250 Limburg (Lahn), 1. 4. 1976

Amtsgericht

### 1646

7 K 41/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Dehrn, Band 28, Blatt 942, eingetragene Grundstück,  
lfd. Nr. 1, Gemarkung Dehrn, Flur 37, Flurstück 155, Lieg.-B. 721, Hof- und Gebäudefläche, Am Wieschen 20, Größe 6,20 Ar,  
soll am Mittwoch, dem 9. Juni 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede Nr. 14, Zimmer Nr. 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.  
Eingetragene Eigentümer am 25. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
a) Kaufmann Günter Walther in Dehrn,  
b) dessen Ehefrau Marlies Walther, geb. Heibel, in Dehrn,  
je zu 1/2.  
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 160 400 Deutsche Mark.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
6250 Limburg (Lahn), 1. 4. 1976

Amtsgericht

### 1647

7 K 66/75 — **Zwangsvolleistungen:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rumpenheim, Band 84, Blatt 2860, eingetragene Grundstück,  
lfd. Nr. 2, Gemarkung Rumpenheim, Flur Nr. 11, Flurstück 40/7, LB 1263, Hof- und Gebäudefläche, Im Gartenrain 3, Größe 2,34 Ar,  
am Montag, dem 14. 6. 1976, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Geb. D, Saal 835, versteigert werden.  
Eingetragener Eigentümer z. Z. des Versteigerungsvermerks (28. 7. 1975):  
Reinhold Fromm, Offenbach/M.-Rumpenheim.  
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 150 000,— DM.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
6050 Offenbach (Main), 5. 4. 1976

Amtsgericht

### 1648

7 K 83/74 — **Zwangsvolleistungen:** Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band Nr. 152, Blatt 5867, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 6, LB 1408,  
lfd. Nr. 1, Flurstück 359/1, Hof- und Gebäudefläche, Offenbacher Straße 106, Größe 4,65 Ar,  
lfd. Nr. 2, Flurstück 359/2, Gebäudefläche, Gartenland, Triftgewann links, Größe 16,70 Ar,  
am Donnerstag, dem 24. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Luisenstraße Nr. 16, 6050 Offenbach (Main), Zimmer 835, versteigert werden.  
Eingetragener Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (22. 10. 1974):  
Maschinenbauingenieur Paul Heinz Weigand in Trier.  
Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 652 500,— DM. (Einzelwerte: Flur 6, Flurstück 359/1: 460 012,50 DM, Flur 6, Flurstück 359/2: 192 487,50 DM.)  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
6050 Offenbach (Main), 30. 3. 1976

Amtsgericht

### 1649

4 K 6/75 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Wasenberg, Band 42, Blatt 1114, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Wasenberg, Liegenschaftsbuch 13,  
lfd. Nr. 1, Flur 8, Flurstück 210, Garten, Im Dorfe, Größe 0,68 Ar,  
lfd. Nr. 2, Flur 8, Flurstück 209/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 76, Größe 1,89 Ar,  
sollen am Montag, dem 28. Juni 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt-Treysa, Zimmer 12 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.  
Eingetragener Eigentümer am 5. Februar 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Versicherungsvertreter Lothar Lieske, Haus Nr. 76, 3579 Wasenberg.  
Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden:  
für lfd. Nr. 1 auf 680,— DM,  
für lfd. Nr. 2 auf 14 320,— DM,  
zus.: 15 000,— DM  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.  
3578 Schwalmstadt, 12. 3. 1976

Amtsgericht

**1650**

K 8/74: Die im Grundbuch von Marjoß, Band 19, Blatt 693, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marjoß, Flur 2, Flurstück 218, Ackerland, Auf der Steinkoppe, Größe 13,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 194, Grünland, Unland, Im Schlüchterner Grund, Größe 40,71 Ar,

soll am 3. Juni 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schlüchtern durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. Juni 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Erich Kremer in Sinnthal-Sterbfritz.

Der Wert der Grundstücke ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

lfd. Nr. 1 1044,— DM,

lfd. Nr. 2 3256,80 DM.

Im Falle eines Gesamtausgebots wird der Wert der Grundstücke auf 4 300,80 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 6. 4. 1976 Amtsgericht

**1651**

61 K 121/75 — **Beschluß:** Der im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 412, Blatt 6892, eingetragene 1/2 Miteigentumsanteil des Roberto Segatto an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 86, Flurstück 81/21, Hof- und Gebäudefläche, Nerostraße 7, Größe 1,41 Ar,

soll am 9. Juni 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, 6200 Wiesbaden, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümer: Roberto Segatto.

Der Wert des 1/2 Anteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 132 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen

6200 Wiesbaden, 31. 3. 1976 Amtsgericht

**1652**

3 K 9/75: Die im Grundbuch von Vetzberg, Band 20, Blatt 780, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Vetzberg, Flur 1, Flurstück 399, Grünland, Der große Garten, Größe 15,84 Ar, Wert: 1400,— DM,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Vetzberg, Flur 1, Flurstück 619/94, Acker, Unten im See, Größe 7,51 Ar, Wert: 1000,— DM,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Vetzberg, Flur 1, Flurstück 622/106, Acker, Grünland, Unten im See, Größe 7,71 Ar, Wert: 1000,— DM,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Vetzberg, Flur 1, Flurstück 624/112, Grünland, Unten im See, Größe 5,21 Ar, Wert: 600,— DM,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Vetzberg, Flur 2, Flurstück 13/2, Hof- und Gebäudefläche, Vetzberg, Obergasse, Größe 0,42 Ar, Wert: 900,— DM,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Vetzberg, Flur 2, Flurstück 13/3, Hof- und Gebäudefläche, Vetzberg, Obergasse 43, Größe 6,23 Ar, Wert: 86 500,— DM,

sollen am 19. Mai 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wertherstr. 2, 6330 Wetzlar, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 3. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Wilfried Gelzenleuchter und Christel, geb. Schieferstein, Vetzberg, in Gütergemeinschaft.

**Beschluß:** Die Werte der Grundstücke werden nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 22. 4. 1975 gegenüber allen Beteiligten auf die angegebenen Beträge.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 1. 4. 1976 Amtsgericht

**1653**

### Haushaltssatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordhessen für das Haushaltsjahr 1976

Auf Grund des § 14 der Satzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordhessen in Verbindung mit § 18 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit und den in §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung hat die Verbandsversammlung am 26. 3. 1976 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1976 wird im Verwaltungshaushalt

|                     |              |
|---------------------|--------------|
| in der Einnahme auf | 997 350,— DM |
| in der Ausgabe auf  | 997 350,— DM |

im Vermögenshaushalt

|                     |             |
|---------------------|-------------|
| in der Einnahme auf | 90 915,— DM |
| in der Ausgabe auf  | 90 915,— DM |

festgesetzt.

**§ 2**

Kredite werden nicht veranschlagt.

**§ 3**

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

**§ 4**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 100 000,— DM festgesetzt.

**§ 5**

Die Verbandsumlage wird pro Einwohner auf 0,60 DM festgesetzt.

### Andere Behörden und Körperschaften

Die auf die einzelnen Verbandsmitglieder entfallenden Umlageanteile werden gemäß § 14 Abs. 2 der Satzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordhessen erhoben.

**§ 6**

Es gilt der von der Verbandsversammlung am 26. 3. 1976 beschlossene Stellenplan.

**§ 7**

Freiwerdende Stellen von Beamten und Angestellten sind vorläufig gesperrt und können nur mit Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses neu besetzt werden.

3500 Kassel, 1. 4. 1976

(Siegel)

**Regionale Planungsgemeinschaft Nordhessen**  
Der Verbandsvorstand  
gez. H ö h n e  
Verbandsvorsitzender

\*

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1976 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme vom 26. April 1976 bis 4. Mai 1976 in der Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordhessen in Kassel, Reuterstraße 9, I. Stock, Zimmer 4, an Arbeitstagen in der Zeit von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr öffentlich aus.

3500 Kassel, 5. 4. 1976

(Siegel)

**Regionale Planungsgemeinschaft Nordhessen**  
Der Verbandsvorstand  
gez. H ö h n e  
Verbandsvorsitzender

# **HESSISCHE LANDESBahn GMBH** **Konzernbilanz zum 31. Dezember 1971**

**AKTIVA****PASSIVA**

|                                                                                                              | DM           | DM           | DM                   |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|--------------|----------------------|
| <b>I. Anlagevermögen</b>                                                                                     |              |              |                      |
| <b>A. Sachanlagen</b>                                                                                        |              |              |                      |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte                                                                 |              |              |                      |
| a) mit Geschäfts-, Betriebs- und Bauten                                                                      |              | 1 153 803,—  |                      |
| b) mit Bahnkörper und Bauten des Schienenwegs                                                                |              | 673 411,—    |                      |
| c) mit Wohnbauten                                                                                            |              | 6 593,—      |                      |
| d) ohne Bauten                                                                                               |              | 23 981,—     |                      |
| 2. Gleisanlagen, Strecken-ausrüstung und Sicherungsanlagen                                                   |              | 2 964 272,—  |                      |
| 3. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr                                                                  |              | 2 682 628,—  |                      |
| 4. Maschinen und maschinelle Anlagen                                                                         |              | 27 179,—     |                      |
| 5. Betriebs- und Geschäftsausstattung                                                                        |              | 121 378,—    |                      |
| 6. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen                                                                |              | 36 546,05    |                      |
| <b>B. Finanzanlagen</b>                                                                                      |              | 7 689 791,05 |                      |
| Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren                                                   |              | 133 200,—    | 7 822 991,05         |
| <b>II. Umlaufvermögen</b>                                                                                    |              |              |                      |
| <b>A. Vorräte</b>                                                                                            |              |              |                      |
| Hilfs- und Betriebsstoffe                                                                                    |              | 199 940,12   |                      |
| <b>B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens</b>                                                             |              |              |                      |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: DM —,—) | 802 745,81   |              |                      |
| 2. Kassenbestand                                                                                             | 906,86       |              |                      |
| 3. Guthaben bei Kreditinstituten                                                                             | 2 103 816,70 |              |                      |
| 4. Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen                                                      | 1 800,—      |              |                      |
| 5. Sonstige Vermögensgegenstände                                                                             | 2 317 245,68 | 5 226 515,05 | 5 426 455,17         |
| <b>III. Rechnungsabgrenzungsposten</b>                                                                       |              |              | 1 564,22             |
| <b>IV. Konzernverlust</b>                                                                                    |              |              |                      |
| Konzernverlust am 1. 1. 1971                                                                                 |              | 463 448,22*) |                      |
| Jahresfehlbetrag 1971                                                                                        |              | 8 512,93     | 471 961,15           |
|                                                                                                              |              |              | <u>13 722 971,59</u> |

\*) Ohne Anteil konzernfremder Gesellschafter von DM 90 009,90

|                                                                                    | DM           | DM                   |
|------------------------------------------------------------------------------------|--------------|----------------------|
| <b>I. Stammkapital</b>                                                             |              | 700 000,—            |
| <b>II. Offene Rücklage</b>                                                         |              |                      |
| Freie Rücklage                                                                     |              | 101 467,98           |
| a) Ausgleichsposten aus der Konsolidierung                                         |              | 2 801 996,—          |
| b) Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz                                     |              |                      |
| 1. Anteil an Kapital und offenen Rücklagen                                         | 1 369 241,16 |                      |
| 2. Anteil am Konzernverlust                                                        | 90 009,90    | 1 279 231,26         |
| c) Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6b EStG                                 |              | 60 000,—             |
| <b>III. Wertberichtigungen</b>                                                     |              |                      |
| 1. Aus Zuschüsse                                                                   |              |                      |
| a) zu Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten                                     | 29 528,—     |                      |
| b) zu Bahnkörpern und Bauten des Schienenwegs                                      | 42 075,—     |                      |
| c) zu Gleisanlagen, Strecken-ausrüstung und Sicherungsanlagen                      | 818 346,—    |                      |
|                                                                                    | 889 949,—    |                      |
| 2. Andere zu Gleisanlagen (bis 31. 12. 1967 Erneuerungsstock)                      | 167 745,—    | 1 057 694,—          |
| <b>IV. Rückstellungen</b>                                                          |              |                      |
| 1. Pensionsrückstellungen                                                          | 57 224,48    |                      |
| 2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung                                  | 105 000,—    |                      |
| 3. Andere Rückstellungen                                                           | 1 635 048,—  | 1 797 272,48         |
| <b>V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren</b>          |              |                      |
| Sonstige Verbindlichkeiten (davon vor Ablauf von vier Jahren fällig: DM 618 430,—) |              | 2 053 959,84         |
| <b>VI. Andere Verbindlichkeiten</b>                                                |              |                      |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen                                | 1 276 916,74 |                      |
| 2. Erhaltene Anzahlungen                                                           | 56 678,70    |                      |
| 3. Sonstige Verbindlichkeiten                                                      | 2 537 754,59 | 3 871 350,03         |
| <b>VII. Rechnungsabgrenzungsposten</b>                                             |              |                      |
|                                                                                    |              | <u>13 722 971,59</u> |

**Lastenausgleichs-Vermögensabgabe:**

|                     |              |
|---------------------|--------------|
| Gegenwartswert      | DM 10 812,90 |
| Vierteljahresbetrag | DM 435,50    |

## **HESSISCHE LANDESBahn GMBH** **Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1971**

|                                                                                                                    | DM           | DM           | DM |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|--------------|----|
| 1. Umsatzerlöse                                                                                                    | 9 825 586,12 |              |    |
| abzüglich Mehrwertsteuer                                                                                           | 690 545,11   | 9 135 041,01 |    |
| 2. Bestandserhöhungen                                                                                              |              | 3 493,80     |    |
| 3. Andere aktivierte Eigenleistungen                                                                               |              | 34 236,89    |    |
| 4. Gesamtleistung                                                                                                  |              | 9 172 771,70 |    |
| 5. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe (davon DM 1 098 322,86 für fremde Fahrleistungen und Fahrzeugmieten) |              | 2 473 411,09 |    |
| 6. Rohertrag                                                                                                       |              | 6 699 360,61 |    |
| 7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge                                                                            | 51 869,57    |              |    |
| 8. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens                                                     | 66 460,46    |              |    |
| 9. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen                                                                    | 23 854,30    |              |    |
| 10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil                                                  | —,—          |              |    |
| 11. Sonstige Erträge (davon außerordentliche: DM 199 141,37)                                                       | 976 898,15   | 1 119 082,48 |    |
|                                                                                                                    |              | 7 818 443,09 |    |
| 12. Löhne und Gehälter                                                                                             | 3 509 272,20 |              |    |
| 13. Soziale Abgaben                                                                                                | 511 228,77   |              |    |
| 14. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung                                                            | 10 380,19    |              |    |
| 15. Abschreibungen auf Sachanlagen                                                                                 | 770 814,20   |              |    |
| 16. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens                                                   | 1,—          |              |    |
| 17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen                                                                               | 35 538,43    |              |    |

|                                                    | DM           | DM           | DM |
|----------------------------------------------------|--------------|--------------|----|
| 18. Steuern                                        |              |              |    |
| a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen      | 49 364,21    |              |    |
| b) sonstige                                        | 267,—        | 49 631,21    |    |
| 19. Lastenausgleichs-Vermögensabgabe               |              | 1 742,—      |    |
| 20. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil |              | 60 000,—     |    |
| 21. Sonstige Aufwendungen                          | 2 878 348,02 | 7 826 956,02 |    |
| 22. Jahresfehlbetrag                               |              | 8 512,93     |    |
| 23. Verlustvortrag aus dem Vorjahr *)              |              | 463 448,22   |    |
| 24. Konzernverlust *)                              |              | 471 961,15   |    |

\*) Ohne Anteil konzernfremder Gesellschafter von DM 90 009,90

**BESTÄTIGUNGSVERMERK**

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

Frankfurt am Main, den 30. Oktober 1972

**ART**Allgemeine Revisions- und Treuhandgesellschaft für öffentliche und private Unternehmen mbH  
WirtschaftsprüfungsgesellschaftDipl.-Kfm. Bader  
Wirtschaftsprüfer

**HESSISCHE LANDESBahn GMBH**  
**Konzernbilanz zum 31. Dezember 1972**
**AKTIVA**

|                                                            | DM            | DM            | DM           |
|------------------------------------------------------------|---------------|---------------|--------------|
| <b>I. Anlagevermögen</b>                                   |               |               |              |
| <b>A. Sachanlagen</b>                                      |               |               |              |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte               |               |               |              |
| a) mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten            | 1 236 450,—   |               |              |
| b) mit Bahnkörper und Bauten des Schienenwegs              | 1 202 751,—   |               |              |
| c) mit Wohnbauten                                          | 8 003,—       |               |              |
| d) ohne Bauten                                             | 19 834,—      |               |              |
| 2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen  | 4 518 426,56  |               |              |
| 3. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr                | 2 946 624,—   |               |              |
| 4. Maschinen und maschinelle Anlagen                       | 62 109,—      |               |              |
| 5. Betriebs- und Geschäftsausstattung                      | 157 299,—     |               |              |
| 6. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen              | 925 971,—     |               |              |
|                                                            | 11 077 467,56 |               |              |
| <b>B. Finanzanlagen</b>                                    |               |               |              |
| Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren | 109 690,—     | 11 187 157,56 |              |
| <b>II. Umlaufvermögen</b>                                  |               |               |              |
| <b>A. Vorräte</b>                                          |               |               |              |
| Hilfs- und Betriebsstoffe                                  | 258 806,91    |               |              |
| <b>B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens</b>           |               |               |              |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen              | 687 621,31    |               |              |
| davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: DM   | —,—           |               |              |
| 2. Kassenbestand                                           | 2 059,03      |               |              |
| 3. Guthaben bei Kreditinstituten                           | 1 365 001,69  |               |              |
| 4. Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen    | 1 200,—       |               |              |
| 5. Sonstige Vermögensgegenstände                           | 4 022 432,99  | 6 078 315,52  | 6 337 122,43 |
|                                                            |               |               | 2 769,25     |
| <b>III. Rechnungsabgrenzungsposten</b>                     |               |               |              |
| <b>IV. Konzernverlust</b>                                  |               |               |              |
| Konzernverlust am 1. 1. 1972                               | 471 961,15    |               |              |
| Jahresüberschuß 1972                                       | 1 031,28      | 470 929,87    |              |
|                                                            |               | 17 997 979,11 |              |

\*) Ohne Anteil konzernfremder Gesellschafter von DM 90 009,90

**PASSIVA**

|                                                                                    | DM           | DM           | DM            |
|------------------------------------------------------------------------------------|--------------|--------------|---------------|
| <b>I. Stammkapital</b>                                                             |              |              | 700 000,—     |
| <b>II. Offene Rücklage</b>                                                         |              |              |               |
| Freie Rücklage                                                                     |              |              | 101 467,98    |
| a) Ausgleichsposten aus der Konsolidierung                                         |              |              | 2 798 503,64  |
| b) Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz                                     |              |              |               |
| 1. Anteil an Kapital und offenen Rücklagen                                         | 1 492 784,16 |              |               |
| 2. Anteil am Konzernverlust                                                        | J. 90 009,90 | 1 402 774,26 |               |
| c) Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6b EStG                                 |              |              | 177 939,20    |
| d) Staatszuschuß                                                                   |              |              | 1 301 216,—   |
| <b>III. Wertberichtigungen</b>                                                     |              |              |               |
| 1. Aus Zuschüssen                                                                  |              |              |               |
| a) Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten                                        |              | 13 666,—     |               |
| b) Bahnkörper und Bauten des Schienenwegs                                          |              | 409 167,—    |               |
| c) Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen                          |              | 1 339 246,56 |               |
| d) Anlagen im Bau                                                                  |              | 334 500,—    |               |
|                                                                                    |              | 2 096 579,56 |               |
| 2. Andere zu Gleisanlagen (bis 31. 12. 1967 Erneuerungsstock)                      |              | 387 284,—    | 2 483 863,56  |
| <b>IV. Rückstellungen</b>                                                          |              |              |               |
| 1. Pensionsrückstellungen                                                          |              | 61 373,10    |               |
| 2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung                                  |              | 40 000,—     |               |
| 3. Andere Rückstellungen                                                           |              | 1 970 576,42 | 2 071 949,52  |
| <b>V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren</b>          |              |              |               |
| Sonstige Verbindlichkeiten (davon vor Ablauf von vier Jahren fällig: DM 612 466,—) |              |              | 1 810 494,30  |
| <b>VI. Andere Verbindlichkeiten</b>                                                |              |              |               |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen                                |              | 984 841,79   |               |
| 2. Erhaltene Anzahlungen                                                           |              | 56 678,70    |               |
| 3. Sonstige Verbindlichkeiten                                                      |              | 4 010 250,16 | 5 051 770,65  |
|                                                                                    |              |              | 17 997 979,11 |

**Lastenausgleichs-Vermögensabgabe:**

|                     |              |
|---------------------|--------------|
| Gegenwartswert      | DM 17 405,46 |
| Vierteljahresbetrag | DM 796,37    |

**Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1972**

|                                                                         | DM            | DM             | DM           |
|-------------------------------------------------------------------------|---------------|----------------|--------------|
| <b>1. Umsatzerlöse</b>                                                  | 12 307 999,50 |                |              |
| abzüglich Mehrwertsteuer                                                | 832 232,39    | 11 475 767,11  |              |
| <b>2. Andere aktivierte Eigenleistungen</b>                             |               | 12 245,87      |              |
| <b>3. Gesamtleistung</b>                                                |               | 11 488 012,98  |              |
| <b>4. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe</b>                    |               | 3 100 028,17   |              |
| davon DM 1 655 621,33 für fremde Fahrleistungen und Fahrzeugmieten      |               |                |              |
| <b>5. Rohertrag</b>                                                     |               | 8 387 984,81   |              |
| <b>6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>                          | 95 585,84     |                |              |
| <b>7. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens</b>   | 129 114,—     |                |              |
| <b>8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen</b>                  | 21 869,70     |                |              |
| <b>9. Sonstige Erträge</b>                                              | 1 149 423,64  |                |              |
| davon außerordentliche: DM 157 185,83                                   |               | 1 395 993,18   |              |
|                                                                         |               | 9 783 977,99   |              |
| <b>10. Löhne und Gehälter</b>                                           | 4 759 311,97  |                |              |
| <b>11. Soziale Abgaben</b>                                              | 752 822,63    |                |              |
| <b>12. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung</b>          | 17 880,80     |                |              |
| <b>13. Abschreibungen auf Sachanlagen</b>                               | 1 079 014,87  |                |              |
| <b>14. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens</b> | 621,75        |                |              |
| <b>15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>                             | 31 848,73     |                |              |
| <b>16. Steuern</b>                                                      |               |                |              |
| a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen                           | 93 697,12     |                |              |
| b) sonstige                                                             | 1 790,53      | 95 487,65      |              |
| <b>17. Lastenausgleichs-Vermögensabgabe</b>                             |               | 3 185,46       |              |
| <b>18. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil</b>               |               | 117 939,20     |              |
| <b>19. Sonstige Aufwendungen</b>                                        |               | 2 924 833,63   | 9 782 946,71 |
| <b>20. Jahresergebnis</b>                                               |               |                | + 1 031,28   |
| <b>21. Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>                               |               | J. 471 961,15* |              |
| <b>22. Konzernverlust</b>                                               |               |                | 470 929,87*  |

\*) Ohne Anteil konzernfremder Gesellschafter von DM 90 009,90.

**E. Schlußbemerkung**

Der Konzernabschluß der Hessischen Landesbahn GmbH, Wiesbaden, ist ordnungsgemäß aus den Einzelabschlüssen der einbezogenen Unternehmen entwickelt worden. Die Einzelabschlüsse tragen unseren uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die im Konzerngeschäftsbericht gemachten Angaben sind zutreffend und vollständig.

Wir haben daher den Konzernabschluß zum 31. Dezember 1972 mit folgendem Bestätigungsvermerk versehen:

„Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.“

Frankfurt (Main), den 10. September 1973

**ART**  
**ALLGEMEINE REVISIONS- UND TREUHANDGESELLSCHAFT**  
 für öffentliche und private Unternehmen mbH.  
**WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT**

gez. Schornstein gez. Dr. Piper  
 Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

## HESSISCHE LANDESBAHNEN GMBH, WIESBADEN

Konzernbilanz zum 31. Dezember 1973

## AKTIVA

|                                                                                                             | DM           | DM                   |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|----------------------|
| <b>I. Anlagevermögen</b>                                                                                    |              |                      |
| <b>A. Sachanlagen</b>                                                                                       |              |                      |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte                                                                |              |                      |
| a) mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten                                                             | 1 524 689,—  |                      |
| b) mit Bahnkörper und Baußen des Schienenwegs                                                               | 1 115 836,—  |                      |
| c) mit Wohnbauten                                                                                           | 7 585,—      |                      |
| d) ohne Bauten                                                                                              | 21 541,—     |                      |
| 2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen                                                   | 5 410 595,—  |                      |
| 3. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr                                                                 | 2 836 493,—  |                      |
| 4. Maschinen und maschinelle Anlagen                                                                        | 126 260,—    |                      |
| 5. Betriebs- und Geschäftsausstattung                                                                       | 158 215,—    |                      |
| 6. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen                                                               | 322 315,—    |                      |
| <b>B. Finanzanlagen</b>                                                                                     |              |                      |
| Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren                                                  | 76 060,—     | 11 599 589,—         |
| <b>II. Umlaufvermögen</b>                                                                                   |              |                      |
| <b>A. Vorräte</b>                                                                                           |              |                      |
| Hilfs- und Betriebsstoffe                                                                                   | 332 867,51   |                      |
| <b>B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens</b>                                                            |              |                      |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: DM —,— | 854 111,15   |                      |
| 2. Kassenbestand                                                                                            | 4 491,05     |                      |
| 3. Guthaben bei Kreditinstituten                                                                            | 1 763 467,22 |                      |
| 4. Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen                                                     | 600,—        |                      |
| 5. Sonstige Vermögensgegenstände                                                                            | 4 618 512,84 | 7 574 049,77         |
| <b>III. Rechnungsabgrenzungsposten</b>                                                                      |              | 1 686,98             |
| <b>IV. Konzernverlust</b>                                                                                   |              |                      |
| Konzernverlust am 1. 1. 1973                                                                                | 470 929,87   |                      |
| Jahresfehlbetrag 1973                                                                                       | 2 536,65     | 473 466,52           |
|                                                                                                             |              | <u>19 648 792,27</u> |

\*) Ohne Anteil konzernfremder Gesellschafter von DM 90 009,90

## PASSIVA

|                                                                                    | DM           | DM                   |
|------------------------------------------------------------------------------------|--------------|----------------------|
| <b>I. Stammkapital</b>                                                             |              | 700 000,—            |
| <b>II. Offene Rücklage</b>                                                         |              |                      |
| Freie Rücklage                                                                     |              | 101 467,98           |
| a) Ausgleichsposten aus der Konsolidierung                                         |              | 2 795 834,64         |
| b) Ausgleichsposten für Anteile Fremdbesitz                                        |              |                      |
| 1. Anteil an Kapital und offen Rücklagen                                           | 1 472 782,16 |                      |
| 2. Anteil am Konzernverlust                                                        | 90 009,90    | 1 382 772,26         |
| c) Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6b EstG                                 |              | 147 165,02           |
| d) Staatszuschuß                                                                   |              | 1 301 216,—          |
| <b>III. Wertberichtigungen</b>                                                     |              |                      |
| 1. Aus Zuschüssen                                                                  |              |                      |
| a) Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten                                         | 13 666,—     |                      |
| b) Bahnkörper und Bauten des Schienenwegs                                          | 409 167,—    |                      |
| c) Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen                          | 2 250 155,—  |                      |
| d) Anlagen im Bau                                                                  | 274 886,—    |                      |
| 2. Andere zu Gleisanlagen (bis 31. 12. 1967 Erneuerungsstock)                      | 387 284,—    | 3 335 158,—          |
| <b>IV. Rückstellungen</b>                                                          |              |                      |
| 1. Pensionsrückstellungen                                                          | 54 206,—     |                      |
| 2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung                                  | 461 000,—    |                      |
| 3. Andere Rückstellungen                                                           | 2 117 264,—  | 2 632 470,—          |
| <b>V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren</b>          |              |                      |
| Sonstige Verbindlichkeiten (davon vor Ablauf von vier Jahren fällig: DM 586 000,—) |              | 1 751 903,75         |
| <b>VI. Andere Verbindlichkeiten</b>                                                |              |                      |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen                                | 1 074 826,84 |                      |
| 2. Erhaltene Anzahlungen                                                           | 57 392,70    |                      |
| 3. Sonstige Verbindlichkeiten                                                      | 4 349 492,38 | 5 481 711,93         |
| <b>VII. Rechnungsabgrenzung</b>                                                    |              | 19 092,70            |
|                                                                                    |              | <u>19 648 792,27</u> |

Lastenausgleichs-Vermögensabgabe:

Gegenwartswert DM 14 932,31  
Vierteljahresbetrag DM 796,37HESSISCHE LANDESBAHNEN GMBH, WIESBADEN  
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1973

|                                                                    | DM            | DM            | DM |
|--------------------------------------------------------------------|---------------|---------------|----|
| 1. Umsatzerlöse                                                    | 13 855 837,47 |               |    |
| abzüglich Mehrwertsteuer                                           | 950 382,—     | 12 905 455,47 |    |
| 2. Andere aktivierte Eigenleistungen                               |               | 35 006,62     |    |
| 3. Gesamtleistung                                                  |               | 12 940 462,09 |    |
| 4. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe                      |               |               |    |
| davon DM 1 821 314,98 für fremde Fahrleistungen und Fahrzeugmieten |               | 3 436 858,63  |    |
| 5. Rohertrag                                                       |               | 9 503 603,46  |    |
| 6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge                            | 134 387,77    |               |    |
| 7. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens     | 50 223,80     |               |    |
| 8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen                    | 31 878,44     |               |    |
| 9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil   | 60 000,—      |               |    |
| 10. Sonstige Erträge, davon außerordentl.: DM 246 100,90           | 1 399 319,01  | 1 675 809,02  |    |
| 11. Löhne und Gehälter                                             | 5 321 860,12  | 11 179 412,48 |    |
| 12. Soziale Abgaben                                                | 866 497,56    |               |    |
| 13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung            | 23 026,90     |               |    |
| 14. Abschreibungen auf Sachanlagen                                 | 1 160 620,46  |               |    |
| 15. Verluste aus dem Abgang von Gegenst. des Anlagevermögens       | 3 765,86      |               |    |
| 16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen                               | 22 209,09     |               |    |
| 17. Steuern                                                        |               |               |    |
| a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen                      | 72 850,40     |               |    |
| b) sonstige                                                        | 4 494,25      | 77 344,65     |    |

|                                                    | DM           | DM            |
|----------------------------------------------------|--------------|---------------|
| 18. Lastenausgleichs-Vermögensabgabe               | 3 185,48     |               |
| 19. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil | 29 225,82    |               |
| 20. Sonstige Aufwendungen                          | 3 674 213,19 | 11 181 949,13 |
| 21. Jahresergebnis                                 | ./.          | 2 536,65      |
| 22. Verlustvortrag aus dem Vorjahr                 |              | 470 929,87    |
| 23. Konzernverlust                                 |              | 473 466,52    |

\*) ohne Anteil konzernfremder Gesellschafter von DM 90 009,90.

## E. Schlußbemerkung

Der Konzernabschluß der Hessischen Landesbahn GmbH, Wiesbaden, ist ordnungsgemäß aus den Einzelabschlüssen der einbezogenen Unternehmen entwickelt worden. Die Einzelabschlüsse tragen unseren uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die im Konzerngeschäftsbericht gemachten Angaben sind zutreffend und vollständig.

Wir haben daher den Konzernabschluß zum 31. Dezember 1973 mit folgendem Bestätigungsvermerk versehen:

„Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.“

Frankfurt (Main), den 10. Oktober 1974

ART

ALLGEMEINE REVISIONS- UND TREUHANDGESELLSCHAFT  
für öffentliche und private Unternehmen mbH  
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Schornstein  
Wirtschaftsprüfer

**HESSISCHE LANDESBahn GMBH, WIESBADEN**  
**Konzernbilanz zum 31. Dezember 1974**
**AKTIVA****PASSIVA**

|                                                              | DM | DM           | DM            |                                                                           | DM           | DM           | DM            |
|--------------------------------------------------------------|----|--------------|---------------|---------------------------------------------------------------------------|--------------|--------------|---------------|
| <b>I. Anlagevermögen</b>                                     |    |              |               | <b>I. Stammkapital</b>                                                    |              |              | 700 000,—     |
| <b>A. Sachanlagen</b>                                        |    |              |               | <b>II. Offene Rücklagen</b>                                               |              |              |               |
| 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte                 |    |              |               | Freie Rücklage                                                            |              |              | 101 467,98    |
| a) mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten              |    | 1 426 289,—  |               | a) Ausgleichsposten aus der Konsolidierung                                |              |              | 2 616 920,93  |
| b) mit Bahnkörper und Bauten des Schienenwegs                |    | 1 056 127,—  |               | b) Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz                            |              |              |               |
| c) mit Wohnbauten                                            |    | 7 166,—      |               | 1. Anteil an Kapital und offenen Rücklagen                                | 1 312 622,87 |              |               |
| d) ohne Bauten                                               |    | 23 520,—     |               | 2. Anteil am Konzernverlust                                               | 90 009,90    | 1 222 652,97 |               |
| 2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen    |    | 5 863 894,—  |               | c) Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6b EStG                        |              |              | 32 446,64     |
| 3. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr                  |    | 2 979 312,—  |               | d) Staatszuschuß                                                          |              |              | 1 301 216,—   |
| 4. Maschinen und maschinelle Anlagen                         |    | 160 459,—    |               | <b>III. Wertherichtigungen</b>                                            |              |              |               |
| 5. Betriebs- und Geschäftsausstattung                        |    | 140 091,—    |               | 1. Aus Zuschüssen                                                         |              |              |               |
| <b>B. Finanzanlagen</b>                                      |    | 11 656 858,— |               | a) Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten                                |              | 13 666,—     |               |
| Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren   |    | 59 130,—     | 11 715 988,—  | b) Bahnkörper und Bauten des Schienenwegs                                 |              | 409 167,—    |               |
|                                                              |    |              |               | c) Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen                 | 2 724 563,—  |              |               |
|                                                              |    |              |               |                                                                           | 3 147 396,—  |              |               |
|                                                              |    |              |               |                                                                           | 387 284,—    |              |               |
|                                                              |    |              |               | 2. Andere zu Gleisanlagen (bis 31. 12. 1967 Erneuerungsstock)             |              |              | 3 534 680,—   |
| <b>II. Umlaufvermögen</b>                                    |    |              |               | <b>IV. Rückstellungen</b>                                                 |              |              |               |
| <b>A. Vorräte</b>                                            |    |              |               | 1. Pensionsrückstellungen                                                 |              | 77 825,—     |               |
| Hilfs- und Betriebsstoffe                                    |    | 312 676,12   |               | 2. Andere Rückstellungen                                                  |              | 2 459 046,71 | 2 536 871,71  |
| <b>B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens</b>             |    |              |               | <b>V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren</b> |              |              |               |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen                |    | 542 954,51   |               | Sonstige Verbindlichkeiten (davon vor Ablauf von vier Jahren)             |              |              | 749 153,75    |
| davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: DM —,— |    |              |               | <b>VI. Andere Verbindlichkeiten</b>                                       |              |              |               |
| 2. Kassenbestand und Postscheckguthaben                      |    | 98 394,14    |               | 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen                       |              | 779 721,24   |               |
| 3. Guthaben bei Kreditinstituten                             |    | 3 938 498,58 |               | 2. Erhaltene Anzahlungen                                                  |              | 56 678,70    |               |
| 4. Sonstige Vermögensgegenstände                             |    | 930 888,62   | 5 823 411,97  | 3. Sonstige Verbindlichkeiten                                             |              | 4 352 429,55 | 5 188 829,49  |
| <b>III. Rechnungsabgrenzungsposten</b>                       |    |              | 247,—         | <b>VII. Rechnungsabgrenzung</b>                                           |              |              | 2 619,60      |
| Konzernverlust am 1. 1. 1974                                 |    | 473 466,52   |               |                                                                           |              |              | 17 986 859,07 |
| Jahresüberschuß 1974                                         |    | 26 254,42    | 447 212,10    |                                                                           |              |              |               |
|                                                              |    |              | 17 986 859,07 |                                                                           |              |              |               |

\*) Ohne Anteil konzernfremder Gesellschafter von DM 90 009,90

**HESSISCHE LANDESBahn GMBH, WIESBADEN**  
**Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1974**

|                                                                    | DM | DM            | DM              |
|--------------------------------------------------------------------|----|---------------|-----------------|
| 1. Umsatzerlöse                                                    |    | 13 948 470,73 |                 |
| abzüglich Mehrwertsteuer                                           |    | 935 151,74    | 13 013 318,99   |
| 2. Andere aktivierte Eigenleistungen                               |    |               | 14 233,05       |
| 3. Gesamtleistung                                                  |    |               | 13 027 552,04   |
| 4. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe                      |    |               | 4 010 815,58    |
| davon DM 2 030 963,89 für fremde Fahrleistungen und Fahrzeugmieten |    |               |                 |
| 5. Rohertrag                                                       |    |               | 9 016 736,46    |
| 6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge                            |    | 266 299,13    |                 |
| 7. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens     |    | 79 539,73     |                 |
| 8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen                    |    | 15 992,—      |                 |
| 9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil   |    | 117 939,20    |                 |
| 10. Sonstige Erträge                                               |    | 2 340 596,29  |                 |
| davon außerordentliche: DM 1 059 396,05                            |    |               |                 |
|                                                                    |    |               | 2 820 366,35    |
|                                                                    |    |               | 11 837 102,81   |
| 11. Löhne und Gehälter                                             |    | 6 065 362,20  |                 |
| 12. Soziale Abgaben                                                |    | 989 203,49    |                 |
| 13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung            |    | 43 883,70     |                 |
| 14. Abschreibungen auf Sachanlagen                                 |    | 1 250 707,42  |                 |
| 15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen                               |    | 18 601,67     |                 |
| 16. Steuern                                                        |    |               |                 |
| a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen                      |    | 89 276,83     |                 |
| b) Sonstige                                                        |    | 4 745,88      |                 |
| 17. Lastenausgleichs-Vermögensabgabe                               |    | 3 185,48      |                 |
| 18. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil                 |    | 3 220,82      |                 |
| 19. Sonstige Aufwendungen                                          |    | 3 342 660,81  | 11 810 848,39   |
| 20. Jahresergebnis                                                 |    |               | + 26 254,42     |
| 21. Verlustvortrag aus dem Vorjahr                                 |    |               | /. 473 446,52*) |
| 22. Konzernverlust                                                 |    |               | 447 212,10*)    |

\*) Ohne Anteil konzernfremder Gesellschafter von DM 90 009,90

**Lastenausgleichs-Vermögensabgabe:**

Gegenwartswert DM 12 347,—

Vierteljahresbetrag DM 796,37

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

6000 Frankfurt (Main), den 18. Oktober 1975

ART

ALLGEMEINE REVISIONS- UND TREUHANDGESELLSCHAFT  
für öffentliche und private Unternehmen mbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaftgez. Schornstein gez. Dr. Piper  
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Aufsichtsrat: Ministerialdirigent Dr. Georg Zülch, Wiesbaden, Vorsitzender; Ministerialrat Eberhard Montigel, Wiesbaden, stellvertretender Vorsitzender; Gewerkschaftssekretär Dieter Baumann, Frankfurt (Main).

1654

# Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1976 des Umlandverbandes Frankfurt

## 1. Haushaltssatzung

Auf Grund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103, 164), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 161) hat der Verbandstag am 24. 2. 1976 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1976 wird im Verwaltungshaushalt

|                     |                |
|---------------------|----------------|
| in der Einnahme auf | 1 084 480,— DM |
| in der Ausgabe auf  | 1 084 480,— DM |

im Vermögenshaushalt

|                     |              |
|---------------------|--------------|
| in der Einnahme auf | 159 980,— DM |
| in der Ausgabe auf  | 159 980,— DM |

festgesetzt.

### § 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

### § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

### § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 100 000,— DM festgesetzt.

### § 5

Die Festsetzung von Steuern entfällt.

### § 6

Es gilt der von dem Verbandstag am 24. 2. 1976 beschlossene Stellenplan.

### § 7

Die Hebesätze für die Verbandsumlage werden für das Haushaltsjahr 1976 wie folgt festgesetzt:

- a) 0,31 DM je Einwohner gemäß Kommunalem Finanzausgleich 1976 (Bogen A, Spalte 3)

- b) 0,4732‰ der für den Kommunalen Finanzausgleich 1976 maßgebenden Umlagegrundlagen (Bogen A, Spalten 95 und 96)

6000 Frankfurt (Main), 25. 2. 1976

**Umlandverband Frankfurt**  
Der Verbandsausschuß  
gez. Schubert  
Beigeordneter

## 2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1976 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach § 35 a Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 2. Januar 1976 (GVBl. I S. 2) in Verbindung mit § 15 des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt vom 11. September 1974 (GVBl. I S. 427) erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu der Festsetzung in dem § 7 ist erteilt.

Sie hat folgenden Wortlaut:

Gemäß § 35 a Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 2. Januar 1976 (GVBl. I S. 2) in Verbindung mit § 15 des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt vom 11. September 1974 (GVBl. I S. 427) genehmigen wir für das Haushaltsjahr 1976 die vom Verbandstag des Umlandverbandes Frankfurt am 24. 2. 1976 beschlossenen Hebesätze wie folgt:

- a) 0,31 DM je Einwohner  
b) 0,4732‰ der Umlagegrundlagen des Haushaltsjahres 1976.

**Der Hessische Minister  
des Innern**  
Im Auftrag  
gez. Voit

**Der Hessische Minister  
der Finanzen**  
Im Auftrag  
gez. Horn

\*

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme vom 26. 4. 1976 bis 30. 4. 1976 und vom 3. 5. 1976 bis 7. 5. 1976 bei der Geschäftsstelle des Umlandverbandes Frankfurt, Sitz im Rathaus der Stadt Frankfurt am Main, Bethmannstraße 3, Zimmer Nr. 210, während der allgemeinen Bürostunden zwischen 8.00 Uhr—16.00 Uhr öffentlich aus.

6000 Frankfurt (Main), 6. 4. 1976

**Umlandverband Frankfurt**  
Der Verbandsausschuß  
gez. Schubert  
Beigeordneter

1655

## Öffentliche Ausschreibungen

**Frankfurt (Main):** Die Bauleistungen für Baumaßnahme 76-20; Erneuerung der Gußasphaltdeckschicht auf der Rheinbrücke Schierstein zwischen km 296,0 und km 297,6 — Ost- und Westseite — der BAB-Strecke A 643, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

|               |                                            |
|---------------|--------------------------------------------|
| 24 500 qm     | Gußasphaltdeckschicht 3 cm dick abschälen  |
| 24 500 qm     | Gußasphaltdeckschicht 3 cm dick herstellen |
| 10 000 lfd. m | Fugen herstellen                           |

Bauzeit: 20 Werktage.

Bewerber werden gebeten, die Ausschreibungsunterlagen spätestens bis zum 4. 5. 1976 beim Autobahnamt, Gallusanlage 2, 6000 Frankfurt (M.), schriftlich anzufordern.

Der Beleg über die Einzahlung von 25,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Frankfurt (M.) 6821-601 mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für „Baumaßnahme 76-20; Gußasphaltdeckschicht km 296,0 bis km 297,6 — A 643“, ist beizufügen.

Eröffnungstermin am 25. 5. 1976, 10.00 Uhr, im Zimmer 212, des Autobahnammtes, Eingang Gallusanlage 2, Frankfurt (M.), II. Stock.

Zuschlags- und Bindefrist: 30. Juni 1976.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6000 Frankfurt (Main), 31. 3. 1976

**Autobahnamt**

Auszuführen sind:

|          |                               |
|----------|-------------------------------|
| 1400 cbm | Erdaushub;                    |
| 800 cbm  | Frostschutzschicht;           |
| 1600 qm  | bit. Tragschicht 0/32 mm;     |
| 1600 qm  | Asphaltbinderschicht 0/16 mm; |
| 1600 qm  | Asphaltbetonschicht 0/11 mm;  |
| 600 m    | Betonrinnenplatten;           |
| 600 m    | Betonrundbordsteine;          |
| 950 qm   | Betonverbundsteinpflaster.    |

Bauzeit: 96 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 26. 4. 1976 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 18,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheck-Kto.: Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe der Vermerkes: „Ausbau OD Eltville — II. Bauabschnitt“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 12. 4. 1976 in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Welfenstr. 3 b, 6200 Wiesbaden, Zimmer 315.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt, Welfenstraße 3 b, 6200 Wiesbaden, Zimmer 403, am 5. Mai 1976, 10.30 Uhr. Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

1656

**Wiesbaden:** Die Arbeiten zum Ausbau der Ortsdurchfahrt Eltville im Zuge der L 3036 (Schwalbacher Straße) von km 0,575 bis km 0,875 sollen vergeben werden.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 2. 4. 1976

Hessisches Straßenbauamt

## 1657

Wiesbaden: Die Arbeiten für den Ausbau der Landesstraße 3031 von Str.-km 0,180 bis 0,820 in der Ortslage Aarbergen-Daisbach sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- ca. 2500 cbm Boden lösen, laden, abfahren bzw. einbauen;
- ca. 1500 cbm Frostschutzmaterial;
- ca. 2800 qm bit. Tragschicht 0/32 mm, 10 cm dick;
- ca. 600 t bit. Tragschicht 0/32 mm;
- ca. 4500 qm Binder 0/16 mm, 4 cm dick;
- ca. 4500 qm Asphaltfeinbeton 0/11 mm, 4 cm dick;
- ca. 850 m Bordsteine R 2;
- ca. 1500 qm bit. Gehwegbefestigung.

Bauzeit: 120 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 30. 4. 1976 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheck-Kto.: Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Ausbau der L 3031 — OD Aarbergen-Daisbach“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 20. 4. 1976 in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Welfenstr. 3 b, 6200 Wiesbaden, Zimmer 315.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt, Welfenstraße 3 b, 6200 Wiesbaden, Zimmer 403, am 7. Mai 1976, 10.00 Uhr. Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 2. 4. 1976

Hessisches Straßenbauamt

## 1658

Kassel — Öffentliche Ausschreibung.

Bauleistung: Neubau der BAB A 49 von Bau-km 13,1—24,3 von AS FZ-Nord — AS Borken — einbahnierten Ausbau —.

Baulos I: E 3/F 3, Erd- und Oberbauarbeiten, Bau-km 13,1—15,5.

Leistungen u. a.:

- ca. 26 000 cbm Oberbodenabtrag
- ca. 190 000 cbm Bodenabtrag
- ca. 18 000 cbm Frostschutzmaterial
- ca. 35 000 qm bit. Tragschicht
- ca. 35 000 qm Asphaltbinder
- ca. 35 000 qm Asphaltbeton

sowie Entwässerungs- und sonstige Arbeiten

Bauzeit: Juli 1976—Nov. 1977

Baulos II: E 4/F 4, Erd- und Oberbauarbeiten, Bau-km 15,5—24,3 einschl. AS Fritzlar Süd und AS Borken.

Leistungen u. a.:

- ca. 140 000 cbm Oberbodenabtrag
- ca. 700 000 cbm Bodenabtrag
- ca. 200 000 cbm Boden aus Seitenentnahme
- ca. 70 000 cbm Frostschutzmaterial
- ca. 130 000 qm bit. Tragschicht
- ca. 130 000 qm Asphaltbinder
- ca. 130 000 qm Asphaltbeton

sowie Entwässerungs-, Bauwerkshinterfüllungs-, Oberbodenandeckungs- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: Juli 1976—Mai 1979.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Geforderte Sicherheitsleistung: 5% der Auftragssumme. Die Zahlung erfolgt entsprechend der ZVB-StB 75, Ziff. 45—47. Es bleibt vorbehalten, vor Zuschlagserteilung von den Bewerbern Nachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend VOB/A § 8, Abs. 3, anzufordern.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 20. 4. 1976 schriftlich anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen je Baulos ist beizufügen.

Die Kosten für die Ausschreibungsunterlagen, die in keinem Falle zurückerstattet werden, betragen für

Baulos I E 3/F 3 = 60,— DM und für

Baulos II E 4/F 4 = 100,— DM.

Einzahlungen bei der Staatskasse Kassel, Konto-Nr. 6745/608, PSchA Ffm. zugunsten des Straßenbauamtes Hessen-Nord mit dem Vermerk: „BAB A 49 Kassel—Marburg, Bau-km 13,1—15,5 — Baulos I E 3/F 3 —“.

Eröffnungstermin: 20. Mai 1976, 11.00 Uhr bzw. „BAB A 49 Kassel—Marburg, Bau-km 15,5—24,3 — Baulos II E 4/F 4“.

Eröffnungstermin: 20. Mai 1976, 11.30 Uhr, im Straßenbauamt Hessen-Nord, Kölnische Str. 69, 3500 Kassel.

Zuschlags- und Bindefrist: 30. 7. 1976.

Die Baulose sind einzeln anzubieten; eine Vergabe beider Baulose an einen Auftragnehmer behält sich der AG vor.

3500 Kassel, 6. 4. 1976

Straßenbauamt Hessen-Nord

## 1659

Eschwege: Die Bauleistungen für den Neubau der Brücke über die Schwarze Gelster (Anschluß der L 3238) im Zuge des Ausbaues der B 451 zwischen Großalmerode und Trubenhausen, Werra-Meißner-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 1200 cbm Bodenaushub
- ca. 105 cbm Stahlbeton Bn 250 für die Fundamente
- ca. 45 cbm Stahlbeton Bn 250 für die Flügel
- ca. 180 cbm Stahlbeton Bn 250 für das gesamte Rahmenbauwerk
- ca. 400 qm Abdichtung
- ca. 22 t Betonstahl St. 22/34, 42/50 und 50/55
- ca. 230 qm Wasserbaupflaster

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 170 Werktage einschl. Erstellung der Ausführungsunterlagen.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Geforderte Sicherheitsleistung: 5% der Auftragssumme.

Die Zahlung erfolgt entsprechend der ZVStB 73 § 13. Es bleibt vorbehalten, vor Zuschlagserteilung von den Bewerbern Nachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend VOB/A § 8, Abs. 3, anzufordern.

Die Vergabeunterlagen können bei der ausschreibenden Stelle, Abteilung Brückenbau, Max-Woelm-Str. 5, 3440 Eschwege, I. Stock, während der Besuchszeiten von 9.00—12.00 und 14.00 bis 15.30 Uhr eingesehen werden.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 23. 4. 1976 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Fertigungen in Höhe von 25,— DM ist beizufügen.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6753 oder Konto Nr. 1000 205 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe „UF der Schwarzen Gelster“ einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 18. 5. 1976 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Friedrich-Wilhelm-Str. 52, 3440 Eschwege, Erdgeschoss. Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist beträgt 1 Monat.

3440 Eschwege, 2. 4. 1976

Hessisches Straßenbauamt

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 21,30 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Herausgeber Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 2229, 6200 Wiesbaden. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 153 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71 (Telefonische Anfragen zu Anzeigen: Telefon 06122/60 71). Fernschreiber: 04 180 648. Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 5,00. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinen (jeweils Donnerstag für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe; maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 12 vom 1. 7. 1975.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 32 Seiten.